

Übersetzung der Klage vom 14. Juli 2023 an die Beklagten zur
Einleitung von das Verfahren beim Gericht in Leeuwarden, die
Niederlande am 22. November 2023

Dieser Fall wird von Rechtsanwalt A.G.W. van Kessel von der Anwaltskanzlei Van
Kessel Advocatuur mit Sitz in Leeuwarden (8938 AG), Orionweg 47E, sowie von
Rechtsanwalt P.W.H. bearbeitet. Stassen, verbunden mit der Anwaltskanzlei Stassen &
Kemps Rechtsanwälte in (5611 CV) Eindhoven, Nachtegaallaan 6;

Am heutigen Tag, dem Zweitausend-dreiundzwanzig, wurde
auf Antrag von

1. Herr [REDACTED], wohnhaft in [REDACTED];
2. Frau [REDACTED], wohnhaft in [REDACTED];
3. Herr [REDACTED], wohnhaft in [REDACTED];
4. Frau [REDACTED], wohnhaft in [REDACTED];
5. Herr [REDACTED], wohnhaft in [REDACTED];
6. Frau [REDACTED], wohnhaft in [REDACTED];
7. Herr [REDACTED], wohnhaft in [REDACTED];

alle in dieser Rechtssache, die ihren Wohnsitz an den Kanzleiadressen der
oben genannten Anwaltskanzleien gewählt haben, wobei die oben genannten
Rechtsanwälte Sie in diesem Verfahren vertreten werden.

ZUSAMMENFASSUNG:

**INNERHALB VON VIERZEHN TAGEN NACH ZUSTELLUNG DIESES
SCHRIFTSATZES DIE ZULÄSSIGKEIT DER IN ERSTER LINIE
BEANTRAGTEN FESTSTELLUNGSKLAGE SCHRIFTLICH UND
VORBEHALTLOS ANZUERKENNEN, INDEM SIE DEN ANWÄLTEN DER
KLÄGER EINE ENTSPRECHENDE SCHRIFTLICHE UND UNTERZEICHNETE
ERKLÄRUNG AN P.O. BOX 7004 5605 JA EINDHOVEN, NIEDERLANDE,
ZUKOMMEN LÄSST.**

**DIES ALLES MIT DEM AUSDRÜCKLICHEN HINWEIS, DASS BEI
NICHTBEACHTUNG DIESER AUFFORDERUNG DIESES SCHREIBEN DEM
GERICHT ALS VORLADUNG ZUGESTELLT WIRD UND DER GENANNT**

**SCHULDNER HAFTET, WENN ER DER GENANNTEN AUFFORDERUNG
NICHT ODER NICHT RECHTZEITIG NACHKOMMT,**

DAWNED:

(Regierungsbeamte)

1. Herr EVERHARDUS ITE HOFSTRA, wohnhaft in [REDACTED],
Gemeinde [REDACTED], in der [REDACTED], dort an dieser Adresse
eine Kopie dieses Schreibens hinterlasse an:

2. Herrn JAAP TAMINO VAN DISSEL, wohnhaft in [REDACTED], in
der [REDACTED], dort an dieser Adresse eine Kopie dieses Schreibens
hinterlasse an:

3. Frau MARIA PETRONELLA GERARDA KOOPMANS wohnhaft in
[REDACTED] Gemeinde [REDACTED], dort an
dieser Adresse eine Kopie dieses Schreibens hinterlasse an:

4. Herrn MARK RUTTE, geboren am 1967 in Den Haag, laut
Überprüfung bei dem Einwohnermeldeamt wohnhaft in der Gemeinde [REDACTED]
[REDACTED] an einer Adresse, die der oben genannte bei der Gemeinde beantragt
hat, um sie gegenüber Dritten geheim zu halten, weshalb ich diese geheime
Adresse in diesem Schriftsatz nicht erwähne, wobei ich eine Kopie dieses
Schreibens dort an der geheimen Adresse hinterlasse an:

5. Frau SIGRID AGNES MARIA KAAG, geboren am1961 in
Rijswijk (ZH), gemeldet bei der Gemeinde [REDACTED] unter einer Adresse, die

die oben genannte bei der Gemeinde beantragt hat, gegenüber Dritten geheim zu halten, weshalb ich diese geheime Adresse in diesem Schriftsatz nicht nenne, wobei ich dort eine Kopie dieses Schreibens an der geheimen Adresse hinterlasse an:

6. Herrn HUGO MATTHEÛS DE JONGE, wohnhaft in [REDACTED], [REDACTED], dort unter dieser Adresse eine Kopie dieses Schreibens hinterlasse an:

7. Herr ERNST JOHAN KUIPERS, geboren am 1959 in Meppel, laut Überprüfung bei der gemeinsamen Grundverwaltung wohnhaft in der Gemeinde [REDACTED] unter einer Adresse, die der oben genannte bei der Gemeinde beantragt hat, gegenüber Dritten geheim zu halten, weshalb ich diese geheime Adresse in diesem Schriftsatz nicht erwähne, wobei ich dort unter der geheimen Adresse eine Kopie dieses Schriftsatzes hinterlasse an:

8. Herrn DIEDERIK ANTONIUS MARIA PAULUS JOHANNES GOMMERS, wohnhaft in [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] an der [REDACTED], dort an dieser Adresse eine Kopie dieses Schreibens hinterlasse an:

9. Herr WOPKE BASTIAAN HOEKSTRA geboren am 1975 in Bennekom, Gemeinde Ede, nach Überprüfung durch das Einwohnermeldeamt wohnhaft in der Gemeinde [REDACTED] unter einer Adresse, die der oben genannte bei der Gemeinde beantragt hat, gegenüber Dritten geheim zu halten, weshalb ich diese geheime Adresse in diesem Schreiben nicht erwähne, wobei ich mein Schreiben dort an der geheimen Adresse eine Kopie dieses Schreibens hinterlasse an:

10. CORNELIA VAN NIEUWENHUIZEN, geboren am 1963 in Ridderkerk, wohnhaft in der Gemeinde [REDACTED] unter einer Adresse, die die oben genannte Beschwerdeführerin bei der Gemeinde beantragt hat, gegenüber Dritten geheim zu halten, weshalb ich diese geheime Adresse in diesem Schreiben nicht erwähne, wobei ich mein Schreiben dort an der geheimen Adresse zustelle und eine Kopie dieses Schreibens hinterlasse:

(Pharmazeutische Industrie)

11. Herr ALBERT BOURLA, geboren am 21. Oktober 1961 in Thessaloniki, Griechenland, wohnhaft in [REDACTED], gemäß Artikel 55 Rv.:

(Massenmedien)

12. Frau GISELLE JACQUELINE MARIE-THÉRÈSE VAN CANN, wohnhaft [REDACTED] in [REDACTED], dort unter dieser Adresse eine Kopie dieses Schreibens hinterlasse an:

13. Herr PAUL JANSEN, geboren am 1967 in Zutphen, ohne bekannten Wohnsitz oder Aufenthaltsort:

(Nichtregierungsorganisation (NGO, WEF))

14. Herr FEIKE SIJBESMA, geboren am 1959, wohnhaft in [REDACTED], dort unter dieser Adresse eine Kopie dieses dieses Schreibens hinterlasse an:

15. Herr WILLIAM HENRY BILL GATES III, geboren am 28. Oktober 1955 in Seattle, USA, [REDACTED],
[REDACTED], gemäß Artikel 55 Rv.:

(halbstaatlich)

16. Frau AGNES CATHARINA VAN DER VOORT-KANT, geboren am in Hessisch-Oldendorf, Deutschland, ohne bekannten Wohnsitz oder Aufenthaltsort:

(Regierung)

17. De STAAT DER NEDERLANDEN, een publiekrechtelijke rechtspersoon, zetiende te 's-Gravenhage ("de Staat"), op de voet van artikel 48 Rv. het minister van de parket van de procureur-generaal bij de Hoge Raad der Nederlanden, doen aan het parket van de procureur-generaal bij de Hoge Raad der Nederlanden, gevestigd te (2511 CB) 's-Gravenhage aan het Korte Voorhout 8, dort eine Kopie des Schreibens hinterlasse an:

Um am Mittwoch, _____ 2023, um 10.00 Uhr, nicht persönlich, sondern vertreten durch einen Anwalt, in der Sitzung des Landgerichts der Nordniederlande, Standort Leeuwarden, zur genannten Zeit zu erscheinen, um

in dieser Sache ein Urteil zu fällen, die im Gerichtsgebäude Zaailand 102 in Leeuwarden (8911 BN) stattfindet.

MIT DEM HINWEIS, DASS:

a. Wenn ein Beklagter nicht rechtzeitig einen Anwalt zur Verfügung stellt oder die nachstehend zu nennende Gerichtsgebühr nicht zahlt und die vorgeschriebenen Fristen und Formalitäten nicht eingehalten wurden, stellt das Gericht Versäumnis des Beklagten fest und wird der Klage stattgegeben, es sei denn es hält die Klage für rechtswidrig oder unbegründet.

b. wenn mindestens einer der Beklagten sich auf das Verfahren einlässt und die Gerichtsgebühr rechtzeitig entrichtet hat, ergeht ein einziges Urteil zwischen allen Parteien, das als kontradiktorisches Urteil angesehen wird;

c. bei Erscheinen zum Verfahren wird von jedem der Angeklagten eine Gerichtsgebühr erhoben, die innerhalb von vier Wochen nach dem Erscheinen zu zahlen ist;

d. die Höhe der Gerichtsgebühren ist in der neuesten Anlage zum Gesetz über die Gerichtsgebühren für Zivilsachen aufgeführt, die unter anderem auf der Website www.kbvg.nl/griffierechtentabel zu finden ist

e. von einer unbemittelten Person eine gesetzlich festgelegte Gerichtsgebühr für unbemittelte Personen erhoben wird, wenn sie zum Zeitpunkt der Erhebung der Gerichtsgebühr eine Erklärung abgegeben hat:

^{1e} eine Kopie der Entscheidung über die Gewährung eines Zusatzes gemäß Artikel 29 des Prozesskostenhilfegesetzes oder, wenn dies aufgrund von Umständen, die sich seinem Einfluss entziehen, nicht möglich ist, eine Kopie des Antrags gemäß Artikel 24 Absatz 2 des Prozesskostenhilfegesetzes oder

^{2e} eine Erklärung des Vorstands des Legal Aid Board gemäß Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe e) des Prozesskostenhilfegesetzes, aus der hervorgeht, dass sein Einkommen das in der Verfügung des Rates gemäß Artikel 35 Absatz 2 des Gesetzes genannte Einkommen nicht übersteigt;

f. von Beklagten, die vor demselben Rechtsanwalt auftreten und gleichlautende Schriftsätze einreichen oder gleichlautende Verteidigungsmittel vorbringen, wird auf der Grundlage von Artikel 15 des Gesetzes über die Gebühren für die Eintragung in das Register nur einmal eine gemeinsame Gerichtsgebühr erhoben;

ENDE:

Aus den nachstehend dargelegten Gründen stellen die Kläger, die im Folgenden zusammenfassend als '██████████' bezeichnet werden, den Antrag und schließen wie folgt:

Inhalt

Definitionen und Lesehilfe	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.
Definitionen	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.
Leitfaden zum Lesen	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.
Produktionen / USB-Stick	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.
Einführung	9
Wesentlicher Inhalt der Rechtssache	9
Intresse und Zweck dieser Rechtssache	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.
Forderungen	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.2
Die Beklagten	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.2
Regierungsbeamte	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.2
<i>Hofstra</i>	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.2
<i>Van Dissel</i>	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.4
<i>Koopmans</i>	15
<i>Rutte</i>	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.8
<i>Kaag</i>	21
<i>De Jonge</i>	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.3
<i>Kuipers</i>	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.9
<i>Gommers</i>	31
<i>Hoekstra</i>	34
<i>Van Nieuwenhuizen</i>	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.8
Pharmazeutische Industrie	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.9
<i>Bourla</i>	Fo
.....	ut! Bladwijzer niet gedefinieerd.9
Massenmedien	44
<i>Van Cann</i>	44
<i>Jansen</i>	49
Nichtstaatliche Organisation (NGO, WEF)	51
<i>Sijbesma</i>	51
<i>Gates</i>	55
Semi-Regierung	61
<i>Kant</i>	61
Lareb liefert keine Daten mit Chargennummern	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.
Kant betreibt Vertuschung zu Gunsten des Covid-19-Projekts	63
Kants Vertuschung	63
Regierung	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.
Beispiele für Überschreitungen	Fout! Bladwijzer niet gedefinieerd.8
WEF-Partner Gates investiert in den niederländischen WEF-Partner Heineken	Fout!
Bladwijzer niet gedefinieerd.	
Der Staat und seine Beamten verletzen die für einen Rechtsstaat grundlegende Regel des Artikels 162 der Strafprozessordnung.....	69
Staat droht ungeimpften Bürgern in den Niederlanden über das nationale Fernsehen mit dem Tod.....	70
Kläger, Schadenersatz	70
Rechtswidriges Verhalten der Angeklagten	72
Verstoß gegen ein Recht	72

Handeln unter Verletzung einer gesetzlichen Pflicht	72
Handeln entgegen dem, was nach ungeschriebenem Gesetz in der Gesellschaft angemessen ist.	74
Feststellung der Haftung, <i>conditio sine qua non</i>	76
Haftung der Gruppe	77
Beweise	77
Zuständigkeit des Bezirksgerichts der Nordniederlande, Standort Leeuwarden	77
Petitum	78

Definitionen und Lesehilfe

Definitionen

1. Der Text dieser Aufforderung definiert eine Reihe von Begriffen. Um Verwirrung zu vermeiden, werden hier bereits einige zentrale Begriffe dargelegt und erläutert.
2. **Covid-19:** Wenn in diesem Schreiben von Covid-19 die Rede ist, ist damit immer die von der WHO behauptete lebensbedrohliche Lungenkrankheit gemeint, die durch das angebliche Sars-Cov-2-Virus verursacht wird. Die Verwendung des Begriffs Covid-19 in dieser Aufforderung bedeutet keineswegs, dass die Kläger anerkennen, dass eine lebensbedrohliche, durch einen gefährlichen Krankheitserreger verursachte Lungenerkrankung vorliegt. Auch die Verwendung des Begriffs Covid-19 impliziert nicht, dass die Kläger die Existenz des Sars-Cov-2-Virus anerkennen. Die Kläger sind vielmehr der Ansicht, dass es sich bei Covid-19 um ein von NRO durchgeführtes und von der Weltbank finanziertes Projekt handelt, das u. a. von den Beklagten durchgeführt wird.
3. **Pandemie:** Wenn in dieser Vorladung von einer Pandemie die Rede ist, ist damit immer die von der WHO behauptete Covid-19-Pandemie gemeint. Die Verwendung des Begriffs Pandemie in dieser Vorladung impliziert also keineswegs, dass die Kläger ein Gesundheitsrisiko durch einen gefährlichen Krankheitserreger anerkennen. Im Gegenteil, die Kläger sind der Ansicht, dass es dafür keine Beweise gibt.
4. **Covid-19-Impfstoff / Covid-19-Injektion:** Wenn in diesem Schreiben von einem Covid-19-Impfstoff oder einer Covid-19-Injektion die Rede ist, ist damit immer die Injektionsflüssigkeit gemeint, von der die Beklagten behaupten, sie sei ein Arzneimittel, das im Zusammenhang mit dem Schutz vor der angeblichen Covid-19-Krankheit sicher und wirksam sei. Die Verwendung des Begriffs "Covid-19-Impfstoff" oder "Covid-19-Injektion" in dieser Vorladung impliziert in keiner Weise, dass die Klägerinnen anerkennen, dass es ein Medikament gibt. Die Kläger sind im Gegenteil der

Ansicht, dass es keine Beweise für die medizinische Wirkung des Covid-19-Impfstoffs gibt, so dass es sich nicht um ein Arzneimittel handelt.

Leitfaden zum Lesen

5. Im Hinblick auf die in dieser Vorladung dargelegten Tatsachen in Bezug auf die Angeklagten ist anzumerken, dass [REDACTED] behaupten und auch anbieten, erforderlichenfalls weitere Beweise dafür vorzulegen, dass alle Angeklagten zum Zeitpunkt der Begehung ihres rechtswidrigen Verhaltens von allen Tatsachen und Umständen wussten, die von [REDACTED] in dieser Vorladung dargelegt wurden.
6. Um Wiederholungen zu vermeiden, werden Tatsachen und Umstände, die für einzelne Angeklagte von besonderer Bedeutung sind, gesondert dargestellt. Die Reihenfolge, in der das rechtswidrige Verhalten der Beklagten in dieser Aufforderung beschrieben wird, wurde bewusst gewählt, um eine Informationsflut zu vermeiden. Aus diesen Gründen bitten die Kläger Sie dringend, diese Vorladung in der vorgelegten Reihenfolge und in ihrer Gesamtheit zu lesen, um sich ein vollständiges Bild von dem den Klägern vorgeworfenen rechtswidrigen Verhalten der einzelnen Beklagten zu machen.

Produktionen / USB-Stick

7. Was die eingereichten Produktionen betrifft, so bestehen einige von ihnen aus Videomaterial. In diesem Zusammenhang wird dieser Vorladung ein USB-Stick beigelegt, auf dem die vollständige Vorladung mit allen Produktionen und dem Videomaterial nach Produktionsnummern geordnet gespeichert ist.
8. Wenn bei der Einreichung der Papiervorlagen nur einige Seiten eines Dokuments vorgelegt werden und auf dem USB-Stick das gesamte Dokument vorgelegt wird, so ist dies so zu verstehen, dass [REDACTED] damit das gesamte auf dem USB-Stick befindliche Dokument als Vorlage und Beweismittel bei Ihrem Gericht einreichen.
9. Von allen Videos wurde ein für den Windows Media Player geeigneter Download auf den USB-Stick gelegt. Die Bezeichnung dieser bezieht sich immer auf die entsprechende Produktionsnummer. Was die Vorlage des Videomaterials durch [REDACTED] betrifft, so wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass [REDACTED] das gesamte auf dem USB-Stick befindliche Videomaterial als Vorlage und Beweismittel bei Ihrem Gericht einreichen.

Einführung

Wesentlicher Inhalt dieser Rechtssache

10. Die offizielle Darstellung von Covid-19 lautet, dass es eine Covid-19-Pandemie gibt, die durch ein neues Coronavirus namens Sars-Cov-2 verursacht wird. Am 28. Februar 2020 wurde dieses globale offizielle Narrativ in den Niederlanden von der OMT als Teil des RIVM eingeführt. Im Anschluss an die Einführung dieser Erzählung berichtete das RIVM in seinem Schreiben an das Ministerium für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport vom 28. Februar 2020 unter anderem Folgendes:
'... Das Virus wurde inzwischen in SARS-CoV-2 umbenannt, die Krankheit wird Covid-19 genannt...'
11. Das Schreiben des RIVM an das Ministerium für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport vom 28. Februar 2020 wird als **FOLGE 1** vorgelegt. In einem offenen Brief auf der WHO-Website vom 12. März 2020 informiert die WHO die Welt darüber, dass es eine so genannte Covid-19-Pandemie gibt und dass sie mit dem Weltwirtschaftsforum (WEF) zusammenarbeitet, um dem privaten Sektor hier drin eine Rolle spielen zu lassen. Als **PRODUKTION 2** übermitteln ██████████ eine Kopie des offenen Briefes auf der WHO-Website d.d. 12. März 2020. Nach offizieller Darstellung kann diese Pandemie nur bekämpft werden, wenn sich alle Menschen mit Covid-19-Injektionen dagegen impfen lassen. Würden nicht alle geimpft, wären vor allem die Schwächsten gefährdet. Die Impfung galt als einziger Ausweg aus der Pandemie, und wer sich impfen ließ, tat dies nicht nur für sich selbst, sondern vor allem für eine andere Person. Die Botschaft war immer, dass die Covid-19-Injektionen umfassend getestet, sicher und wirksam sind.
12. Dieses Narrativ bildet nach Ansicht der Angeklagten die Grundlage für ihr Vorgehen. Die auf dieser Darstellung basierende Covid-19-Politik wurde von den Beklagten bereitwillig akzeptiert, angenommen und umgesetzt. All dies ohne eine gründliche soziale, wissenschaftliche, wirtschaftliche und ethische Debatte. Die Beklagten behaupten, dass ihre Handlungen auf der Grundlage dieser Erzählung im Interesse der Menschheit und insbesondere der öffentlichen Gesundheit liegen.
13. ██████████ und andere hatten Covid-19-Injektionen erhalten, weil die Angeklagten ihnen jeden Anreiz dazu gaben. ██████████ verließen sich auf die Angeklagten aufgrund ihrer sozialen Stellung, ihres Wissens und ihrer Verantwortung. In Ermangelung einer gründlichen öffentlichen Debatte über die Richtigkeit der Darstellung gab es für ██████████ und andere keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die Covid-19-Injektionen ausgiebig getestet, sicher

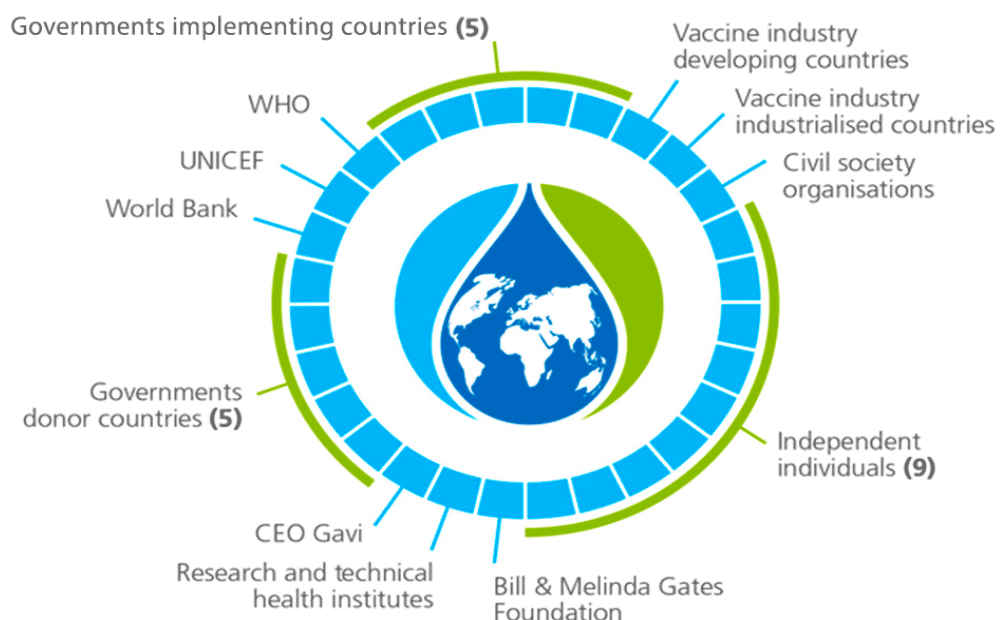
und wirksam sind und ihre Einführung ein Segen für sie selbst und ihre Mitmenschen wäre.

14. Die Covid-19-Injektionen führten zu schweren Verletzungen bei [REDACTED]
15. [REDACTED] und andere begannen, die Darstellung der Covid-19-Injektionen zu hinterfragen, nachdem sie und viele andere in ihrem Umfeld gesundheitliche Schäden erlitten hatten. Dies bildete die Grundlage für [REDACTED] und andere, den tatsächlichen Ablauf der angeblichen Pandemie zu untersuchen.
16. Im Laufe der Zeit ist eine überwältigende Menge an Informationen verfügbar geworden, die es plausibel machen, dass die von den Angeklagten verwendeten Darstellungen unmöglich wahr sein können. Aus diesen Informationen ergibt sich auch, dass die Angeklagten gewusst haben müssen, dass diese Erzählung nicht der Wahrheit entsprach. [REDACTED] und Co. sehen das Verhalten der Angeklagten daher in einem völlig anderen Licht und kommen zu dem Schluss, dass die Angeklagten ihnen gegenüber rechtswidrig gehandelt haben. [REDACTED] und andere werden ihre diesbezüglichen Behauptungen in diesem Verfahren mit Beweisen belegen.
17. [REDACTED] und Co. möchten, dass Ihr Gericht die Begründetheit ihrer Ansprüche auf der Grundlage dessen prüft und entscheidet, worauf sie ihre Ansprüche in diesem Verfahren stützen.

Interesse und Zweck dieses Falles

18. [REDACTED] stützen die vorliegende Klage auf ihr rechtliches Interesse an der Erlangung des von ihnen geltend gemachten Schadensersatzes und der unten beantragten Feststellungsklage.
19. Die Motivation von [REDACTED] für die Einleitung dieses Verfahrens war zum Teil durch das öffentliche Interesse an der Wahrheitsfindung begründet, die notwendig ist, um die Ansprüche von [REDACTED] vor Gericht zu entscheiden. Angesichts dieses gesellschaftlichen Interesses wollen [REDACTED] und Co. nicht nur ihrem eigenen Interesse dienen, sondern auch und nicht zuletzt dem Interesse ihrer Mitmenschen.
20. Die oben erwähnte soziale Bedeutung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Behauptungen von [REDACTED] und den Beklagten sind unvereinbar und stehen sich diametral gegenüber. Ein ähnlicher Widerspruch zeichnet sich in der Gesellschaft ab und ist die Ursache für große soziale Spannungen.

21. [REDACTED] und andere wollen die Wahrheit über Covid-19 mit Hilfe der Justiz aufdecken.
22. [REDACTED] weisen auf zwei wichtige Fakten im Zusammenhang mit der Wahrheitsfindung hin, die die Justiz nicht ignorieren sollte. In erster Linie geht es darum, dass alle Angeklagten Teil eines größeren Ganzen sind, das hauptsächlich von NRO umgeben ist und von diesen geleitet wird. Diese privaten Einrichtungen sind zahlreich und haben das gemeinsame Merkmal, sich als Wohltäter zu präsentieren. Die Handlungen dieser größeren Einheit werden größtenteils von der Beklagten Nr. 15, im Folgenden "Beklagte" genannt, gesteuert: "Bill Gates" führte. Zu diesem Zweck wurde eine Partnerschaft unter dem Namen Gavi, The Vaccine Alliance (im Folgenden: 'GAVI') eingerichtet. Auf der Website von GAVI¹ wird ihr Einfluss und ihre Verbindung zu allen Aspekten der Impfung durch das folgende Bild treffend dargestellt.



23. Als zweite wichtige Tatsache für den Wahrheitsfindungsprozess weisen [REDACTED] [REDACTED] darauf hin, dass die in der obigen Abbildung gezeigten Parteien aufgrund ihres globalen Einflusses das Narrativ rund um Covid-19 und die Covid-19-Injektionen bestimmen können und bestimmt haben.
24. Nur die Wahrheit kann die oben genannten Widersprüche aufheben und die sozialen Spannungen abbauen.

Forderungen

25. ■■■ ■■ ■■ beantragen die Feststellung, dass die Beklagten gesamtschuldnerisch für alle Schäden haften, die sich aus den in dieser Vorladung beschriebenen rechtswidrigen Handlungen der Beklagten als Gruppe und einzeln ergeben.
26. ■■■ und andere fordern von den Beklagten Schadensersatz für ihre Verletzungen und Sachschäden, die sie infolge der Covid-19-Injektionen erlitten haben und die gemäß dem Gesetz zu erfassen und abzurechnen sind.

Beklagte

Regierungsbeamte

Hofstra

27. Beklagter sub 1, im Folgenden genannt: Hofstra' ist dem Outbreak Management Team angeschlossen (im Folgenden als: 'OMT') des Nationalen Instituts für Sicherheit und Umwelt (im Folgenden: 'RIVM') und in dieser Eigenschaft auch beruflich als Arzt beim Gemeentelijke Gezondheidsdienst Fryslân² (im Folgenden: GGD). Bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten in den Niederlanden ist das Zentrum für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten des RIVM (im Folgenden: 'CIB') eine beratende und koordinierende Rolle. Hofstra ist auch Vorsitzender der niederländischen Vereinigung für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten (NVIB) und Berater des Netzwerkzentrums, wo Hofstra unter anderem Szenarien für Übungen zu Infektionskrankheiten schreibt und diese von einer so genannten Reaktionszelle aus überwacht. Als **PRODUKTION 3** legen ■■■ dem OMT die von Hofstra ausgestellte Interessenerklärung vor, aus der die vorgenannten Positionen hervorgehen.
28. Durch die Mitgliedschaft in der OMT verfügte Hofstra über alle Informationen zu Covid-19 und dem Virus Sars-Cov-2, die für die OMT notwendig waren, um die bestmöglichen Ratschläge für die Pandemiebekämpfung zu geben³. Dieser Ratschlag wurde durchweg befolgt und hat dazu geführt, dass die Darstellung, wonach die Impfung der einzige Ausweg aus der Pandemie sei, von ■■■ als unwidersprochen und wahr angenommen wurde.
29. Die Stellungnahmen von Hofstra stimmten stets mit den endgültigen Empfehlungen des OMT überein. Dem OMT lagen keine Daten vor, aus denen bei sorgfältiger Prüfung die wissenschaftliche Schlussfolgerung gezogen werden konnte, dass eine Bedrohung der öffentlichen Gesundheit

bestand, die ein staatliches Eingreifen, geschweige denn massenhafte Covid-19-Injektionen, erforderlich machte. Zu dem Zeitpunkt, als diese Stellungnahmen abgegeben wurden, gab es keine Übersterblichkeit. Als **PRODUKTION 4** legen die Kläger eine von CBS eingeholte Datenerklärung vor, aus der hervorgeht, dass es keine übermäßige Sterblichkeit gibt.

30. Hofstra wusste, dass die Pflegekapazität nicht gefährdet war. Soweit die Kapazitäten überhaupt begrenzt zu sein schienen, war dies das Ergebnis der Regierungspolitik im Bereich der Pflege, einschließlich der Verwendung eines ungeeigneten PCR-Tests und des jahrelangen Abbaus von Pflegekapazitäten. Als **PRODUKTION 5** werden Informationen über den von der Regierung ab 1972 eingeleiteten Abbau von Kapazitäten im niederländischen Gesundheitswesen vorgelegt. Was den Umfang der Pflegekapazitäten für die Zeit nach 2018 betrifft, so werden von der Regierung keine weiteren Daten zur Verfügung gestellt. Der Beklagte sub-8 gab in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Intensiv-Pflegeverbands in einem Interview im Jahr 2021 an, dass die Zahl der Betten auf der Intensivstation auf insgesamt 950 Betten reduziert worden sei. Wie **PRODUKTION 6**, ein Artikel aus dem Telegraph vom 21. Oktober 2021 mit dieser Erklärung von Gommers. Als der Angeklagte sub-6 im Jahr 2017 sein Amt antrat, verfügten die Niederlande noch über 2056 Intensiv-Betten.
31. Hofstra ist einer der Hauptbeteiligten am Covid-19-Projekt, das im Folgenden beschrieben wird. Hofstra hat seine Positionen bei der OMT, der NVIB und dem Network Centre der Durchführung dieses Covid-19-Projekts untergeordnet. Dazu gehörte das Schreiben von Szenarien für Pandemieübungen, die im Zusammenhang mit dem Covid-19-Projekt abgehalten wurden, und, als Vorsitzender des NVIB, die Leitung einer fehlgeleiteten Pro-Covid-19-Impfkampagne in Zusammenarbeit mit den GGDs im Namen des Covid-19-Projekts. Dabei wusste Hofstra als Mitglied der OMT, dass die Covid-19-Injektionen nicht der Gesundheit der niederländischen Bevölkerung, einschließlich █████ et al, dienen, sondern die Durchführung des Covid-19-Projekts ermöglichen sollten. Diese Behauptungen werden im weiteren Verlauf der Ladung detailliert begründet.
32. Hofstra setzte sich für den Erfolg der massiven Covid-19-Injektionskampagne zugunsten des Covid-19-Projekts ein. In einem offenen Brief auf der NVIB-Website vom 17. April 2021 schreibt Hofstra Folgendes:

'...Seit Beginn der Pandemie haben wir bei den GGDs kontinuierlich Quellen- und Kontaktuntersuchungen durchgeführt und ausgeweitet, Tests durchgeführt, geimpft und Gemeinden, Institutionen und alle Einwohner der Niederlande beraten. Bei den GGDs wurden in kürzester Zeit Tausende von Menschen eingestellt und

eingearbeitet, um alle Aufgaben bestmöglich zu erfüllen. Und alle arbeiten sehr hart daran, den Menschen mitzuteilen, dass sie positiv getestet wurden, und Quellen- und Kontaktuntersuchungen durchzuführen oder enttäuschten Anrufern zu erklären, dass sie leider noch nicht an der Reihe sind, sich impfen zu lassen. Das sind manchmal keine einfachen Gespräche...'

Als PRODUKTION 7 legen ████████ eine Kopie des offenen Briefes von Hofstra d.d. vor. 17. April 2021.

33. Im weiteren Verlauf dieses Schreibens wird aufgezeigt, dass Hofstra die niederländische Öffentlichkeit, einschließlich ████████ und andere, mit diesem offenen Brief bewusst in die Irre geführt hat. Im April 2021 wusste Hofstra, dass die Covid-19-Injektionen, zumindest bestimmte Chargen davon, lebensbedrohlich waren. Hofstra wusste zu diesem Zeitpunkt auch, dass die Covid-19-Injektionen keinen Schutz (Übertragung) gegen das angebliche Virus bieten.
34. Hofstra hätte sich gegen den Rat des OMT aussprechen und sich als Arzt auch gegen die Maßnahmen des GGD wenden müssen, bei denen Bürger, darunter auch Jugendliche im Alter von 12 Jahren, dazu gedrängt wurden, ohne elterliche Zustimmung Covid-19-Injektionen in einem so genannten "Prophylaktischen Impf-Bus" an Schulen zu erhalten. Da Hofstra zu all dem riet oder sich zumindest nicht dagegen aussprach, folgten ████████ und andere weiterhin dem Narrativ und erhielten die Covid-19-Injektionen.
35. Hofstra ist vorzuwerfen, dass er es versäumt hat, als Arzt, OMT-Mitglied, Vorsitzender des NVIB und Berater des Network Centre Verantwortung zu übernehmen, und damit gegenüber ████████ sozial fahrlässig gehandelt hat, was zu dem Schaden geführt hat, den ████████ erlitten haben. ████████ und andere hätten die Covid-19-Injektionen nicht erhalten (können), wenn Hofstra seine Aufgabe mit der erforderlichen sozialen Sorgfalt erfüllt hätte. Der Ratschlag des OMT hätte dann anders geklungen, oder Hofstra hätte sich zumindest öffentlich gegen diesen Ratschlag gestellt, was ████████ und Co. angemessen gewarnt und verhindert hätte, dass sie die Covid-19-Injektionen erhalten.

Van Dissel

36. Beklagter zu 2, im Folgenden als "Beklagter" bezeichnet: Van Dissel" ist seit dem 15. August 2013 Direktor der CIB. Wie bereits erwähnt, ist die CIB Teil des RIVM. Van Dissel ist in dieser Funktion Vorsitzender der OMT. Laut ihrer Website ist die CIB die Kontaktstelle für die Weltgesundheitsorganisation (im Folgenden: WHO) und die Centers of

Disease Control der Vereinigten Staaten von Amerika (im Folgenden: 'CDC'). In den USA entspricht die CDC dem niederländischen RIVM. In diesem Sinne ist Van Dissel, wie auch die anderen Angeklagten, in das Gesamtbild eingebunden, wie es in diesem Schreiben beschrieben wird. Van Dissel hat die offensichtlich rechtswidrigen Ratschläge des OMT stets öffentlich wissentlich und damit bewusst verteidigt, weil er wusste, dass diese Ratschläge falsch und schädlich waren und von der großen Mehrheit der niederländischen Bevölkerung befolgt werden würden.

37. In Anbetracht des Fachwissens und der Position, die Van Dissel innehat, flößte er ██████ und anderen ein großes Vertrauen in die Darstellung ein, wonach Impfungen der einzige Ausweg aus der Pandemie seien und Covid-19-Impfstoffe sicher und wirksam seien.
38. Am Vorabend der Impfphase war es Van Dissel, der sich als Direktor des RIVM für die groß angelegte Einführung von Impfungen einsetzte. In diesem Zusammenhang hat Van Dissel bewusst an der Irreführung der niederländischen Bevölkerung mitgewirkt, indem er die Lüge verbreitete, die Impfungen würden eine Gruppenimmunität schaffen⁴. Van Dissel erleichterte auch die Rolle des RIVM als Manager des groß angelegten Impfprogramms. Van Dissel brachte dabei den Wunsch zum Ausdruck, dass alle gefährdeten Personen so schnell wie möglich geimpft werden sollten. Als **PRODUKTION 8** wird ein Online-Artikel von RTL news d.d. eingereicht. 9. Dezember 2020, aus dem hervorgeht, dass.
39. Van Dissel kann vorgeworfen werden, dass er seine Verantwortung als Vorsitzender des OMT nicht wahrgenommen hat und infolgedessen sozial fahrlässig gegenüber ██████ gehandelt hat, was zu dem von ██████ erlittenen Schaden führte. ██████ und andere hätten die Covid-19-Injektionen nicht erhalten (können), wenn Van Dissel seine Pflicht mit der erforderlichen sozialen Sorgfalt erfüllt hätte. Der Ratschlag des OMT hätte dann anders geklungen, oder Van Dissel hätte sich zumindest öffentlich gegen diesen Ratschlag gestellt, was ██████ und Co. angemessen gewarnt und verhindert hätte, dass sie die Covid-19-Injektionen erhalten.

Koopmans

40. Beklagter sub 3, nachstehend genannt: Koopmans ist von Beruf Professor für Virologie am Erasmus MC in Rotterdam. Darüber hinaus ist Koopmans seit 2006 Leiter der so genannten Viroscience-Abteilung (Abteilung für Virusforschung) am Erasmus MC. Koopmans ist ein regelmäßig eingeladener Experte der OMT. Koopmans gehört der WHO seit 2014 als Mitglied an. Koopmans hat die Stellungnahmen der OMT stets öffentlich unterstützt. In

der Zeit, in der Koopmans die oben genannten Stellungnahmen vertrat, wurde sie von der WHO als Forscherin ernannt und mit der Forschung in Wuhan beauftragt, die sich mit dem Ursprung des Sars-Cov-2-Virus befasste. Die WHO beendete diese Ernennung, nachdem Journalisten aus den Vereinigten Staaten herausgefunden hatten, dass Koopmans im CDC in Guangdong, China, tätig war und in dieser Funktion den Aufbau von Laborkapazitäten für die Erkennung neu auftretender Infektionskrankheiten beriet und in China bei der Erforschung des Auftretens von Viren zusammenarbeitete. All dies wurde von Koopmans öffentlich verschwiegen. Als **PRODUKTION 9** legen die Kläger einen journalistischen Artikel vor, der von Luis Miguel verfasst und am 12. Dezember 2021 auf der Website von The New American veröffentlicht wurde.

41. Koopmans verfolgte aufmerksam die von Moderna und Pfizer durchgeführten Studien zu ihren Covid-19-Impfstoffen. In diesem Zusammenhang verweisen die Kläger auf das Interview, das Koopmans am 10. April 2020 Herrn Bohlmeijer, Korrespondent von Goede Gesprekken⁵, gab. Als prominentes Mitglied der WHO und der OMT verfügt Koopmans über alle wichtigen Informationen zu den oben genannten Studien. Daher wusste Koopmans, dass Moderna bereits 2017 mit seinen Covid-19-Impfstoffversuchen begonnen hatte und Pfizer seine Covid-19-Versuche bereits vier Tage nach der Veröffentlichung des genetischen Codes des angeblichen Sars-Cov-2-Virus durch die chinesische Regierung am 8. Januar 2020 begonnen hatte. Die Kläger werden die Beweise für diese Behauptung in dieser Klageschrift näher erläutern. Koopmans wusste also, dass es sich bei Covid-19 um ein Projekt und nicht um eine Krankheit handelt. Dennoch folgte Koopmans bei der Umsetzung dieses Covid-19-Projekts der offiziellen Darstellung seines Hauptauftraggebers, der WHO.
42. Im Hinblick auf die Informationslage von Koopmans ist es besonders wichtig, dass Koopmans über die Pfizer-Sicherheitsberichte, einschließlich des Pfizer-Berichts FDA-CBER-2021-5683-0000054, verfügte, die zu diesem Zeitpunkt geheim gehalten wurden. Aus dem letztgenannten Bericht geht unter anderem hervor, dass Pfizer bereits vor dem 28. Februar 2021 über 42.000 Fälle gemeldet wurden, darunter 1.223 Todesfälle und 11.361 Fälle von schweren und dauerhaften Verletzungen. Koopmans hat diese äußerst beunruhigende Information vor der Öffentlichkeit verborgen. Dieser Bericht wird später in dieser Vorladung erscheinen und als Produktion 40 vorgelegt werden.
43. Die Desinformation der Öffentlichkeit durch das Verschweigen wichtiger Informationen und die Verbreitung von Fehlinformationen ist eine Manipulationstechnik, die von den Angeklagten häufig eingesetzt wurde. Böse

und bizarr ist, dass gerade die Verteidiger, darunter insbesondere Koopmans vom niederländischen Zweig von Gavi, nämlich der Vaccination Alliance im letzten Quartal 2019, einen "Denktank Desinformation" gegründet haben. An diesem Think Tank Desinformation sind ausschließlich Personen beteiligt, die sich für Massenimpfungen beim Menschen aussprechen. Koopmans hat in ihrer Rolle als Teilnehmerin des Desinformations-Thinktanks einen "Denkrahm" entwickelt und angewandt, der die öffentliche Debatte leiten soll. Die Richtung war ausschließlich pro Massenimpfung. Der Denkrahm für die Ausarbeitung dieser Leitlinien machte sich die gesellschaftliche Polarisierung in Bezug auf die Frage, ob Covid-19-Injektionen verabreicht werden sollen oder nicht, zunutze. Im Anschluss an das dritte Treffen der Vaccination Alliance und des Disinformation Think Tank wurde ein Bericht erstellt. Dieser Bericht enthält die folgenden Zitate:

'...Der Think Tank kann gerade wegen des vielfältigen Profils seiner Mitglieder mehrere Rollen übernehmen. Um die mittlere Gruppe bewusst anzusprechen, muss der richtige Ton gefunden werden. Es geht also nicht nur um Fakten, sondern vielmehr um die (emotionale) Dynamik der Gruppe. Wenn man die richtigen Einflussnehmer rekrutiert, zu denen man Vertrauen aufbauen kann, fühlt sich diese Gruppe gehört und verstanden...'

'... 4. Es ist gut, verschiedene Personen einzusetzen, die Position beziehen und Führungsqualitäten zeigen, das können Experten aus ihrem beruflichen Hintergrund sein, aber Sie können auch eine authentische Person (z. B. einen bekannten Fußballer) einsetzen, die eine einmalige Botschaft verkündet: "Ich nehme den Impfstoff...'

Als **PRODUKTION 10** legen [REDACTED] den Bericht über das dritte Treffen der Vaccination Alliance and Disinformation Think Tank vor.

44. Koopmans verheimlichte ihre Rolle in der Desinformations-Think Tank und verschwieg, dass sie und die von der Desinformations-Think Tank angeworbenen Meinungsbildner die öffentliche Debatte über Massenimpfungen vorantrieben. Dabei ist es schockierend zu erwähnen, dass Koopmans in ihrer Position als Mitglied der OMT über den erwähnten Pfizer-Bericht FDA-CBER-2021-5683-0000054 verfügte und der Öffentlichkeit, einschließlich [REDACTED] et al, genau die darin verfügbaren Informationen und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen verschwieg. Damit steht nach Ansicht von [REDACTED] fest, dass Koopmans Desinformationen verbreitete und der Desinformations-Thinktank genau darauf abzielte, die Öffentlichkeit mit Hilfe von zu diesem Zweck angeworbenen Influencern falsch zu informieren. All dies, um Massenimpfungen mit Covid-19-Injektionen zu ermöglichen - von denen Koopmans wusste, dass sie schädlich sind -, um den Erfolg des Covid-19-Projekts zu sichern.

45. Koopmans kann vorgeworfen werden, dass sie ihrer sozialen Verantwortung als Wissenschaftlerin und Mitglied der OMT und der WHO nicht nachgekommen ist und daher gegenüber ██████ sozial fahrlässig gehandelt hat, was zu dem von ██████ erlittenen Schaden geführt hat. ██████ und Co. hätten die Covid-19-Injektionen nicht bekommen (können), wenn Koopmans seine Pflicht mit der erforderlichen sozialen Sorgfalt erfüllt hätte. Der Rat des OMT hätte dann anders geklungen, oder zumindest wäre Koopmans öffentlich gegen diesen Rat aufgetreten, was ██████ angemessen gewarnt und sie vor den Covid-19-Injektionen bewahrt hätte.

Rutte

46. Beklagter sub-4, nachstehend bezeichnet als: Rutte" ist Premierminister der Niederlande und ein prominentes Mitglied des Weltwirtschaftsforums (im Folgenden: 'WEF'). Als **PRODUKTION 11** legen die Kläger die auf der WEF-Website veröffentlichten Angaben zu Rutte und seinem früheren Arbeitgeber Unilever sowie eine Reihe von Fotos vor, die die Beziehungen zwischen Rutte und dem Präsidenten des WEF, Klaus Schwab⁶, zeigen.
47. Schwab ist der Vorgesetzte von Rutte. Das geht aus mehreren Briefen hervor, die Schwab unter anderem an Rutte geschrieben hat. Als wichtiges Beispiel für ein solches Schreiben legen ██████ als **PRODUKTION 12** ein Schreiben von Schwab an Rutte d.d. vor. 21. Oktober 2020 über. Dieses Schreiben zeigt, dass vom WEF Ideen und Pläne zur Reform der so genannten Post-Covid-19-Welt geschmiedet werden. In diesem Schreiben fordert Schwab Rutte auf, dafür zu sorgen, dass die Niederlande diese Reformen in Europa anführen. Diese Reformen wurden oben als Projekt Covid-19 bezeichnet. Covid-19-Injektionen sind hier entscheidend. Rutte hat diesen Auftrag angenommen und führt ihn im Auftrag des WEF aus, was erklärt, warum Rutte den Niederländern, darunter auch ██████ et al, Covid-19-Injektionen empfiehlt.
48. Rutte hat in Zusammenarbeit mit den Angeklagten, insbesondere mit dem Angeklagten sub-6, in vielen öffentlichen Reden systematisch eine Erzählung verbreitet und dabei sein Amt als Premierminister missbraucht. Rutte machte sich der "Du tust es für jemand anderen"-Doktrin schuldig, die Menschen, die die ganz normale Entscheidung getroffen haben, ihr Leben so weiterzuführen, wie es für eine Grippesaison üblich ist, als unverantwortlich und schädlich für die Gesellschaft abtut. Die Covid-19-Maßnahmen, die unter der Führung von Rutte ergriffen wurden, hatten nichts mit der öffentlichen Gesundheit zu tun, sondern mit der Umsetzung des Covid-19-Projekts.

Ruttes Darstellung der Niederlande als "kranker Patient" und die Covid-19-Maßnahmen - in deren Mittelpunkt die Covid-19-Impfung steht - als "Medizin" waren Zutaten, die Rutte missbrauchte, um die niederländische Bevölkerung, darunter auch [REDACTED] und andere, so in die Irre zu führen, dass sie die Covid-19-Maßnahmen akzeptierten. [REDACTED] führen folgende Beispiele an.

49. Auf der Pressekonferenz am 23. Februar 2021 sagte Rutte unter anderem Folgendes.

'... Es bleibt unglaublich spannend, was wir heute tun, auch wenn es wie kleine Schritte erscheinen mag. Dessen müssen wir uns sehr bewusst sein. Genau aus diesem Grund sind diese Grundregeln⁷ so wichtig sind. Und genau deshalb ist es so wichtig, dass wir den Weg, den Hugo de Jonge Ihnen nun aufzeigen wird, mit Volldampf weitergehen. Der Weg, der durch Tests und Impfungen hoffentlich zu einem Sommer mit weit weniger Einschränkungen führen wird...'

50. Im Anschluss daran äußerte sich De Jonge zu dem von Rutte als erstrebenswert bezeichneten Weg:

... Mit dem Beginn der Impfung hat das Ende der Krise begonnen, aber das Ende selbst wird noch einige Zeit dauern. Dieser Weg aus der Krise ist dreigleisig. Bis genügend Menschen geimpft sind, sind weiterhin Maßnahmen und intensive Tests erforderlich. Die Tatsache, dass wir mit den langsam steigenden Zahlen immer noch mehr möglich machen, ist, so Mark, unglaublich spannend

Impfen. Dies beschleunigt sich. Der millionste Stich ist getan. Wir gehen davon aus, dass wir Mitte März den zweimillionsten Impfstoff ausliefern werden, und Ende März, im April, werden wir bei drei Millionen sein - natürlich nur, wenn wir Glück haben, denn die Geschwindigkeit, mit der die Impfstoffe eintreffen, bestimmt die Geschwindigkeit, mit der wir impfen können.

*Es gibt auch erste hoffnungsvolle Anzeichen dafür, wie die Impfstoffe vor der Übertragung des Virus schützen. Als **PRODUKTION 13** legen die Kläger Informationen über die Pressekonferenz von Rutte und De Jonge vom 23. Februar 2021 vor.*

51. Auf der Pressekonferenz von Rutte und De Jonge am 11. Mai 2021 wird durch sie erläutert, wie die "Stufe 2 des Plans zur Öffnung der Gesellschaft" aussieht. Rutte äußert sich dazu unter anderem wie folgt.

'... Sie wissen, dass wir dank der Impfungen auf dem Weg zu einem hoffentlich schönen Sommer sind. Hugo de Jonge wird gleich mehr dazu sagen und auch zu unseren Erwartungen für die Sommerferien und den entsprechenden Reisetipps...'

52. Im Anschluss daran äußerte sich De Jonge zu den Erwartungen für die Sommerferien.

'... Ein schöner Sommer eben. Die Impfkampagne ist in vollem Gange. In dieser Woche wird die sieben-millionste Impfung verabreicht, und in der zweiten Maihälfte [2021^swerden alle Menschen ab 60 Jahren und alle Menschen mit hohem medizinischem Risiko - wie Menschen mit Leukämie oder Down-Syndrom - zumindest ihre erste Impfung erhalten haben. Und das ist ein wichtiger Meilenstein, auf den wir hingearbeitet haben ...

Außerdem gelang es ihr, einen ersten Impfstoff für alle anzubieten, die mit gefährdeten Menschen im Gesundheitswesen arbeiten...'

Als **PRODUKTION 14** legen die Kläger Informationen über die Pressekonferenz von Rutte und De Jonge am 11. Mai 2021 vor, auch als Beispiel für eine ähnliche Pressekonferenz mit Aufbau im Vereinigten Königreich.

53. Rutte wusste, dass die Erzählung über die so genannte Covid-19-Pandemie nicht stimmte und dass Covid-19-Injektionen - insbesondere bestimmte Chargen - schwere körperliche Schäden verursachen. Die von Rutte geschilderte Hoffnung war in Wirklichkeit nichts anderes als eine Täuschung des niederländischen Volkes, um das Projekt Covid-19 zum Erfolg zu führen. Ruttés Täuschung war beispiellos gemein, zumal er zum Zeitpunkt seiner oben zitierten Äußerungen bereits wusste, dass in der von Koopmans zitierten Pfizer-Studie (Pfizer-Bericht FDA-CBER-2021-5683-0000054) zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als 1.200 Menschen gestorben waren und mehr als 11.000 Menschen nach der Einnahme der Covid-19-Injektionen schwerwiegende dauerhafte körperliche Schäden erlitten hatten.
54. Am 10. Oktober 2022 fand im Europäischen Parlament eine Anhörung statt, bei der Frau Janine Small, eine Direktorin von Pfizer, vor dem Anhörungsausschuss förmlich zugab, dass Pfizer den Impfstoff Covid-19 nie auf seine Übertragbarkeit getestet hat. Rutte ist mit dieser Problematik vertraut. Deshalb wusste Rutte auch, dass die von ihm propagierte Doktrin "Du tust es für einen anderen" eine Lüge ist und nur dazu dient, Menschen durch psychologische Täuschung zur Covid-19-Injektion zu bewegen. Als **PRODUKTION 15** legen die Kläger hiermit einen Teil der Befragung von Pfizer und der kurzen Befragung von Ongehoord Nederland vor. 12. Oktober 2022, in dem Rutte mit der Aussage von Frau Small konfrontiert wird, sie als Unsinn abtut und sagt, er stehe nach wie vor hinter den Covid-19-Impfungen und rät allen, sich "einfach" damit impfen zu lassen.

55. Rutte ist vorzuwerfen, dass er seiner politischen und sozialen Verantwortung als Ministerpräsident der Niederlande nicht nachgekommen ist und infolgedessen gegenüber ██████ sozial fahrlässig gehandelt hat, was zu den von ██████ erlittenen Schäden geführt hat.
56. Rutte beging sein unrechtmäßiges Verhalten in der Absicht, die Interessen von Schwab und WEF am Covid-19-Projekt zu unterstützen. Abschnitt 97a des Strafgesetzbuches besagt:

Wer mit einer im Ausland ansässigen Person oder Einrichtung in der Absicht in Verbindung tritt, eine solche Person oder Einrichtung zu veranlassen, die Vorbereitung, Förderung oder Herbeiführung einer Revolution zu unterstützen, eine solche Person oder Einrichtung in der zu diesem Zweck gefassten Absicht zu bestärken oder einer solchen Person oder Einrichtung dabei Hilfe zu versprechen oder zu leisten, wird mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe oder zeitweiliger Freiheitsstrafe bis zu 30 Jahren oder mit Geldstrafe der fünften Kategorie bestraft“.

57. Wie in der Lesehilfe angegeben, wird **das gesamte unterstellte Verhalten allen Beschuldigten** zugerechnet. Was oben zu § 97a des Strafgesetzbuches gesagt wurde, gilt also auch für Hofstra, Van Dissel und Koopmans.
58. ██████ und Co. hätten die Covid-19-Injektionen nicht bekommen (können), wenn Rutte seiner Pflicht mit der erforderlichen sozialen Sorgfalt nachgekommen wäre. Die Politik der niederländischen Regierung wäre dann eine andere gewesen, oder Rutte hätte sich zumindest öffentlich gegen das Narrativ gestellt, das ██████ und Co. angemessen gewarnt und sie vor den Covid-19-Injektionen bewahrt hätte.

Kaag

59. Beklagter sub 5, nachstehend bezeichnet als: Kaag" hat das Amt des Finanzministers inne und ist ein prominentes Mitglied des WEF. Bevor Kaag zu diesem Amt kam, arbeitete Sie hauptsächlich für die Vereinten Nationen (im Folgenden: UN"), die über die ihr angeschlossene WHO eine wichtige Rolle in dem oben dargestellten Gesamtbild spielt. Während ihrer Amtszeit als Ministerin begann Kaag für das WEF zu arbeiten und ist dort Teil eines so genannten Think Tanks. In dieser Think Tank werden Pläne für eine völlige Umgestaltung u. a. der niederländischen Gesellschaft ausgearbeitet. Diese Neuausrichtung wird vom WEF als "Covid-19" bezeichnet: Der große Reset". Damit der "Great Reset" stattfinden kann, ist es von großer Bedeutung, dass die Länder die von den Vereinten Nationen in der Agenda 21 (seit 1992) und der Agenda 2030 (seit 2015) festgelegten "Ziele für nachhaltige Entwicklung" (nachstehend "Ziele für nachhaltige Entwicklung" genannt) umsetzen: SDGs)

normativ für die Umgestaltung der Gesellschaften in allen UN-Mitgliedsländern werden. Kaags Beteiligung als niederländischer Minister an einer NRO-Think Tank genauer gesagt am WEF, steht im Widerspruch zu Kaags verfassungsmäßiger Position, da der Great Reset nicht im Interesse des niederländischen Volkes und somit auch nicht im Interesse von [REDACTED] liegt. Darüber hinaus wurden dem niederländischen Parlament die Pläne und die Auswirkungen des Great Reset auf die gesamte niederländische Bevölkerung nie vorgelegt. Die Ausarbeitung und Durchführung des Covid-19-Projekts und des Great Reset sind als unerlaubte Handlung von Kaag gegen [REDACTED] zu qualifizieren.

60. Kaag stellt sich als Ministerin vor, die im Rahmen des Great Reset mit der Koordinierung der SDGs auf nationaler Ebene betraut ist, und reiht sich damit in eine Reihe von Vordenkern am WEF ein. Als **PRODUKTION 16** legen die Klägerinnen einen Mitschnitt eines Interviews mit Kaag vor, in dem sich Kaag als solche vorstellt. Diese Aufnahme zeigt auch, was der Große Reset mit sich bringen wird.
61. Der Great Reset geht davon aus, dass nichts mehr gut ist und alles neu gemacht werden muss - ohne die Zustimmung oder Konsultation der Bevölkerung -, anders und damit besser, so das WEF. Diese Denkweise wird der Welt auch von der UNO mit ihrer Agenda 21 und Agenda 2030 aufgezwungen. Hier verwendet die UNO den Slogan "Build Back Better". Weltweit haben viele Politiker in ähnlichen Positionen wie Kaag dieses Denken propagiert und den Slogan "Build Back Better" aufgegriffen. Als Außenministerin verpflichtet sich Kaag zu diesem Build Back Better-Mandat des WEF und der UNO. Als Beweis dafür legen [REDACTED] als **PRODUKTION 17** ein Schreiben von Kaag d.d. vor. 27. Mai 2021 an die WHO (als Teil der UNO und Mitglied des WEF), um ihre breite Unterstützung für das Mandat "Build Back Better" zu zeigen.
62. Das Denken von Kaag und ihrer Denkfabrik und die vielen Themen und Systeme, die nach diesem Denken von Kaag in der heutigen Gesellschaft umgesetzt werden müssen, wurden vom WEF in einem Bild visualisiert. Dieses Denken wird vom WEF über seine Website und das kostenlos herunterladbare Buch Covid-19 (9) verbreitet: The Great Reset von Klaus Schwab ab 13. Juli 2020. Schwab warb in einer Videobotschaft vom WEF Anfang Juni 2020 für den Great Reset. Vorheriges Bild mit Visualisierung der Ideen, für die Kaag steht, ein Bild und Download des Buches Covid-19: The Great Reset von Klaus Schwab sowie die vorgenannte Videobotschaft werden von den Klägern als **PRODUKTION 18** vorgelegt.

63. Eine zentrale Bedingung in den Plänen für die Umsetzung des Great Reset sind Impfungen mit Covid-19-Injektionen für die gesamte Bevölkerung, um einer "existenziellen zukünftigen Gesundheitskrise" entgegenzuwirken, die in der offiziellen Darstellung von WHO und WEF behauptet wird. Die Pläne des WEF und der WHO fordern die Bevölkerung, insbesondere die Generation der Millennials und künftige Generationen, auf, die internationale Gemeinschaft unverzüglich aufzufordern, Impfungen für alle sicherzustellen. Die Botschaft ist, dass niemand sicher ist, solange nicht alle geimpft sind. Als **PRODUKTION 19** legen die Klägerinnen zwei Videobotschaften von Klaus Schwab vom 26. Januar 2021 bzw. Juli 2022 vor, in denen Schwab die von Kaag vertretene Denkweise zum Ausdruck bringt und darauf hinweist, dass niemand sicher sein wird, solange nicht alle geimpft sind.
64. Als Minister und Mitglied des WEF setzt sich Kaag für diese Pläne und damit für die Covid-19-Injektionen ein. Und das, obwohl Kaag weiß, dass während der Pfizer-Versuche, die in dieser Vorladung mehrfach erwähnt werden, viele Menschen starben und Tausende schwere bleibende körperliche Schäden erlitten.
65. Das Covid-19-Projekt ist von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung des von Kaag und den anderen Angeklagten befürworteten Great Reset. Um sicherzustellen, dass der WEF die niederländische Regierung im Rahmen des Covid-19-Projekts lenken und überwachen kann, hat das Kaag-Ministerium unter anderem über die Ständige Vertretung (PV) dafür gesorgt, dass Informationen direkt zwischen dem WEF und seinem Ministerium ausgetauscht werden. All dies, ohne das niederländische Parlament zu informieren. Damit ist eindeutig klar, dass Kaag sowie die anderen Angeklagten nicht den Interessen des niederländischen Volkes und damit auch nicht denen von ████████ dienen. Was bei Rutte zu § 97a Strafgesetzbuch gesagt wurde, gilt auch für Kaag.
Als **PRODUKTION 20** legen die Kläger Informationen über die Vertretung der Niederlande in Genf und die Antwort von Kaag auf parlamentarische Anfragen vor, in denen sie ihre Doppelfunktion anerkennt.
66. Aufgrund ihres Hintergrunds, ihrer Stellung und ihrer Verbindungen weiß Kaag wie alle anderen Angeklagten, dass es sich um eine falsche Darstellung handelt. Insbesondere hat Kaag ihr Amt als Ministerin missbraucht, indem sie sich aktiv an der Umsetzung des Great Reset und des Covid-19-Projekts beteiligt hat, ohne dass das Parlament dem zugestimmt hat und es kontrolliert hat, u.a. durch die private NRO WEF.
67. Kaag kann vorgeworfen werden, dass sie ihrer politischen und sozialen Verantwortung als Politikerin und Ministerin nicht nachgekommen ist und

infolgedessen gegenüber ██████ sozial fahrlässig gehandelt hat, was zu dem von ██████ erlittenen Schaden geführt hat. Die Politik der niederländischen Regierung wäre ohne das rechtswidrige Verhalten von Kaag nicht zustande gekommen. Kaag hätte nicht mit den Plänen des WEF und der WHO zusammenarbeiten dürfen und sich als niederländische Ministerin öffentlich gegen diese Darstellung aussprechen müssen, was sie nicht getan hat.

68. ██████ und Co. hätten die Covid-19-Injektionen nicht bekommen (können), wenn Kaag ihre Pflicht mit der gebotenen sozialen Sorgfalt erfüllt hätte.

De Jonge

69. Beklagter sub-6, nachstehend genannt: De Jonge bekleidete von März 2020 bis Dezember 2021 das Amt des Ministers für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport und ist ein prominentes Mitglied des WEF. Als **PRODUKTION 21** legen die Kläger einen Ausdruck einer Seite der WEF-Website vor, aus der die Mitgliedschaft von De Jonge im WEF hervorgeht.

70. Als Minister für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport war De Jonge für die Angelegenheiten des RIVM zuständig. Unter der Leitung von De Jonge hat das RIVM die Covid-19-Strategie der WHO umgesetzt und durchgeführt. Diese Strategie stützt sich auf militärpsychologische Verhaltensbeeinflussungstaktiken. Diese Taktik beruht hauptsächlich darauf, große Angst zu erzeugen, in diesem Fall vor einem angeblichen tödlichen Virus. Dies mit dem Ziel, die Bevölkerung in die Irre zu führen. Im Falle des Covid-19-Projekts diene diese Täuschung dazu, möglichst viele Menschen zu Covid-19-Injektionen zu bewegen. Damit erfüllte De Jonge die ihm offenbar von der WHO und dem WEF übertragene Aufgabe, so viele Menschen wie möglich zur Injektion von Covid-19 zu verleiten. Als **PRODUKTION 22** legen die Kläger Informationen vor, die der Website der Zentralregierung entnommen wurden, auf der De Jonge bei der Umsetzung der Covid-19-Strategie die erwähnten militärpsychologischen Verhaltensbeeinflussungstaktiken zur Regierungspolitik erklärt hat.

71. Die WHO hat am 11. März 2020 die Pandemie Covid-19 ausgerufen. De Jonge erfüllte unmittelbar nach Ausrufung der Pandemie den von den NRO erteilten Auftrag, die oben genannten Techniken der Verhaltensbeeinflussung gegen die niederländische Bevölkerung einzusetzen, darunter ██████ Daraufhin wurde De Jonge von vielen besorgten niederländischen Bürgern gefragt, auf die Art und Weise wie er die Menschen zu Covid-19-Injektionen ermutigt habe. Als Beispiel für Letzteres verweisen ██████ auf ein Plädoyer von Herrn Frank Ruesink¹⁰ vom 16. April 2020, von dem eine

Videoaufzeichnung gemacht wurde, die von den Klägern als **PRODUKTION 23** vorgelegt wird. In diesem Video ist Herr Ruesink zu sehen, wie er De Jonge darauf hinweist, dass die Covid-19-Injektionen nur eine von vielen Möglichkeiten sind, die angebliche Pandemie zu bekämpfen, und De Jonge bittet und anfleht, auch diese Alternativen zu prüfen. Daraufhin zieht De Jonge ein zweifelhaftes Gesicht und gibt zu verstehen, dass er die Anweisungen der WHO für leitend hält. Diese Reaktion von De Jonge kann nur durch die Bosheit erklärt werden, mit der De Jonge und die anderen Angeklagten das Covid-19-Projekt betreiben. Als Beweis für diese böswillige Absicht verweisen die Kläger auf zwei E-Mail-Nachrichten vom 15. Mai 2020 bzw. 25. Mai 2020, die durch Wob-Anfragen ans Licht gekommen sind. Die Klägerinnen legen diese Mitteilungen als **PRODUKTION 24** vor. In der E-Mail-Nachricht vom 15. Mai 2020 erklärte das Ministerium von De Jonge:
'... Was die Unterstützung angeht: Bei Verhaltensänderungen klafft häufig eine Lücke zwischen der (beabsichtigten) Bereitschaft zur Veränderung und dem tatsächlichen Verhalten. Vgl. auch Hinweise zur Nutzung von Apps im Ausland. Vielleicht wird die Lücke hier kleiner, wenn die Wurst präsentiert wird, dass es in Zukunft weniger Freiheitseinschränkungen geben wird?

72. In der E-Mail vom 25. Mai 2020 erklärte das Ministerium von De Jonge:
'...Erster Punkt in der mvt natürlich legen wir auch dar, warum genau dieses Gesetz in die Wpg kommt, aber die ersten drei Argumente für ein Gesetz stammen aus dem 1. Mai Brief (die einzigen Perspektiven, über die wir uns einig sind). das vierte ist eine Art Logik

- demokratische Legitimation;

- Einschränkung der Grundrechte;

- längerfristige Regelungen als Notverordnungen, aber befristet.

- flexibel, also alles nach Absprache

Der Punkt ist natürlich, dass wir damit auch implizit zugeben, dass es den Notverordnungen an demokratischer Legitimation mangelt und sie eine wackelige Grundlage für Landrechtsbeschränkungen sind, aber das sagen wir nicht¹¹. Mit dieser zeitlichen Begrenzung und Flexibilität sind Notstandsverordnungen in Ordnung".

73. Diese E-Mail geht weiter:

'...Wir sagen, dass der Gesetzentwurf einen optimalen Ausgleich für das Dilemma geschaffen hat, das die Verlängerung der Ziele des Gesetzes unweigerlich mit sich bringt (dieser Satz stammt von mir und ich bin immer noch stolz darauf), nämlich, dass man alles verfolgen kann, was man will. Wir werden morgen einige Sätze produzieren. Gute Nachtruhe

74. Während der Zeit des genannten Ministeramtes schürten er und Rutte in vielen öffentlichen Äußerungen eine große Angst vor Covid-19 in der Bevölkerung, einschließlich [REDACTED] und anderen. Diese öffentlichen Äußerungen bestanden größtenteils aus Pressekonferenzen im Fernsehen, die als Reaktion auf die regelmäßigen OMT-Beratungen abgehalten wurden. Auf diesen Pressekonferenzen wurden freiheitsbeschränkende Covid-19-Maßnahmen unter Verwendung des Covid-19-Narrativs angekündigt. Die Botschaft lautete, dass die Maßnahmen nur dann aufgehoben werden können, wenn die große Mehrheit der niederländischen Bevölkerung Covid-19-Injektionen erhält. In dieser von De Jonge vorgeschlagenen Situation appellierte De Jonge mehrfach an sein Mitgefühl. Dies geschieht, indem der Öffentlichkeit immer wieder suggeriert wird, dass derjenige, der sich eine Covid-19-Injektion geben lässt, eine Wohltat begeht, weil er dies für einen anderen tun würde. Aufgrund dieser großen Lüge und Täuschung haben sich viele Menschen, darunter auch [REDACTED] und andere, gezwungen gesehen, sich Covid-19 spritzen zu lassen.
75. Der Vollständigkeit halber weisen die Kläger darauf hin, dass die Behauptungen, die sie gegenüber den einzelnen Beklagten aufstellen, auf alle Beklagten zutreffen, was ihre Kenntnis des tatsächlichen Geschehens und ihre Rolle dabei angeht. Vor diesem Hintergrund ist es nahezu unbegreiflich, dass De Jonge, der beispielsweise auch von den Pfizer-Studien wusste, so viele Menschen, darunter auch [REDACTED] und andere, bewusst in die Irre führte und ihr Leben und ihre Gesundheit vorsätzlich gefährdete.
76. Ein Beispiel für die große Täuschung der niederländischen Bürger, einschließlich [REDACTED] und anderer, durch De Jonge ist die Frage und Antwort vom Dezember 2020 mit "This is Robbert" vom YouTube-Kanal "Open Card". In diesem Interview sind die folgenden Aussagen von De Jonge kursiv gedruckt. Es wird immer auf den Zeitstempel verwiesen, der dem Video beigefügt ist. Die Fragen und Antworten des Fragestellers sind in Klammern gesetzt. Ein Bildschirmfoto dieses Videos wird als **PRODUKTION 25** eingereicht.
- (3:36) Wenn man gewusst hätte, worauf man sich einlässt, hätten wir uns natürlich ganz anders auf diese Pandemie vorbereitet.*
77. In diesem Teil des Interviews verschweigt De Jonge, dass er mit der Umsetzung des Covid-19-Projekts beschäftigt ist, das einen ihm bekannten Zeitplan beinhaltet.

(32.53) *Nun, eigentlich hat ein Impfstoff nur Vorteile. Ein Impfstoff hat eigentlich nur Vorteile.*

78. Wie in dieser Vorladung näher erläutert wird, handelt es sich dabei um eine Covid-19-Injektion, die erhebliche Gesundheitsrisiken birgt, so dass diese Aussage eine glatte Lüge ist.

(33.03) *Die Existenz von Impfstoffen ist ein Triumph für die Menschheit, ein Triumph für die Wissenschaft. Es ist ein Triumph für die Wissenschaft, dass dieser Impfstoff in so kurzer Zeit entwickelt werden konnte.*

79. Wie in dieser Vorladung ausführlich erläutert wird, waren die so genannten Impfstoffe von der WHO bereits vor der Ausrufung der angeblichen Pandemie für das Covid-19-Projekt entwickelt worden.

(33.59) *Und was wir getan haben, ist, dass wir im Vorfeld Vereinbarungen mit Unternehmen getroffen haben, in die wir viel Geld investieren werden, wäre es möglich, die Produktion zur gleichen Zeit wie die Entwicklung und Erforschung des Impfstoffs zu starten? Und das ist der Grund, warum es jetzt viel schneller geht, denn es werden Techniken verwendet, die schon oft erprobt wurden, und deshalb kann es jetzt viel schneller gehen, aber wir haben in keiner Weise an der falschen Stelle gespart. Alle Sicherheitsanforderungen werden einfach erfüllt. Und das ist wichtig, denn das Vertrauen in einen solchen Impfstoff ist wichtig. Wenn also die EMA, das europäische Institut, die europäische Arzneimittelbehörde, grünes Licht gibt, dann gibt es tatsächlich einen Stempel, dass das Produkt ausreichend sicher und wirksam ist, und Sie können es einfach verwenden.*

80. De Jonge erklärt, wie man Geld investiert. Damit zeigt er, dass er nicht für die niederländische Regierung arbeitet, sondern für eine andere Partei, die er als "wir" bezeichnet. Schließlich hat die niederländische Regierung nicht in die Entwicklung und Erforschung von Covid-19-Impfstoffen investiert. Die EMA hat nicht erklärt, dass der Impfstoff Covid-19 sicher ist und Sie ihn einfach verwenden können. Dies war ein Experiment, das naturgemäß nicht sicher ist.

(35.28) *Sie wissen schon. Das ist ein Impfstoff. Man impft nicht für sich selbst, man impft nicht, um sich selbst zu schützen, sondern um die Menschen um einen herum zu schützen, die Menschen, die man liebt. Ich denke, wir sollten uns das auch gegenseitig sagen. Ich höre manchmal Leute sagen: Nun, ich muss noch sehen, ob ich es wirklich will und so weiter. Dann denke ich, ja Leute, hallo, das ist nicht möglich. Wir befinden uns in der allerschlimmsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir müssen das Blatt so schnell wie möglich wenden. Die Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, um das Virus einzudämmen, belasten uns sehr. An der Front der GGDs*

-27

befinden sie sich seit 10 Monaten im Krisenmodus. Sie arbeiten sich den Arsch ab, und die Fehlzeiten steigen. Sie können sich kaum noch halten. Alles, was wir tun müssen, ist, uns einen dieser Jab's zu besorgen. Und dann sitzt man ein bisschen nüchtern herum und sagt, na ja, ich muss mal sehen, ob ich das wirklich will. Nun, natürlich geht das nicht. Ich höre die Leute sagen, ja, ich weiß nicht genau, was da drin ist. Ich weiß nicht genau, was da drin ist. Dann denke ich: Mensch, du hast dein ganzes Leben lang Frikandellen gegessen und weißt nicht genau, was da drin ist. Eeh. Hier ist wirklich von hier bis da getestet worden eeh, ob es gut ist und ob es richtig ist und ob es sicher ist, Nebenwirkungen wurden dargestellt wissen Sie, das ist einfach das allerbeste, was uns in dieser Krise passieren kann. Ja, und wir sollten unserem lieben Gott auf unseren nackten Knien dafür danken, dass es diesen Impfstoff gibt, und ihn natürlich auch gleich einsetzen.

81. De Jonge wendet hier militärpsychologische Verhaltensbeeinflussungstaktiken an. Außerdem gibt er absichtlich falsche Informationen über die Tests und die Sicherheit der Covid-19-Impfstoffe. Der Vergleich mit Frikandellen ist eines Ministers unwürdig und verstößt in eklatanter Weise gegen die Grundrechtsbestimmung von Artikel 7 ICCPR.

(38.44) Großbritannien fing also an, herumzustochern, bevor die EMA sagte, dass dies richtig ist. Und das war, als es noch zu wenige Forschungsergebnisse aus dieser dritten Phase gab, dieser dritten Forschungsphase. Sie haben also verschiedene Forschungsphasen. In der dritten klinischen Phase wird der Impfstoff bei einer großen Gruppe von Menschen eingesetzt, und es wird geprüft, ob es Nebenwirkungen gibt, welche Kontraindikationen bestehen, und das Ergebnis dieser dritten klinischen Phase muss bei der EMA eingereicht werden, die dann entscheidet, ob der Impfstoff gut ist oder nicht. Das gibt also grünes Licht. Und die Engländer haben angefangen, bevor die EMA diese Entscheidung getroffen hat. Sie taten dies mit einem Notfallverfahren. Ich habe das absichtlich nicht getan, weil ich denke, dass man dann wirklich zu große Abstriche macht. Und dann sagen die Leute: Ja, aber ist das wirklich sicher, weil man nicht einmal alle Forschungsergebnisse abgewartet hat, bevor man anfängt zu impfen. Ich glaube nicht, dass das verantwortungsvoll ist. Also habe ich das bewusst nicht getan.

82. Hier zeigt De Jonge, dass er mit den bereits erwähnten Pfizer-Studien und den Pfizer-Sicherheitsberichten vertraut ist, die damals noch vor der Öffentlichkeit geheim gehalten wurden, darunter der Pfizer-Bericht FDA-CBER-2021-5683-000054. De Jonge wusste, dass sich die Pfizer-Studie am 1. Dezember 2020 in der dritten klinischen Phase befand und dass es zu diesem Zeitpunkt bereits zahlreiche Berichte über Todesfälle und schwere bleibende körperliche Schäden bei den Teilnehmern dieser dritten klinischen Studie gab. De Jonge hat diese entscheidende Information verschwiegen. Dieser Versuch mit all seinen Todesfällen und Verletzungen war für De Jonge kein

Grund, die Covid-19-Impfkampagne aufzugeben. Damit agiert De Jonge auch als Vollstrecker des Covid-19-Projekts und schadet den Interessen der niederländischen Bürger, einschließlich [REDACTED]

(Ein großer Teil der Niederländer, der jetzt vielleicht Zweifel hat, würde es angehen, wenn sie sehen würden, dass Sie das dann tatsächlich tun würden.)

(39.38) Ich hätte kein Problem damit, es in der Öffentlichkeit zu tun. Oder so. Wenn das zum Vertrauen beiträgt, hätte ich damit überhaupt kein Problem. Mein einziges Zögern, dies zuerst zu tun, besteht darin, dass ich dann auch jemandem den ersten Platz wegnehmen würde, der ihn viel mehr braucht als ich. Das möchte ich nicht, dass würde ich nicht in Ordnung finden, denn dann würde ich die Spritze nehmen, die eigentlich für jemand anderen bestimmt war.

83. Auch dies ist eine völlig inakzeptable Methode der Verhaltensbeeinflussung für einen Minister. Besonders traurig ist in diesem Zusammenhang, dass De Jonge es vor allem auf junge Menschen abgesehen hat.

(40.30) ... an dieser Stelle werden wir Ihnen erklären, warum es so unglaublich wichtig ist, sich impfen zu lassen. Dass Sie es nicht für sich selbst tun, sondern um Ihre Mitmenschen zu schützen, und dass es vollkommen sicher ist. Und werden Sie dann auch impfen? [sicher]. Das ist gut.

84. Wie in dieser Vorladung dargelegt, wurden vor der Vermarktung der Covid-19-Injektionen niemals Tests zur Verhinderung von Übertragungen durchgeführt, so dass das Mantra "Sie tun es für jemand anderen" falsch und irreführend ist. Indem er von "vollkommen sicher" spricht, führt De Jonge die Öffentlichkeit in die Irre, auch [REDACTED]. Im Übrigen wurde die in dem Interview zwischen De Jonge und dem Interviewer vorgegebene Vereinbarung, dass sie gleichzeitig "geimpft" würden und den Zuschauern in diesem Zusammenhang Erklärungen geben würden, nicht eingehalten.

85. Am Ende seiner Amtszeit erklärte De Jonge in einem Interview für VARA OP1 am 7. Januar 2022 Folgendes:

'... Wir haben in den Niederlanden eine kleine, vergrößerte Minderheit, die sich nicht impfen lässt. Ich verstehe überhaupt nicht, dass Sie unter dem Deckmantel der Freiheit sagen: Ich lehne diesen Impfung ab, weil die Freiheit. Ja, es ist genau dieser Stich der uns hilft, die Freiheit von dem Virus wiederzuerlangen. Es ist nicht die Regierung, die deine Freiheit einschränkt, es ist der Virus, der deine Freiheit einschränkt...'

86. Dieses Zitat zeigt, wie sehr De Jonge darauf bedacht ist, im Rahmen des Covid-19-Projekts, das er durchführen soll, eine Verhaltensänderung

vorzutäuschen. Als **PRODUKTION 26** legen die Kläger ein Video des Interviews von De Jonge mit VARA OP1 vom 7. Januar 2022 vor.

87. De Jonge ist vorzuwerfen, dass er seiner politischen und sozialen Verantwortung als Minister der Niederlande nicht nachgekommen ist und infolgedessen sozial fahrlässig gegenüber ██████ und anderen gehandelt hat, was zu dem von ██████ und anderen erlittenen Schaden geführt hat. Die Politik der niederländischen Regierung wäre ohne das rechtswidrige Verhalten von De Jonge nicht zustande gekommen. De Jonge hätte nicht mit den Plänen des WEF und der WHO zusammenarbeiten dürfen und sich als niederländischer Minister öffentlich gegen dieses Narrativ aussprechen müssen, was er nicht getan hat. Was bei Rutte zu § 97a des Strafgesetzbuches gesagt wurde, gilt auch für De Jonge.
88. ██████ und andere hätten die Covid-19-Injektionen nicht erhalten (können), wenn De Jonge seine Pflicht mit der erforderlichen sozialen Sorgfalt erfüllt hätte.

Kuipers

89. Beklagter sub 7, nachstehend bezeichnet als: Kuipers' trat im Januar 2022 die Nachfolge von De Jonge als Minister für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport an. Soweit bekannt ist, hatte Kuipers vor diesem Ministeramt keine öffentlich bekannte politische Laufbahn. Vor seinem Ministeramt war Kuipers von März 2013 bis Januar 2022 Vorstandsvorsitzender des Erasmus MC und löste damit Koopmans ab, die dort seit 2006 Leiterin der Abteilung für Viruswissenschaften war. In dieser Zeit war Kuipers auch als bezahlter Redner und Berater für den Impfstoffhersteller AstraZeneca tätig. Im April 2021, vor seinem Amtsantritt als Minister, hatte sich Kuipers vehement gegen die Einstellung der Covid-19-Injektionen von AstraZeneca für Menschen unter 60 Jahren ausgesprochen. Dies auch, nachdem Kuipers' Kollegen bei AstraZeneca enthüllt hatten, dass sie die Covid-19-Injektionen als eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit betrachten.
90. Während des Zeitraums, in dem ██████ die Covid-19-Injektionen verabreicht wurden, war Kuipers in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landelijk Netwerk Acute Zorg (LNAZ), in dem die Krankenhäuser in den Niederlanden mit einer Intensivstation zusammengeschlossen sind, regelmäßig im Fernsehen zu sehen. In dieser Eigenschaft "berichtete" Kuipers über einen angeblich drohenden Mangel an Betten auf der Intensivstation.
91. Damit erweckte Kuipers den Anschein, dass aufgrund des erwarteten Zustroms von Covid-19-Patienten ein möglicher Engpass entstehen könnte.

Die Skizzierung dieses Szenarios trug erheblich zu der Angst bei, die in der Gesellschaft durch die Aussagen der anderen Angeklagten über Covid-19 bereits erzeugt worden war. Es hat nie einen Mangel an Intensivbetten gegeben, obwohl in den Jahren vor der angeblichen Covid-19-Pandemie die Kapazitäten der Intensivstationen weltweit und auch in den Niederlanden infolge der Regierungspolitik bereits stark reduziert worden waren.

92. Im Einklang mit dieser Darstellung betonte Kuipers in einer Fernsehsendung am Donnerstag, dem 30. Dezember 2020, noch vor der ersten Impfrunde, dass es von entscheidender Bedeutung sei, Personal für die Versorgung bereitzuhalten. Kuipers bezog sich dabei insbesondere auf Hausärzte, Krankenwagenpersonal, Krankenhauspersonal in der Notaufnahme, auf der Intensivstation und auf der Station Covid-19. Kuipers vertrat die Ansicht, dass deshalb sofort mit der Impfung dieser Gruppen begonnen werden sollte. Als **PRODUCTION 27** legen die Kläger einen Screenshot des Interviews bei News Hour on d.d. vor. 31. Dezember 2020.
93. Am 30. Dezember 2020 war die oft wiederholte dritte klinische Studie von Pfizer etwa zur Hälfte abgeschlossen. Kuipers' Vorgänger, De Jonge, bezog sich im Dezember 2020 in einer Frage und Antwort mit "This is Robbert" vom YouTube-Kanal "Open Card" auf diesen Prozess. In dieser Frage und Antwort bezeichnete De Jonge die Covid-19-Impfstoffe als "vollkommen sicher". Pfizer war der erste Lieferant von Covid-19-Impfstoffen für die Covid-19-Injektionskampagne, die am 8. Januar 2021 begann. Zu diesem Zeitpunkt war der Impfstoff Covid-19 von Pfizer noch nicht zugelassen, und außerdem gab es zu diesem Zeitpunkt bereits zahlreiche Todesfälle und Verletzungen in der Studie.
94. Der Vorstoß von Kuipers, am Montag, dem 4. Januar 2021, mit der Verabreichung von nicht genehmigten Covid-19-Injektionen zu beginnen, war in eklatanter Weise rechtswidrig. Dies gilt umso mehr, als diese Covid-19-Injektionen im Rahmen einer Studie erfolgten, von der Kuipers bereits im Dezember 2020 wusste, dass es zu zahlreichen Todesfällen und Verletzungen gekommen war. In Anbetracht dieser Tatsachen und Umstände zeugt der Vorstoß von Kuipers, alle Mitarbeiter des Gesundheitswesens bereits ab dem 4. Januar 2021 mit Covid-19-Injektionen zu versorgen, von böser Absicht. ██████████ sind der Meinung, dass die von Kuipers skizzierten möglichen Untergangsszenarien nur dem Covid-19-Projekt dienen sollten.
95. Kuipers hat durch seine Fernsehauftritte und öffentlichen Äußerungen vor seiner Amtszeit als Minister wesentlich zur Täuschung von ██████████ und anderen beigetragen, die dazu führte, dass ██████████ und andere allen Grund hatten, sich die Covid-19-Injektionen geben zu lassen.

96. Während seiner Amtszeit als Minister konnte Kuipers anlässlich einer Corona-Pressekonferenz am 15. Februar 2022 eine scheinbar wohlwollende Botschaft verkünden, indem er als Minister ankündigte, dass die Covid-19-Maßnahmen weitgehend aufgehoben und die Niederlande wieder geöffnet werden würden. Trotz dieser Ankündigung beharrte Kuipers auch im Nachhinein auf der "Notwendigkeit" groß angelegter Covid-19-Injektionen beim Menschen, wohl wissend, dass es sich um einen Betrug handelte. Kuipers führt eine entsprechende Politik durch. Es sei daran erinnert, dass der Bericht von Pfizer über die dritte klinische Phase Kuipers am 30. April 2021 bekannt war. Wie bereits erwähnt, meldete Pfizer in diesem Bericht 1.223 Todesfälle und 11.361 Personen mit bleibenden schweren Körperschäden. Unter der Verantwortung von Kuipers werden diese Injektionen bis heute an meist wehrlose Menschen ohne jede Einwilligung verabreicht, und die schädlichen Auswirkungen der Covid-19-Injektionen werden von Kuipers verschwiegen. Was bei Rutte zu § 97a des Strafgesetzbuches gesagt wurde, gilt auch für Kuipers.
97. Kuipers kann vorgeworfen werden, dass er seiner politischen und sozialen Verantwortung als Minister der Niederlande nicht nachgekommen ist und infolgedessen sozial fahrlässig gegenüber ██████ und anderen gehandelt hat, was zu dem von ██████ und anderen erlittenen Schaden geführt hat. Die Politik der niederländischen Regierung wäre ohne Kuipers' rechtswidriges Verhalten nicht zustande gekommen. Kuipers hätte sich als niederländischer Minister öffentlich gegen dieses Narrativ wehren müssen, was er nicht getan hat. ██████ und andere hätten die Covid-19-Injektionen nicht bekommen (können), wenn Kuipers seine Pflicht mit der erforderlichen sozialen Sorgfalt erfüllt hätte.

Gommers

98. Beklagter sub-8, nachstehend bezeichnet als: Gommers" ist seit 2014 als Facharzt für Intensivmedizin am Erasmus MC tätig¹².
99. Gommers war Präsident der Niederländischen Gesellschaft für Intensivpflege (im Folgenden: 'NVIC') und laut der RIVM-Website fest eingeladenes Mitglied der OMT.
100. Im Jahr 2009 schlossen der Arzneimittelhersteller Pfizer und die NFIP eine Kooperationsvereinbarung, die mehr als nur finanzielle Unterstützung beinhaltete. Diese Zusammenarbeit fand unter der Leitung von Gommers statt. Daher gibt es enge Verbindungen zwischen Pfizer, dem NIVC und Gommers. Als **PRODUCTION 28** reichen ██████ einen Artikel aus der

Zeitschrift Netherlands Journal of Critical Care d.d. ein. 2. April 2009, die dies zeigt.

101. Die Aussagen von Kuipers in der Fernsehsendung vom 31. Dezember 2020, wie sie oben mit Kuipers (Produktion 27) beschrieben wurden, wurden von Gommers bestätigt, und er bekräftigte sie, indem er dazu aufrief, ab Montag, dem 4. Januar 2021, vorrangig Covid-19-Injektionen bei allen Pflegekräften vorzunehmen. Auf Nachfrage in dieser Sendung sagte Gommers, er habe an diesem Tag frei gehabt, so dass er die Kisten mit den Covid-19-Injektionen selbst aus dem Zentrallager in Oss abholen konnte.
102. Am 6. Januar 2021 ließ sich Gommers angeblich Covid-19 spritzen, wobei er vor den Medien ein Loblied auf die Wissenschaft und die Pharmaindustrie sang, die "richtig cool" zusammengearbeitet hätten und den Impfstoff Covid-19 so schnell wie möglich gemacht hätten. sagte Gommers dazu: *Wir müssen nun in den kommenden Monaten so schnell wie möglich zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass alle geimpft sind. Dann nehmen wir unser normales Leben wieder auf*". Dabei ist zu bedenken, dass sich die vielbeachtete Pfizer-Studie zu diesem Zeitpunkt etwa in der Mitte ihrer dritten klinischen Phase befand, so dass es keinen sachlich gerechtfertigten Grund für Lob gab. In Wirklichkeit war dies eine reine Täuschung, um die Durchführung des Covid-19-Projekts zu ermöglichen. Die Taktik der Verhaltensbeeinflussung, die Gommers zu diesem Zeitpunkt anwandte, bestand darin, sich als sachkundiger und vertrauenswürdiger Arzt darzustellen und Euphorie über eine neue Covid-19-Injektion zu zeigen. Diese Kombination diente dazu, in der niederländischen Bevölkerung, einschließlich [REDACTED] und anderen, die psychische Verfassung zu wecken, um euphorisch über die Covid-19-Injektionen selbst zu werden und sie wie Gommers¹³ anbringen zu lassen, damit das normale Leben wieder aufgenommen werden konnte. Als **PRODUCTION 29** überlagern [REDACTED] einen Artikel von NOS news d.d. 6. Januar 2021 zu Gommers' Covid-19-Injektion.
103. Um auch diejenigen zu gewinnen, die die Covid-19-Injektionen und die anschließenden "Booster" nicht erhalten hatten, begann Gommers, seine Taktik der Verhaltensbeeinflussung anzupassen. Gommers tat dies, indem er den Eindruck erweckte, der Covid-19-Politik "kritisch" gegenüberzustehen. Gerade durch seine scheinbar kritische Haltung gewann Gommers das Vertrauen insbesondere von Angehörigen der Gesundheitsberufe, die Zweifel an der Notwendigkeit einer Covid-19-Auffrischungsimpfung hatten. Damit erweckte Gommers den falschen Eindruck, dass man sich in Kenntnis der Sachlage für eine Covid-19-Auffrischungsspritze entscheiden könne. Eine fundierte Entscheidung kann jedoch nur getroffen werden, wenn ausreichende (öffentliche) Informationen über den Inhalt der Covid-19-

Injektionen und ihre kurz- und langfristigen Auswirkungen vorliegen. Diese Informationen waren vorhanden, wurden aber vor den Niederländern, einschließlich [REDACTED] und anderen, geheim gehalten.

104. Außerdem war ein Hauptargument von Gommers, dass er die Covid-19-Booster-Injektion zum Wohle der Patienten in seinem Krankenhaus verabreichen würde. Auf diese Weise setzte Gommers auch das Mantra "Du tust es für einen anderen" um. Dieses Argument von Gommers sei auch deshalb falsch, weil es keine Forschungsergebnisse über die Verhinderung der Übertragung durch Impfung gebe. Im Gegenteil, Gommers, wie auch Pfizer und alle anderen Angeklagten, wussten, dass die Übertragungstests nie stattgefunden hatten, weil sie für das Covid-19-Projekt offensichtlich irrelevant waren.
105. In Anbetracht der Kenntnisse und des Fachwissens von Gommers, einschließlich des wiederholt erwähnten Berichts über die Pfizer-Studien und der engen Beziehungen zwischen Gommers und Pfizer, wusste Gommers besser als jeder andere, dass dieses Argument falsch war und dass das, was er tat, zu einem enormen Schaden für die niederländische Bevölkerung und damit für [REDACTED] führen würde. Es sei daran erinnert, dass der Bericht von Pfizer über die dritte klinische Phase Gommers bereits am 30. April 2021 bekannt war. Wie bereits erwähnt, meldete Pfizer in diesem Bericht 1.223 Todesfälle und 11.361 Personen mit bleibenden schweren Körperschäden. Unter der Verantwortung von Gommers werden diese Injektionen dem niederländischen Gesundheitspersonal verabreicht. Bis heute geschieht dies bei Beschäftigten des Gesundheitswesens, ohne dass eine tatsächliche Einwilligung vorliegt. Die Mitarbeiter des Gesundheitswesens werden von Gommers fälschlicherweise dazu überredet, Patienten durch Covid-19-Injektionen zu schützen. Als **PRODUKTION 30** reichen [REDACTED] einen Artikel auf der Nachrichten-Website NU.nl d.d. ein. 29. Dezember 2021, in der es um die angebliche Covid-19-Auffrischungsspritze von Gommers geht.
106. Gommers hat sein rechtswidriges Verhalten vorsätzlich begangen, da er offenbar beabsichtigte, den Beschäftigten des Gesundheitswesens eine Covid-19-Injektion zu verabreichen, mit der vorhersehbaren Folge, dass diese Personen dadurch geschädigt werden und die Kapazität des Gesundheitswesens dadurch eingeschränkt wird. Es liegt auf der Hand, dass die Beklagten diesen Rückgang anschließend auf (die angebliche Krankheit) Covid-19 zurückführen werden, womit die Covid-19-Maßnahmen wiederum fälschlicherweise legitimiert werden. Dies ist ein wesentlicher Teil der von den Beklagten gemeinsam begangenen unerlaubten Handlung, die auf die Vollstreckung des Covid-19 hinausläuft: Das Projekt Great Reset. Weltweit haben Beamte, die sich in einer ähnlichen Position wie Gommers befinden,

diesen Ansatz gewählt. Was bei Rutte zu § 97a des Strafgesetzbuches gesagt wurde, gilt auch für Gommers.

107. Gommers kann vorgeworfen werden, dass er seiner sozialen Verantwortung als maßgebliches OMT-Mitglied und Vorsitzender der NVIC nicht nachgekommen ist und infolgedessen gegenüber ██████ sozial fahrlässig gehandelt hat, was zu dem Schaden geführt hat, den ██████ erlitten haben. Die Covid-19-Politik wäre ohne Gommers' rechtswidriges Verhalten nicht zustande gekommen. Gommers hätte ██████ nicht in die Irre führen dürfen und hätte sich angesichts seiner wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Position öffentlich gegen die Covid-19-Darstellung aussprechen müssen, was er nicht getan hat.
108. ██████ und andere hätten die Covid-19-Injektionen nicht erhalten (können), wenn Gommers seine Aufgaben mit der erforderlichen sozialen Sorgfalt erfüllt hätte.

Hoekstra

109. Beklagter sub-9, nachstehend bezeichnet als: Hoekstra', übernahm 2017 das Amt des Finanzministers, das Hoekstra bis zum 10. Januar 2022 innehatte. Seit dem 10. Januar 2022 ist Hoekstra Minister für auswärtige Angelegenheiten Hoekstra ist ein prominentes Mitglied des WEF und daher mit dem Plan für die vollständige Umgestaltung der Gesellschaft (Covid-19) vertraut, der vom WEF bereits bei der Einführung von Kaag genannt wurde: Der große Reset). Als **PRODUKTION 31** legen ██████ einen Ausdruck der WEF-Website vor, der Hoekstra als Mitglied des WEF ausweist.
110. Hoekstra ist ein Befürworter des Covid-19-Projekts: The Great Reset und hält Schwab für einen Würdenträger. Aus diesem Grund schreibt Hoekstra Herrn Schwab mit "Eure Exzellenz" an. Schwab setzte Hoekstra in den Niederlanden als einen der Hauptverantwortlichen für die Umsetzung des Covid-19-Projekts ein. Die Beziehung zwischen Schwab und Hoekstra spiegelt sich in der Tatsache wider, dass Schwab seinerseits Hoekstra über seine Sekretärin als "Sehr geehrter Herr Minister" anschreibt. Es sei daran erinnert, dass Hoekstra aufgrund seiner Ernennung zum Minister gemäß der niederländischen Etikette mit "Excellentie" und nicht mit "Schwab" angesprochen werden sollte. Als **PRODUKTION 32** legen ██████ die Kopie eines Schreibens von Hoekstra vor, den er mit "Eure Exzellenz" anspricht.
111. In der Einleitung zu diesem Schreiben wurde darauf hingewiesen, dass Covid-19 ein Projekt ist, das von NRO durchgeführt und von der Weltbank

finanziert wird. An diesem Punkt der Vorladung werden [REDACTED] ihre Sichtweise der Beziehung zwischen den Angeklagten und dem WEF und insbesondere Hoekstra und dem WEF näher erläutern. Der WEF ist eine Stiftung nach Schweizer Recht. Diese Rechtsform ist vergleichbar mit der einer Stiftung in den Niederlanden. Es handelt sich also um eine private Organisation, die bei ihrer Gründung keine formelle Position bei einer nationalen Regierung hatte. Als PRODUKTION 33 legen [REDACTED] die Kopie eines Auszugs aus dem schweizerischen Handelsregister über die dortige Eintragung des WEF vor. Die Statuten des WEF werden hiermit ebenfalls vorgelegt.

112. Am 3. Juni 2020 wurde der Start des Covid-19-Projekts von Schwab und dem damaligen zukünftigen König von England in einer Online-Sitzung bekannt gegeben: Der große Reset. Daraufhin verschickte das WEF schriftliche Einladungen zum großen Treffen in Davos (Schweiz) im Januar 2021 mit dem Titel "The Great Reset". Auch Hoekstra wurde dazu eingeladen. Hoekstra erhielt die Einladung dazu am 10. Juli 2020. Als PRODUKTION 34 legen [REDACTED] die Informationen aus der Sitzung "The Great Reset" sowie Hoekstras Antwortschreiben an das WEF vor.

113. [REDACTED] möchten Ihrem Gericht genauer erklären, was es aus ihrer Sicht bedeutet, dass sich die Angeklagten mit dem WEF und den Ideen von Covid-19 auseinandergesetzt haben: Die Befürworter des Großen Umbaus. In diesem Zusammenhang verweisen [REDACTED] zunächst auf das Buch von Schwab mit dem Titel "Covid-19: The Great Reset", das vom WEF über seine Website für alle zugänglich gemacht wird (siehe Anmerkung 9 zu diesem Schreiben). Dieses Buch wurde vom WEF im Juli 2020 online veröffentlicht. Aufgrund der in diesem Buch enthaltenen Informationen und der darin beschriebenen Ereignisse kommen [REDACTED] zu dem Schluss, dass dieses Buch im Jahr 2019 geschrieben und im Jahr 2020 für die Veröffentlichung im Juli 2020 vorbereitet wurde.

114. Die Beklagten teilen die Auffassung von Schwab in Covid-19: Der Große Reset in der Chronik. Schwab beschreibt in seinem Buch, dass die Covid-19-Pandemiekrise den entscheidenden Moment eingeläutet hat, in dem sich viele Dinge in der Welt für immer ändern müssen. [REDACTED] verweisen in diesem Zusammenhang auf eine Reihe von Zitaten:

Es ist ein entscheidender Moment für uns - wir werden jahrelang mit den Folgen zu kämpfen haben und viele Dinge werden sich für immer verändern.

115. Dieser Denkweise zufolge wird die Covid-19-Pandemiekrise das ganze "Elend" der Welt aufdecken. In diesem Zusammenhang ist das folgende Zitat sehr anschaulich.

'Vor allem die sozialen Unterschiede, die mangelnde Fairness, die fehlende Zusammenarbeit, das Versagen der Weltordnungspolitik und der Führungsrolle liegen jetzt so offen zutage wie nie zuvor, und die Menschen haben das Gefühl, dass die Zeit für eine Neuerung gekommen ist'.

116. Diesem Denken zufolge wird nichts zur "alten" Normalität zurückkehren. In diesem Zusammenhang ist das folgende Zitat sehr anschaulich.

Die Normalität, die vor der Krise herrschte, wird niemals wiederkehren, denn die Coronavirus-Pandemie markiert einen grundlegenden Wendepunkt in unserer globalen Entwicklung.

117. Dieser Denkweise zufolge wird die alte Welt, wie [REDACTED] und andere sie kannten, vollständig verschwinden. In diesem Zusammenhang ist das folgende Zitat sehr anschaulich.

Die Welt, wie wir sie in den ersten Monaten des Jahres 2020 kannten, gibt es nicht mehr, sie hat sich im Zusammenhang mit der Pandemie aufgelöst.

118. Dieser Denkweise zufolge stehen uns bald radikale und enorme Veränderungen bevor, die große Auswirkungen auf das Leben aller haben werden, auch auf das von [REDACTED] und anderen. In diesem Zusammenhang ist das folgende Zitat sehr anschaulich.

Radikale Veränderungen von solcher Tragweite stehen bevor, dass einige Experten von einer "Vor-Coronakrisen- (BC) und Nach-Coronakrisen- (AC) Ära" gesprochen haben. Wir werden auch weiterhin von der Schnelligkeit und Unerwartetheit dieser Veränderungen überrascht werden - da sie miteinander verschmelzen, werden sie Folgen zweiter, dritter, vierter und weiterer Ordnung, Kaskadeneffekte und unvorhergesehene Ergebnisse hervorrufen.

119. Diesem Denken zufolge wird eine radikal neue "Normalität" geschaffen werden. In diesem Zusammenhang ist das folgende Zitat sehr anschaulich.

Auf diese Weise werden sie eine "neue Normalität" schaffen, die sich radikal von der unterscheidet, die wir nach und nach hinter uns lassen werden.

120. In Anbetracht der oben beschriebenen Denkweise der Beklagten, einschließlich Hoekstra, kommen [REDACTED] zu dem Schluss, dass die Covid-19 der Beklagten: Das Projekt "Great Reset" zielt darauf ab, einen beispiellosen und radikalen Wandel in der niederländischen Bevölkerung herbeizuführen. Die Covid-19-Injektionen sind offenbar Teil dieses Projekts. Dies ist offensichtlich, denn die Covid-19-Injektionen wurden von Schwab ausdrücklich mit den Worten benannt: *Niemand ist sicher, wenn nicht alle geimpft sind*". Als Beleg für dieses Urteil verweisen [REDACTED] auf ihre **Produktion 19**.
121. [REDACTED] verweisen hiermit erneut auf ihre **Produktion 32**, die einen Brief von Hoekstra an Schwab enthält, der mit dem Datum versehen ist. 14. Februar 2019 eingereicht wird. In diesem Brief schrieb Hoekstra in seiner Eigenschaft als Minister an Schwab, dass er mit ihm zusammenarbeiten wolle, um technische und politische Entwicklungen herbeizuführen, die zu einer weiteren (finanziellen) Globalisierung führen. Hoekstra führte diese Korrespondenz im Geheimen und ohne Mandat des niederländischen Parlaments und somit ohne die Zustimmung von [REDACTED] und anderen. Der Inhalt dieses Schreibens kann angesichts der Überlegungen des WEF nicht anders interpretiert werden als eine bedingungslose Verpflichtung Hoekstras, in seiner Funktion als Finanzminister uneingeschränkt mit dem Covid-19-Projekt zusammenzuarbeiten: Der große Reset. Hoekstra hat diese Zusammenarbeit, für die er sein Amt als Finanzminister missbraucht hat, tatsächlich geleistet.
122. Wie bereits erwähnt, lautet die Botschaft an die Öffentlichkeit im Rahmen des Covid-19-Projekts, dass niemand sicher sein wird, solange nicht alle mit Covid-19 geimpft sind. Für den Erfolg des Great Reset ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Krise als eine Krise von noch nie dagewesenem Ausmaß dargestellt wird, die noch nie dagewesene Maßnahmen erfordert. Hoekstra sorgte mit einem beispiellosen finanziellen "Unterstützungspaket" dafür, dass die von [REDACTED] und anderen geäußerte Vermutung, eine Krise ungeahnten Ausmaßes sei tatsächlich durch ein neues Coronavirus verursacht worden, in die Tat umgesetzt wurde. Ohne Hoekstras Mitarbeit wäre die Durchführung des Covid-19-Projekts in den Niederlanden nicht möglich gewesen, da er keinen Zugang zur niederländischen Staatskasse hatte. Was bei Rutte zu § 97a des Strafgesetzbuches gesagt wurde, gilt auch für Hoekstra.
123. Als Minister und Mitglied des WEF setzt sich Hoekstra für das Covid-19-Projekt und damit auch für die Covid-19-Injektionen ein. Und das, obwohl Hoekstra weiß, dass die Pfizer-Studienberichte, die in dieser Vorladung

mehrfach erwähnt werden, gezeigt haben, dass die Covid-19-Injektionen vielen Menschen das Leben gekostet und bei Tausenden zu schweren bleibenden körperlichen Schäden geführt haben.

124. Aufgrund der Angst, die Hoekstra und die anderen Angeklagten [REDACTED] vor dem angeblichen neuen Coronavirus, seinen noch nie dagewesenen Folgen und der zu seiner Bekämpfung geäußerten Auffassung, dass noch nie dagewesene Maßnahmen erforderlich seien, eingeflößt hatten, trafen [REDACTED] ihre Entscheidung, sich die Covid-19-Injektionen geben zu lassen, in großer Angst.
125. Hoekstra ist vorzuwerfen, dass er seiner politischen und sozialen Verantwortung als Minister der Niederlande nicht nachgekommen ist und infolgedessen gegenüber [REDACTED] und anderen sozial fahrlässig gehandelt hat, was zu dem Schaden geführt hat, den [REDACTED] und andere erlitten haben. Die Politik der niederländischen Regierung wäre ohne Hoekstras rechtswidriges Verhalten nicht zustande gekommen und hätte nicht umgesetzt werden können. Hoekstra hätte nicht mit den Plänen des WEF und der WHO zusammenarbeiten dürfen und sich als niederländischer Minister öffentlich gegen diese Darstellung aussprechen müssen, was er nicht getan hat.
126. [REDACTED] und andere hätten die Covid-19-Injektionen nicht erhalten (können), wenn Hoekstra seine Pflicht mit der erforderlichen sozialen Sorgfalt erfüllt hätte.

Van Nieuwenhuizen

127. Beklagter sub-10, nachstehend bezeichnet als: "Van Nieuwenhuizen" war vom 26. Oktober 2017 bis zum 31. August 2021 Minister für Infrastruktur und Wasserwirtschaft.
128. Am 28. März 2020 ergriff Van Nieuwenhuizen im Rahmen einer Regelung sogenannte Sofortmaßnahmen. Diese Dringlichkeitsmaßnahmen hatten die unmittelbare Folge, dass Genehmigungsanträge für gentherapeutische Covid-19-Injektionen nicht mehr mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) einhergehen mussten, dass Dritte keine Stellungnahmen mehr abgeben konnten und dass die Entscheidungszeiten erheblich verkürzt wurden. Diese Verfahrenserleichterungen entbehrten jeglicher sachlichen Grundlage. Der zu diesem Zweck ausgerufene Notfall war nicht gegeben. Van Nieuwenhuizen hatte weder die Befugnis noch das Mandat, das internationale Aarhus-Übereinkommen als Grundrecht für ungültig zu erklären. Als **PRODUKTION 35** legen [REDACTED] die ministerielle Entscheidung von Van Nieuwenhuizen d.d. vor. 28. März 2020.

129. Durch die Einführung der oben genannten Regelung wurden die Verpflichtungen von Van Nieuwenhuizen aus dem Aarhus-Übereinkommen¹⁴ in grober Weise verletzt. Dieses Übereinkommen verpflichtete Van Nieuwenhuizen, die Öffentlichkeit zu konsultieren, wenn er gentechnisch veränderte Organismen in die Umwelt freisetzt, was Van Nieuwenhuizen dem Wortlaut der Verordnung zufolge absichtlich nicht getan hat. Zu diesem Zweck sieht die Regelung Folgendes vor.

Artikel 6 des Aarhus-Übereinkommens verpflichtet die Niederlande, im Rahmen der nationalen Rechtsvorschriften die Öffentlichkeit anzuhören, soweit dies möglich und angemessen ist, bevor sie die Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt genehmigen. Im Falle der Bekämpfung von COVID-19 wird es als notwendig erachtet, davon abzuweichen und die Genehmigung nicht nach der UOV, sondern nach dem regulären Vorbereitungsverfahren zu erteilen“.

Als **PRODUKTION 36** überlagern [REDACTED] et al die ersten beiden Seiten des Aarhus-Übereinkommens¹⁵.

130. Durch diese Vorgehensweise wurde die niederländische Bevölkerung, darunter auch [REDACTED] von Van Nieuwenhuizen bewusst darüber im Unklaren gelassen, dass die angebotenen Covid-19-Injektionen die Teilnahme an einer klinischen Studie beinhalteten, dass die Covid-19-Injektionen auf einer Gentherapie beruhten und dass durch die Verordnung wichtige Sicherheitsvorkehrungen für Mensch und Umwelt, die für die Erteilung einer Genehmigung erforderlich waren, nicht mehr galten.
131. Weltweit haben Personen, die sich in einer ähnlichen Lage wie Van Nieuwenhuizen befanden, auf die gleiche Weise gehandelt, so dass der oben beschriebene Informationsmangel weltweit auftritt. Die Tatsache, dass alle Angeklagten dabei kooperierten, spricht Bände in Bezug auf die Behauptung von [REDACTED] und anderen, dass die Angeklagten als Gruppe rechtswidrig gehandelt haben.
132. Zum Zeitpunkt von Van Nieuwenhuizens unrechtmäßigem Verhalten am 28. März 2020 hatte die dritte klinische Phase der oben mehrfach erwähnten Pfizer-Studie noch nicht einmal begonnen. Damit wurde blindlings von einer Konvention abgewichen, die gerade darauf abzielt, Schutz für eine Situation wie die vorliegende zu bieten. Dies zeigt, dass alle Angeklagten und insbesondere Van Nieuwenhuizen böswillig gehandelt haben. Was bei Rutte zu § 97a des Strafgesetzbuches gesagt wurde, gilt auch für Van Nieuwenhuizen.

133. Van Nieuwenhuizen ist vorzuwerfen, dass sie ihrer politischen und sozialen Verantwortung als Ministerin der Niederlande nicht nachgekommen ist und infolgedessen mit sozialer Nachlässigkeit gegenüber ██████ gehandelt hat, was zu dem von ██████ erlittenen Schaden geführt hat. Die Politik der niederländischen Regierung wäre ohne Van Nieuwenhuizens rechtswidriges Verhalten nicht zustande gekommen. Van Nieuwenhuizen hätte nicht absichtlich gegen die Aarhus-Konvention verstoßen und sich als niederländische Ministerin öffentlich gegen die Erzählung aussprechen müssen, was sie nicht getan hat.
134. ██████ und andere hätten die Covid-19-Injektionen nicht bekommen (können), wenn Van Nieuwenhuizen ihre Aufgabe mit der erforderlichen sozialen Sorgfalt erfüllt hätte.

Pharmazeutische Industrie

Bourla

135. Beklagter sub 11, nachstehend bezeichnet als: Bourla ist ausgebildeter Tierarzt und seit 1993 in leitender Funktion beim US-amerikanischen Arzneimittelhersteller Pfizer tätig. In seiner langen Karriere bei Pfizer lernte Bourla alle Facetten des Geschäftsbetriebs in allen Pfizer-Abteilungen kennen. Im Jahr 2018 wurde Bourla zum stellvertretenden Leiter von Pfizer ernannt. Mit Wirkung vom 1. Januar 2019 wurde Bourla zum Chief Executive Officer (CEO) von Pfizer befördert und traf mit Wirkung vom 1. Januar 2019 alle wichtigen Entscheidungen bei Pfizer.
136. Bourla ist ein "Beitragszahler" des WEF und Pfizer ist ein "Mitglied" des WEF. Bourla ist ein Verfechter des WEF-Denkens und von Covid-19: Der große Reset. Als PRODUKTION 37 legen ██████ Informationen von der WEF-Website vor, aus denen die Verbindungen von Bourla und Pfizer zum WEF hervorgehen.
137. Bourla hat in öffentlichen Äußerungen erklärt, dass er die Mitarbeiter von Pfizer im Jahr 2020 zur raschen Entwicklung eines Covid-19-Impfstoffs drängt. Dabei soll Bourla darauf hingewiesen haben, dass der zu entwickelnde Impfstoff sicher und wirksam sein muss. Bourla gibt an, dass die Herstellung der Covid-19-"Impfstoffe" in seinem Namen vor der Genehmigung durch die US Food and Drug Administration¹⁶ (im Folgenden: 'FDA') gestartet. Laut Bourla lag darin die Strategie von Pfizer, dass die "Impfstoffe" unmittelbar nach der Zulassung durch die Arzneimittelbehörden zur Verfügung stehen würden. Als PRODUKTION 38 legen ██████ einen Screenshot einer Videobotschaft vom 14. Dezember 2020 vor, die das

oben Genannte zeigt. [REDACTED] stellen in diesem Zusammenhang eine auffällige Ähnlichkeit zwischen der Wortwahl von Bourla und De Jonge fest: Bourla erklärte, die Covid-19-Injektionen seien "ohne Abstriche" entwickelt worden, während De Jonge am 26. Dezember 2020 im gleichen Zusammenhang von "keineswegs Abstrichen" sprach.

138. In einem offenen Brief von Bourla¹⁷, der am 15. Oktober 2020 auf der Website von Pfizer veröffentlicht wurde, macht Bourla mehrere Versprechen und Verpflichtungen gegenüber der Weltbevölkerung. In diesem Schreiben betont Bourla die Bedeutung von Transparenz bei der Entwicklung des "Impfstoffs". Bourla versichert der Öffentlichkeit, dass die Arzneimittelbehörden die Genehmigung für die "öffentliche Verwendung" nur dann erteilen können, wenn Pfizer drei Bedingungen erfolgreich nachweisen kann. Erst wenn nachgewiesen ist, dass der in der Entwicklung befindliche "Impfstoff" wirksam und sicher ist und in gleichbleibend hoher Qualität hergestellt werden kann, kann die Zulassung für den "öffentlichen Gebrauch" in Frage kommen, so Bourla. Als **PRODUKTION 39** legen [REDACTED] einen Ausdruck von Bourlas Brief d.d. vor. Oktober 15, 2020 über.
139. Für Europa folgte Ende 2020 eine bedingte Zulassung gemäß Artikel 14 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004, die Pfizer verpflichtet, alle Arten von Informationen über die Verabreichung der Covid-19-Injektionen zu sammeln und der EMA innerhalb eines festgelegten Zeitplans vorzulegen. Daraus geht hervor, dass die Covid-19-Injektionen, die [REDACTED] erhalten haben, im Rahmen einer klinischen Studie verabreicht wurden. Die EMA hat entschieden, dass diese Studie bis mindestens August 2024 fortgesetzt wird.
140. Pfizer hat laut seinem wiederholt zitierten Sicherheitsbericht¹⁸ von November 2020 bis Februar 2021 eine umfangreiche klinische Studie durchgeführt, bei der Probanden der "Impfstoff" Covid-19 von Pfizer, bekannt unter dem Markennamen Comirnaty / BNT162b2¹⁹, injiziert wurde. An dieser Studie nahmen 29.914 Frauen, 9.182 Männer und 2.990 Kinder teil. Innerhalb eines Monats nach Beginn dieser klinischen Studie starben 1.223 Probanden und 11.361 erlitten schwere dauerhafte körperliche Schäden. Pfizer gibt in seinem oben erwähnten Sicherheitsbericht an, dass sie nicht über Daten zu 9.400 Probanden verfügen. Ob diese Personen infolge der klinischen Studie gestorben sind oder Verletzungen erlitten haben, ist aus diesem Grund nicht bekannt. Als **PRODUKTION 40** legen [REDACTED] den Sicherheitsbericht d.d. vor. 30. April 2021 vorbei.
141. Der erwähnte Sicherheitsbericht wurde von Bourla verheimlicht, aber im Oktober 2021 dank der Intervention der Justiz in den Vereinigten Staaten von Amerika der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Daten aus diesem

Bericht zeigen, dass der "Impfstoff" Covid-19 von Pfizer lebensbedrohlich ist. Aus diesem Sicherheitsbericht geht hervor, dass die drei Bedingungen, die Bourla in seinem offenen Brief vom 15. Oktober 2020 gestellt hatte, um eine Zulassung bei den Arzneimittelbehörden beantragen zu können, nicht erfüllt werden konnten. Hätte Bourla das getan, was er der Weltbevölkerung in seinem offenen Brief vom 15. Oktober 2020 versicherte, wäre nie eine Genehmigung bei den Arzneimittelbehörden eingeholt worden und die Covid-19-Injektion von Pfizer wäre [REDACTED] nicht verabreicht worden. Bourla hat [REDACTED] und andere mit seinem offenen Brief und dem Verschweigen des Sicherheitsberichts vorsätzlich in die Irre geführt.

142. Bourlas Täuschung geht noch viel weiter. Sicher und wirksam waren die Schlüsselwörter, mit denen weltweit ein Großteil der Bevölkerung zur Injektion von Covid-19 verführt wurde. Sowohl Bourla als auch alle anderen Angeklagten haben diese Worte bis zum Überdruß wiederholt. Dabei lautete ein wichtiges Motto: "Du tust es für einen anderen"²⁰. Die Beklagten, insbesondere Bourla, haben damit impliziert, dass die Covid-19-Injektionen die Übertragung des vermeintlichen Virus verhindern würden. Auf der Grundlage dieser impliziten Botschaft wurde in der Weltöffentlichkeit, auch bei [REDACTED] davon ausgegangen, dass die Wahrscheinlichkeit, sich mit dem Virus zu infizieren, abnimmt, je mehr Menschen sich eine Covid-19-Injektion geben lassen, und dass die Pandemie nur auf diese Weise beendet werden kann.
143. Bourla wusste jedoch, dass Pfizer und andere Hersteller von Covid-19-Impfstoffen bei der Entwicklung der "Impfstoffe" nicht darauf geachtet haben, die Übertragung des angeblich neuen Coronavirus zu verhindern. Bourla wusste, dass in diesem Punkt in der Weltöffentlichkeit ein großes Missverständnis herrschte, das zum Teil von ihm selbst verursacht wurde, und damit auch von [REDACTED] und anderen, dessen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die gesamte Covid-19-Politik beruhte weltweit auf der Vorstellung, dass durch Impfungen die Übertragung des vermeintlichen Virus verhindert werden könne, so dass die "Impfung" ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der angeblichen Pandemie sei. All dies ist eine große Lüge, die von Bourla und den anderen Angeklagten verbreitet wird. Hätte Bourla die von ihm versprochene Transparenz an den Tag gelegt, hätten [REDACTED] und Co. niemals die Covid-19-Injektionen erhalten.
144. Die Lüge über die Unterbindung der Übertragung des angeblichen Virus durch Covid-19-Impfungen wurde am 10. Oktober 2022 im Europäischen Parlament aufgedeckt. Bourla wurde u.a. von mehreren europäischen Parlamentariern zur Befragung vorgeladen. Bourla hat sich geweigert, vor dem Anhörungsausschuss des Europäischen Parlaments zu erscheinen. Er

schickte seine Kollegin Janine Small an seine Stelle. Frau Small hat vor dem Anhörungsgremium förmlich zugegeben, dass Pfizer den Impfstoff Covid-19 nie auf Ansteckungsgefahr getestet hat. Als **PRODUKTION 41** legen [REDACTED] einen Screenshot der Anhörung des Europäischen Parlaments vom 10. Oktober 2022 vor.

145. Frau Small, die von Bourla damit beauftragt worden war, versuchte, den wahren Sachverhalt dieses verblüffenden Eingeständnisses zu verschleiern, indem sie erklärte, es sei wegen der "Schnelligkeit der Wissenschaft" keine Untersuchung der Übertragung durchgeführt worden. Wie im Folgenden dargelegt wird, ist der von Bourla und den anderen Angeklagten mehrfach geäußerte Hinweis auf die "Geschwindigkeit der Wissenschaft" falsch und eine große Lüge. Dieser Verweis war nicht stichhaltig, da die Covid-19-Injektionen in Wirklichkeit bereits vor der angeblichen Pandemie entwickelt worden waren. [REDACTED] werden diese Behauptung später in diesem Schreiben weiter untermauern.
146. Bourla wurde am 19. Januar 2023 vor dem WEF-Treffen in Davos von Journalisten des kanadischen Fernsehsenders "Rebel News" mit der Erklärung seines Kollegen Small vom 10. Oktober 2022 konfrontiert. Obwohl er von diesen Journalisten nach seiner Reaktion auf die Erklärung von Frau Small gefragt wurde, weigerte sich Bourla erneut, eine Erklärung abzugeben. Bourla überlegte und sagte: "Einen schönen Tag noch. Dies macht die in Bourlas offenem Brief versprochene Transparenz umso mehr zu einer großen Lüge. Bourla zeigt damit seine Verachtung gegenüber all jenen, die ihm und Pfizer ihr Vertrauen geschenkt haben, einschließlich [REDACTED] Als **PRODUKTION 42** legen [REDACTED] einen Screenshot des Interviews von Rebel News mit Bourla d.d. vor. 19. Januar 2023.
147. Der äußerst niederträchtige Modus Operandi von Bourla, entscheidende Informationen über den Inhalt und die Funktionsweise von Comirnaty / BNT162b2 (mRNA-Injektionen) zu verheimlichen, gilt auch für das Vorhandensein von Graphenoxid in jeder mRNA-Injektion, gleichgültig ob von Pfizer oder von Moderna²¹. Pfizer beschreibt in seiner Packungsbeilage für Covid-19-Injektionspräparate den Wirkstoff Tocinameran" und andere Substanzen mit komplex zusammengesetzten chemischen Bezeichnungen, die durch Codes angegeben werden, insbesondere die Codes ALC-0315" und ALC-0159".
148. Die vorgenannten Codes lassen sich anhand des am 27. September 2020 in Shanghai, China, erteilten Patents mit der Nummer CN 112220919A erklären. Dieses Patent zeigt deutlich, dass - insbesondere im Fall von mRNA-Impfstoffen gegen das n-Cov-Coronavirus 2019 - Graphenoxid als "Träger"

für Lipid-Nanopartikel (LNP) dient. Das am 27. September 2020 erteilte chinesische Patent mit der Nummer CN 112220919A²² sowie eine Übersetzung davon werden als **PRODUKTION 43** vorgelegt. In der englischsprachigen Zusammenfassung dieses Patents wird Folgendes berichtet: "The English-language summary of this patent reports the following.

Die Erfindung gehört zum Bereich der Nanomaterialien und der Biomedizin und bezieht sich auf einen Impfstoff, insbesondere auf die Entwicklung eines rekombinanten Nano-Impfstoffs gegen das Coronavirus 2019-nCoV. Die Erfindung umfasst auch ein Verfahren zur Herstellung des Impfstoffs und die Anwendung des Impfstoffs in Tierversuchen. Der neue Corona-Impfstoff enthält Graphenoxid²³, Carnosin, CpG und RBD des neuen Coronavirus; Bindung von Carnosin, CpG und RBD des Neokoronavirus an das Rückgrat von GraphenoxidDie CpG-Kodierungssequenz ist als SEQ ID NO 1 dargestellt; das neue Coronavirus RBD bezieht sich auf eine neue Coronavirus-Proteinrezeptor-Bindungsregion, die einen hochtitrigen spezifischen Antikörper erzeugen kann, der auf das RBD in einem Mäusekörper abzielt, und eine starke Unterstützung für die Prävention und Behandlung des neuen Coronavirus bietet.

149. In den Medien überprüften so genannte "Faktenprüfer" die Behauptung, dass die Covid-19-Injektionen Graphenoxid enthalten würden, und reagierten damit auf die großen Bedenken der Öffentlichkeit. Diese Bedenken rührten daher, dass Graphenoxid beim Menschen unter anderem die Blutgerinnung fördert. Das Ergebnis der Kontrollen war immer die Falschaussage, dass dies nicht der Fall sei, und Bourla ließ diese Falschaussage auch absichtlich zu.
150. Es wurden Videos und wissenschaftliche Berichte von sehr angesehenen Personen veröffentlicht, in denen mit großer Genauigkeit und unter Verwendung von Beweisen erklärt wird, dass das Graphenoxid in allen mRNA-Injektionen als Hauptbestandteil enthalten ist und in erster Linie einem anderen Zweck als der Beeinflussung der Gesundheit dient. [REDACTED] verweisen in diesem Zusammenhang auf ein Video, in dem eine angeblich ehemalige Pfizer-Mitarbeiterin, Karen Kingston, dies ausführlich erläutert. Diese Erklärung bestärkt [REDACTED] in ihrer Überzeugung, dass Bourla ein sehr wichtiger Akteur ist, wenn es um den Covid-19 geht: Das Projekt "Great Reset" und die Covid-19-Injektionen, die ihnen aufgezwungen wurden, waren nie dazu gedacht, sie vor einem angeblichen Virus zu schützen. Als **PRODUKTION 44** legen [REDACTED] einen Screenshot vor, der sich auf ein Video von Karen Kingston bezieht.

151. In Anbetracht dessen kommt Graphenoxid als Hauptbestandteil des "Impfstoffs" Covid-19 von Pfizer in Frage. Selbstverständlich hätte das gefürchtete und für den Menschen hochgiftige Graphenoxid nicht Teil des Impfstoffs sein dürfen, und niemand, der davon gewusst hätte, und schon gar nicht █████ et al, wäre bereit gewesen, sich dieses Gift injizieren zu lassen.
152. Bourla kann vorgeworfen werden, dass er seine wissenschaftliche und soziale Verantwortung als CEO des wichtigsten Herstellers von Covid-19-Injektionen grob verletzt und infolgedessen gegenüber █████ sozial fahrlässig gehandelt hat, was zu den von █████ erlittenen Schäden führte. Was bei Rutte zu § 97a Strafgesetzbuch gesagt wurde, gilt auch für Bourla.

Massenmedien

Von Cann

153. Beklagter sub 12, nachstehend genannt: "Van Cann" war seit 2011 stellvertretender Chefredakteur von NOS News und wurde neuer Chefredakteur von NOS News (im Folgenden: 'NOS').
154. Auf ihrer Website²⁴ gibt die NOS ihr Leitbild auf der Grundlage des Mediengesetzes an. Sie lautet wie folgt.

Als integraler Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks will NOS die Hauptinformationsquelle für Nachrichten, Sport und Ereignisse sein, damit die niederländischen Bürgerinnen und Bürger die Entwicklungen in der Welt besser beurteilen können und so ihr Verhalten verbessern. Dabei hält sich die NOS an die höchsten journalistischen Standards der Sorgfalt, Zuverlässigkeit, Parteilosigkeit, Pluralität und Objektivität. Die NOS ist bestrebt, diese Informationen über alle verfügbaren Medien und für alle Teile der Gesellschaft zugänglich zu machen".

155. Van Cann ist als (stellvertretender) Chefredakteur für die Leitung der Rubrik Covid-19 verantwortlich. Es gehörte zu Van Canns Aufgaben, dafür zu sorgen, dass die Redakteure die für den Journalismus geltenden Normen einhalten. Was die international geltenden ethischen Standards für Journalisten betrifft, so verweisen █████ auf die von der International Federation of Journalists akzeptierten Standards. █████ legen die jüngste Ausgabe der von diesem Verband verabschiedeten Normen als **PRODUKTION 45** vor.
156. Die Art und Weise, wie die NIS über die angebliche Covid-19-Krise berichtete, wurde von Van Cann bestimmt.

157. Von Beginn der angeblichen Covid-19-Krise an, d.h. ab Januar 2020, setzte Van Cann in der Redaktion der NIS mit Ton, Bildern und Vorschlägen auf maximale Panik und Angst in der Bevölkerung. [REDACTED] und andere wurden durch die NIS-Berichterstattung über die Idee, dass ein tödliches Virus von Wuhan aus unterwegs sei, sehr beunruhigt²⁵. Van Cann hat genau darauf gewettet, ohne eine angemessene journalistische Untersuchung zuzulassen. Van Cann folgte sklavisch dem offiziellen Narrativ, das weltweit von der WHO vorgegeben und von allen Angeklagten blindlings befolgt wurde.
158. [REDACTED] erörtern im Folgenden eine begrenzte Anzahl von Beispielen, die, was Van Canns Handlungen betrifft, angesichts der für sie geltenden Normen gelinde gesagt, inakzeptabel sind.
159. Zunächst möchten [REDACTED] darauf hinweisen, dass die NIS den ersten infizierten Corona-Patienten als eine Person darstellte, die sofort von einer gesunden Person zu einer Person wurde, die durch das Covid-19-Virus (sterbend) wurde. Tote oder kranke Menschen auf der Straße, Menschen in Krankenhäusern und Menschen auf der Intensivstation mit lebenserhaltenden Maßnahmen - so wurde das Bild der Infektion von NOS gezeichnet. Diese einfache journalistische Untersuchung hätte bereits in der Anfangsphase erhebliche Zweifel an der Authentizität der Berichterstattung aufkommen lassen müssen, die von den NIS blind von internationalen Nachrichtenagenturen und anderen Kanälen übernommen wurde. Am 29. Januar 2020 berichtet NOS in seinem Artikel "Wie ehrlich ist China in Bezug auf den Ausbruch des Coronavirus?" unter anderem:
Am 9. Januar 2020 wurde nCoV2019 als Ursache für eine Reihe von Lungenentzündungsfällen bei Patienten in Wuhan identifiziert. Einen Tag später gaben die chinesischen Behörden den genetischen Code des Virus bekannt.
Eine Kopie dieses Artikels aus NOS vom 29. Januar 2020 wird von [REDACTED] als **PRODUKTION 46** vorgelegt.
160. Aus offiziellen EMA-Dokumenten geht hervor, dass der EMA gemeldet wurde, dass Moderna bereits 2017 und Pfizer bereits am 14. Januar 2020 über einen Covid-19-Impfstoff verfügten und dabei waren, diese Covid-19-Injektionen zu testen. Für Pfizer würde dies bedeuten, dass die Covid-19-Injektion in vier Tagen testbereit wäre, und für Moderna würde es bedeuten, dass sie bereits seit zweieinhalb Jahren über einen Impfstoff gegen ein künftiges Virus verfügen. In diesem Zusammenhang werden die dem Abgeordneten Cristian Terheş zur Kenntnis gebrachten Informationen, aus denen dies folgt, als **PRODUKTION 47** vorgelegt. Diese Informationen zeigen, dass Covid-19-Injektionen lange vor dem Ausbruch der angeblichen Covid-19-Pandemie in der Entwicklung waren. Als Beweismittel bieten [REDACTED] und Co. an, den Europaabgeordneten Cristian Terheş unter Eid zu

vernehmen. Die NOS und andere Medien hätten diesen veröffentlichten Informationen auf den Grund gehen und die Öffentlichkeit ausführlich darüber informieren müssen. Anstatt die Öffentlichkeit zu informieren, haben die Medien, darunter Van Cann und die NOS, eine regelrechte Zensur betrieben.

161. Dass eine Zensur stattfindet, wird aus der Tatsache deutlich, dass im Europäischen Parlament kein Bericht über die Anhörung veröffentlicht wurde. d.d. 10. Oktober 2022 (Produktion 41). Es ist schockierend, dass Van Cann als Chefredakteur an einer Vertuschung beteiligt war, die die Lüge aufrechterhielt, dass die Covid-19-Injektionen eine Übertragung verhindern würden. Die diesbezügliche Erklärung von Janine Small, einer Führungskraft von Pfizer, vor einem Anhörungsausschuss des Europäischen Parlaments hätte weltweit Schlagzeilen machen und sich "viral" verbreiten müssen.
162. Das Vorhandensein von Zensur wird auch durch die Nichtberichterstattung über die Rede des Europaabgeordneten Cristian Terheş über die Ergebnisse der speziellen Anhörungsgremien im Europäischen Parlament deutlich, in denen unter anderem Führungskräfte von Moderna und Pfizer angehört wurden. Wie bereits im Fall von Bourla erwähnt, sind in diesem Prozess wichtige Informationen über die Sicherheit und Wirksamkeit von Covid-19-Injektionen ans Licht gekommen. In zwei Reden von MdEP Cristian Terheş am 11. Oktober 2022 enthüllt Herr Terheş die Tatsache, dass dem Europäischen Parlament die Informationen über die Verträge mit Pfizer von der Europäischen Kommission vorenthalten werden. Herr Cristian Terheş berichtet auch über den Grund, den Pfizer ihm für die Zurückhaltung dieser Informationen genannt hat. Nach Angaben von Pfizer ist dies auf "Geschäftsgeheimnisse" zurückzuführen. Cristian Terheş wies auch darauf hin, dass Covid-19-Injektionen nicht vor der Übertragung des Virus schützen. Außerdem weist Cristian Terheş auf den starken Anstieg der Übersterblichkeit seit der Einführung der Covid-19-Injektionskampagne hin. Ebenfalls am 11. Oktober 2022 warf Herr Terheş die Frage auf, dass Pfizer der EMA Daten über den Beginn der Tests für die Covid-19-Injektionen von Pfizer am 14. Januar 2020 gemeldet hatte, während nur drei Tage zuvor der genetische Code des angeblichen Covid-19-Virus bekannt wurde. Bei Moderna reichen die Tests sogar bis ins Jahr 2017 zurück. All dies hätte Van Cann dem niederländischen Volk als Weltnachricht präsentieren müssen, und Van Cann war dafür verantwortlich, dass alles, was Herr Terheş in seinen Reden vom 11. Oktober 2022 vorbrachte, einer gründlichen journalistischen Untersuchung unterzogen wurde. In diesem Zusammenhang legen [REDACTED] **PRODUKTION 48** Screenshots der beiden Reden des Europaabgeordneten Cristian Terheş d.d. 11. Oktober 2022.

163. Dass Van Cann für die Zensur von Covid-19 verantwortlich und haftbar ist, wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, dass sie der Öffentlichkeit sämtliche Informationen über alle von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Oktober 2022 eingesetzten Sonderausschüsse vorenthalten hat. Diese Anhörungsgremien untersuchten die Sicherheit und Wirksamkeit der Covid-19-Injektionen und wie bereits im Januar 2020 die Kaufverträge zwischen Pfizer und der Europäischen Kommission heimlich und in betrügerischer Absicht ausgehandelt wurden. Ursula van der Leijen erteilte Pfizer im Namen der Europäischen Kommission und im Namen der Niederlande Aufträge im Wert von über 71.000.000.000,00 EUR (71 Milliarden Euro). Die Niederlande und damit die niederländische Bevölkerung, einschließlich [REDACTED] und anderer, sind gesamtschuldnerische Bürgen für die Zahlung dieses Betrags, der bis heute unbezahlt geblieben ist. Es ist zu bedenken, dass dieser Kauf für diesen Betrag getätigt wurde, als sich die Covid-19-Injektionen von Pfizer noch in der klinischen Testphase befanden (Produktion 38). Van Cann hat als Chefredakteur all dies in einer globalen Vertuschung vertuscht und der Öffentlichkeit, einschließlich [REDACTED] und anderen, die unvorstellbar weitreichenden (möglichen) Folgen dieser beobachteten schockierenden Fakten vorenthalten. Dies ist unvereinbar mit dem Wesen des journalistischen Berufs und dem Auftrag der NIS.
164. Im Deutschen Bundestag hat am 26. Oktober 2022 die Fraktionsvorsitzende der großen Partei AFD (Alternative für Deutschland), Frau Dr. Alice Weidel wies in aller Deutlichkeit auf die (Zensur-)Skandale hin, die (1) die Vernehmung von Janine Small und ihre Aussage über die fehlende Verhinderung der Übertragung, (2) die Bestätigung der Europäischen Kommission, dass die Covid-19-Injektionen nicht vor Ansteckung schützen, und (3) die Absprachen von Ursula van der Leijen mit der Pharmaindustrie über den oben erwähnten milliardenschweren Kauf betreffen. Das Ausmaß der durch die Covid-19-Injektionen verursachten Schäden wird von diesem Abgeordneten ebenfalls als ein zensurierendes Thema genannt. Was die persönliche Haftung von Journalisten wie Van Cann betrifft, so lässt dieser Abgeordnete keinen Raum für Missverständnisse. Als **PRODUKTION 49** legen [REDACTED] einen Screenshot der Rede von Frau Dr. Alice Weidel d.d. 26. Oktober 2022.
165. Als Beweis für die Richtigkeit der Aussage von Dr. Alice Weidel nannte und Van Cann zensierte Skandale legen [REDACTED] et al als **PRODUKTION 50** über einen Screenshot von einem Video d.d. 13. Oktober 2022, in dem EU-Kommissar Wolfgang Philipp vor dem Europäischen Parlament bestätigte, dass Covid-19-Injektionen keinen Schutz vor einer Übertragung bieten.

166. Die NOS, unter der Leitung von Van Cann, hat bei der aufdringlichen und angstmachenden Verbreitung der Covid-19-Geschichte, die offenkundig darauf abzielt, die Menschen durch sozialen Druck und falsche Darstellungen zur Einnahme von Covid-19-Injektionen zu bewegen, voll und ganz mitgearbeitet. Dabei hätte die NOS darauf hinweisen müssen, dass es sich um die Teilnahme an einem groß angelegten, globalen gentherapeutischen Experiment handelt, für das es eigentlich keinen Grund gibt.
167. Van Cann und ihre NOS-Journalisten hätten als allererstes darüber berichten sollen, was auf den Beipackzetteln der Covid-19-Impfstoffe steht. Auf den Beipackzetteln aller Covid-19-mRNA-"Impfstoffe" ist unter²⁶ eindeutig angegeben, dass es sich um ein bedingt zugelassenes "Medikament" handelt, das nur auf ärztliche Verschreibung hin verabreicht und dann bis mindestens 1. August 2024 regelmäßig im Rahmen eines medizinischen Experiments überwacht werden sollte. Van Cann wusste, dass diese Informationen der Öffentlichkeit vorenthalten wurden, weil die Packungsbeilagen für Covid-19-Injektionen nicht zur Verfügung gestellt wurden.
168. Zum Nachweis, dass es sich bei den Covid-19-Injektionen um ein in Europa bedingt zugelassenes Arzneimittel handelt, legen die Klägerinnen als **PRODUKTION 51** eine Packungsbeilage von Pfizer vor. An dieser Stelle wird auf die Seiten 66 und 67 verwiesen, auf denen unter E die Bedingungen der Genehmigung für den Zeitraum bis Juli 2024 aufgeführt sind. Interessanterweise werden diese Bedingungen in der neuesten Version der Packungsbeilage von Pfizer nicht mehr ausdrücklich beschrieben.
169. Van Cann sorgte dafür, dass kein Wissenschaftler seine Meinung über NOS als öffentlichen und unabhängigen Sender äußern konnte, um der Öffentlichkeit diese wichtigen Fakten zu vermitteln. Das ist nichts anderes als Zensur. Durch die Zensur von Van Cann wurde also die falsche Darstellung aufrechterhalten.
170. Das vorgenannte Fehlverhalten von Van Cann gegenüber [REDACTED] und anderen niederländischen Bürgern ist schockierend, weil es auch bedeutet, dass der von der NOS unter Van Canns Führung propagierte Slogan "*Man tut es füreinander*" und "*man tut es für andere*" auf einer großen Lüge beruht. Diese Lüge wurde offensichtlich von Van Cann in die Welt gesetzt, und zwar mit keiner anderen Absicht als der, die Menschen durch missbräuchliche Nutzung der staatlichen Medien unter Druck zu setzen, damit sie sich eine experimentelle Covid-19-Injektion geben lassen, die nichts mit der Gesundheit zu tun hat, sondern lediglich mit der Durchführung des Covid-19-Projekts. Was bei Rutte über § 97a Strafgesetzbuch gesagt wurde, gilt auch für Van Cann.

171. [REDACTED] weisen auch darauf hin, dass die NOS unter Van Canns Leitung die zahlreichen Berichte über Gesundheitsschäden durch Covid-19-Injektionen zensiert hat, indem sie sie nicht aufgenommen oder als Desinformation abgetan hat.
172. Schließlich weisen [REDACTED] darauf hin, dass die NOS unter Van Canns Führung die zahllosen Wissenschaftler und besorgten Bürger der Niederlande, die die Legitimität der Covid-19-Maßnahmen mit der Kraft von Fakten und Argumenten ansprachen, zensierte, indem sie sie nicht aufnahm oder als Desinformation abtat.
173. Als Chefredakteur ist Van Cann mit den oben genannten journalistischen Standards vertraut, die sich unter anderem aus dem Bordeaux-Übereinkommen und dem in den Niederlanden geltenden Journalismuskodex von 2008 ergeben. Der Kodex von Bordeaux sieht als erste und grundlegendste Pflicht vor, dass der Journalist die Wahrheit und das Recht der Öffentlichkeit auf Wahrheit achten muss. Van Cann hat diese Pflicht in grober Weise verletzt, so dass [REDACTED] irreführt wurden. Hätten [REDACTED] und andere diese Wahrheit über die NOS erfahren - die sie täglich verfolgten - hätten sie die Covid-19-Injektionen nicht genommen.
174. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Van Cann bei der Erfüllung ihrer journalistischen Pflichten als Chefredakteurin der NOS versagt hat. Sie haftet persönlich für die Zensur, die sie verursacht hat, indem sie einerseits an einer Vertuschung mitgewirkt hat und andererseits die offizielle und projektbezogene Covid-19-Erzählung blind übernommen hat, obwohl schon bei minimaler journalistischer Recherche hätte klar sein müssen, dass diese Erzählung falsch ist. Die oben zitierte Aufgabenbeschreibung der NIS gilt offensichtlich weder für die NIS noch für Van Cann.

Jansen

175. Beklagter sub 13, nachstehend genannt: Jansen" war vom 1. September 2015 bis zum 1. Juni 2023 Chefredakteur der Tageszeitung De Telegraaf. In dieser Funktion leitete Jansen den Redaktionsausschuss mit denselben redaktionellen Verantwortlichkeiten und Aufgaben, wie sie oben in Bezug auf Van Cann beschrieben wurden. Die gleichen Vorwürfe treffen ihn wie Van Cann.
176. Der Telegraph mit seiner Zeitung und seinen Internetseiten unter der Endredaktion von Jansen hat von Beginn der angeblichen Covid-19-Pandemie an alles getan, um unter seinen Lesern und Zuschauern große

Angst und Panik zu verbreiten. Dabei wurden die Anweisungen der Informationsabteilungen aller Abteilungen, insbesondere im Hinblick auf die von Jansen geführte Covid-19-Erzählung, blind befolgt. Angesichts der Art und des Inhalts der Berichterstattung des Telegraaf über die angebliche Covid-19-Pandemie besteht kein Zweifel daran, dass sich der Telegraaf unter der Leitung von Jansen als Waffe der Angst gegen die niederländische Bevölkerung einsetzen ließ. Aus seinen Berichten ging stets hervor, dass es unzählige Infektionen mit dem angeblichen Covid-19-Virus gab, die bei vielen Menschen zu schweren Erkrankungen, Krankenhausaufenthalten und zum Tod führten, und zwar in einem noch nie dagewesenen Ausmaß. Die Bilder in der Berichterstattung des Telegraph, die zu Beginn der angeblichen Covid-19-Pandemie unter der Leitung von Jansen ausgewählt wurden, zeichnen sich dadurch aus, dass die angebliche Covid-19-Pandemie praktisch nichts als Tod und Zerstörung brachte. Die Zahl der Kranken und Toten wurde großspurig genannt, ohne dass diese Zahlen in einen journalistischen Zusammenhang gebracht wurden.

177. Als **PRODUKTION 52** legen die Kläger eine Reihe von Berichten vor, die der Telegraph unter der Verantwortung von Jansen herausgegeben hat und die das Vorstehende belegen. Die hier verwendete Terminologie erinnert an die Kriegsrhetorik, die Verweise mit Kriegsbegriffen verstärken die Angst und Panik. Ein Kampf mit einem Virus wurde so dargestellt, als ob ein Krieg mit vielen Toten und Verletzten im Gange wäre. Ein weiteres sehr schlechtes Element ist, dass die Berichterstattung böswillig mit dem Gedanken spielte, dass die Dinge noch viel schlimmer werden könnten. Mit einer funktionierenden und soliden Redaktion, die in journalistischer Verantwortung handelt, wäre dies nicht möglich gewesen. Was oben in Bezug auf Van Cann in Bezug auf den Bordeaux-Kodex und den Journalismus-Kodex 2008 gesagt wurde, gilt auch für Jansen.
178. Soweit sich Jansen damit verteidigen möchte, dass er mit Ronald Plasterk oder Marianne Zwagerman "kritische journalistische Mitarbeiter" gewonnen habe, stellen [REDACTED] folgendes fest. Sowohl Plasterk als auch Zwagerman haben sich pseudokritisch über den Umgang mit der angeblichen Covid-19-Pandemie geäußert, haben aber keinen inhaltlichen Punkt der Erzählung bestritten. Jansen benutzte Plasterk und Zwagerman, um einer Scheinopposition eine Bühne zu geben. Auf diese Weise wurde das Vertrauen der Leserschaft in die journalistische Leistung seiner Redakteure aufrechterhalten, während in Wirklichkeit eine vorsätzliche grobe Täuschung der Öffentlichkeit vorlag. [REDACTED] und andere wurden von Jansen auf diese Weise in die Irre geführt.

179. Auch in Bezug auf Jansen hätten die journalistischen Recherchefragen zur Covid-19-Erzählung, die Van Cann ebenfalls vorgelegt wurden, untersucht werden müssen.
180. Als Chefredakteur ist Jansen mit den oben genannten journalistischen Standards vertraut, die sich u. a. aus dem Bordeaux-Übereinkommen und dem in den Niederlanden geltenden Journalistenkodex von 2008 ergeben. Der Kodex von Bordeaux sieht als erste und grundlegendste Pflicht vor, dass der Journalist die Wahrheit und das Recht der Öffentlichkeit auf Wahrheit achten muss. Jansen hat ebenso wie Van Cann diese Pflicht grob verletzt, was dazu führte, dass [REDACTED] und Co. irreführt wurden. Hätten [REDACTED] und Co. diese Wahrheit über den Telegraph erfahren - den sie ebenfalls täglich verfolgten -, hätten sie die Covid-19-Injektionen nicht genommen. Was bei Rutte zu § 97a des Strafgesetzbuches gesagt wurde, gilt auch für Jansen.
181. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Jansen seine journalistische Pflicht als Chefredakteur des Telegraph nicht erfüllt hat. Jansen haftet persönlich für die Zensur, die er verursacht hat, indem er einerseits an einer Vertuschung mitgewirkt und andererseits blind die offizielle Darstellung übernommen hat, obwohl selbst bei minimaler journalistischer Recherche hätte klar sein müssen, dass diese Darstellung falsch ist.

Nichtregierungsorganisation (NGO, WEF)

Sijbesma

182. Beklagter sub 14, nachstehend genannt: Sijbesma" war in leitender Position bei mehreren globalen Unternehmen tätig, darunter DSM. Diese Unternehmen sind Mitglieder des WEF. Sijbesma ist derzeit u. a. Aufsichtsratsmitglied von Unilever N.V., Vorsitzender des Aufsichtsrats von Philips N.V., Mitglied des Aufsichtsrats des WEF, Climate Leader für das CO2-Bepreisungsprojekt bei der Weltbank, Mitglied des externen Beratungsgremiums des Internationalen Währungsfonds, Ko-Vorsitzender des UN Global Centre for Climate Adaptation (GCA) und Botschafter des UN World Food Programme. Als **PRODUKTION 53** legen [REDACTED] Daten von der WEF-Website über den Lebenslauf von Sijbesma vor.
183. Sijbesma ist ein entschiedener Befürworter des WEF-Konzepts, insbesondere der von Klaus Schwab in seinem Buch Covid-19 vorgestellten Ideen: Der Great Reset beschrieb eine vollständige Neuausrichtung (Produktion 18). Um seinen persönlichen Beitrag zu dieser umfassenden Umstrukturierung leisten zu können, ist Sijbesma satzungsmäßiges Mitglied des WEF. Als Beweis dafür verweisen [REDACTED] auf Seite 2 des als Produktion 33 vorgelegten Auszugs über den WEF. Bei dieser Neuausrichtung werden alle Faktoren, die ein

menschliches Leben bestimmen, vom WEF und der UNO zum Gegenstand einer erzwungenen Veränderung gemacht. Ein Merkmal dieses politischen Denkens ist, dass dieser erzwungene und geplante Wandel als gerechtfertigt dargestellt wird, indem behauptet wird, die Welt sei mit großen Krisen belastet, die nur durch eine zentralisierte, harte globale Intervention gelöst werden können. Aufgrund der dargestellten Schwere dieser Krisen und der Behauptung, die Wissenschaft habe eine Lösung für sie, wird von den Verteidigern, darunter auch Sijbesma, ein globaler Plan umgesetzt. Dieser Plan ist Teil der Agenda 21 (14. Juli 1992) und der Agenda 2030 (27. September 2015) und wird als "The Great Reset" bezeichnet. Als **PRODUKTION 54** legen [REDACTED] die Seiten eins bis drei²⁷ der Agenda 21 vor. Als **PRODUKTION 55** legen [REDACTED] die ersten vier Seiten der Agenda 2030 auf²⁸ vor.

184. Zu Beginn der vorgetäuschten Covid-19-Pandemie sagte Sijbesma, er sei am 26. März 2020 vom Kabinett aufgefordert worden, die Testkapazität der GGD für Covid-19-Tests zu erhöhen. Er wurde auch gebeten, an der Festlegung der Impfstrategie mitzuwirken. In diesem Zusammenhang wurde Sijbesma vom Kabinett der Titel eines "besonderen Corona-Gesandten" verliehen. Dabei präsentierte sich Sijbesma als wohlmeinender Freiwilliger. Als **PRODUKTION 56** legen [REDACTED] Informationen aus www.rijksoverheid.nl über die Rolle von Sijbesma als Sonderbeauftragter für die Corona-Krise vor. Seine Verbindungen zum WEF wurden von Sijbesma und den Angeklagten in dem Prozess bewusst heruntergespielt.
185. Sijbesma inszenierte in seiner Eigenschaft als Gerichtsmediziner ein Theaterstück, das über die Medien weit verbreitet wurde und auch [REDACTED] in die Irre führte. Sijbesma schloss sich der Lüge an, dass die Covid-19-Tests ein knappes Gut seien. In dem Gespräch in Buitenhof am 12. April 2020 erklärte Sijbesma, dass es große Probleme bei der Beschaffung von Covid-19-Tests gebe. Im Vergleich zu anderen Ländern wäre es für die Niederlande schwierig und begrenzt, diese Covid-19-Tests von internationalen Herstellern zu kaufen, da die Niederlande eine restriktive Testpolitik haben. Als **PRODUKTION 57** legen [REDACTED] einen Screenshot des fraglichen Interviews bei Buitenhof d.d. vor. 12. April 2020.
186. Einer von Sijbesmas Nebenämtern ist der Klimachef der Weltbankgruppe. Die Weltbank verfügt über ein Analyse- und Visualisierungstool namens "DataBank", das über das Internet²⁹ für alle zugänglich ist. DataBank verwendet die so genannte World Integrated Trade Solution ("WITS"). WITS ist eine Software, die von der Weltbank in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Komponenten der UNO³⁰ entwickelt wurde. Mit dieser Software können Benutzer globale Handels- und Zollinformationen anzeigen

und abrufen. Als **PRODUKTION 58** übermitteln [REDACTED] Informationen über WITS, wie sie auf der WITS-Website veröffentlicht sind.

187. Über WITS werden die länderübergreifenden Ein- und Ausfuhrdaten von Covid-19-Testkits sowie von Covid-19-Diagnostetinstrumenten und -geräten im Jahr 2017 erfasst. Die "Weltzollorganisation" als Teil der Weltbank hat den Covid-19-Testkits im Jahr 2017 die eindeutige Klassifizierungsnummer HS-2017 mit der Produktionsnummer 3002.15 zugewiesen. Dem Covid-19 Diagnostische Testinstrumente und -geräte wurde im Jahr 2017 die eindeutige Klassifizierungsnummer HS-2017 mit der Produktionsnummer 9027.80 zugewiesen. Als **PRODUKTION 59** legen [REDACTED] Informationen über den Welthandel mit "Covid-19-Testkits" und "Covid-19-Diagnostetinstrumenten und -geräten" im Jahr 2017 vor, da diese bis zum 7. September 2020 über WITS abrufbar waren.
188. WITS verzeichnete 2018 auch den länderübergreifenden Import und Export von vielen Millionen Covid-19-Testkits sowie von diagnostischen Testinstrumenten und -geräten. Viele Millionen Covid-19-Testkits wurden u. a. von der Europäischen Union und Deutschland gekauft. Als **PRODUKTION 60** legen [REDACTED] Informationen über den Welthandel mit "Covid-19-Testkits" und "Covid-19-Diagnostetinstrumenten und -geräten" im Jahr 2018 vor, da diese bis zum 7. September 2020 über WITS abrufbar waren.
189. Am 7. September 2020 änderte WITS die als Anlagen 59 und 60 vorgelegten Daten dahingehend, dass die Bezeichnung in den Listen nicht mehr "Covid-19-Testkits" und "Covid-19-Diagnostetinstrumente und -geräte" lautete, sondern "Medizinische Testkits" und "Medizinische Diagnostetinstrumente und -geräte". Diese Veränderung ist nicht unbemerkt geblieben. Als **PRODUKTION 61** übermitteln [REDACTED] einen Ausdruck der vorgenannten Daten in WITS, wie angefordert und über WITS am 7. September 2020 ausgedruckt. Wie Produktion 59 zeigt, wurde zwar die Beschreibung in den Inseraten geändert, nicht aber der Text unter den Inseraten, in dem weiterhin das Wort "Covid-19" verwendet wurde.
190. Die oben beschriebene Situation in WITS zum 7. September 2020 war nicht von langer Dauer. Am selben Tag wurde WITS erneut aktualisiert, wobei auch das Wort "Covid-19" aus dem Text unter den Auflistungen entfernt wurde. [REDACTED] bieten ausdrücklich an, die Richtigkeit ihrer Behauptungen in Bezug auf WITS durch Zeugen und Sachverständige zu beweisen.
191. Die Darstellung von Sijbesma in Buitenhof ist nachweislich falsch in Anbetracht dessen, was oben in Bezug auf WITS gesagt wurde. Es handelt

sich um ein Covid-19-Projekt, das von der Weltbank weltweit finanziert wird. Dieses Projekt trägt bei der Weltbank den Namen "Covid-19 Strategic Preparedness and Response Program ('SPRP')". Nach dem Zeitplan der Weltbank wird das SPRP voraussichtlich bis zum 1. April 2025 laufen.

192. [REDACTED] können sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das WITS-System in Wirklichkeit als Solvenzüberwachungssystem für die Mitgliedsländer der UN und der Weltbank dient. Aufgrund ihrer Recherchen in den Patentregistern gehen [REDACTED] ferner davon aus, dass die finanziellen Interessen der Weltbankfamilie Rothschild am Covid-19-Projekt unter anderem in der Patentnummer US 2020/0279585 A1 verankert sind. Dieses Patent trägt den Titel "System und Verfahren zur Prüfung auf Covid-19" und wurde von Richard A. Rothschild am 17. Mai 2020 angemeldet und am 3. September 2020 veröffentlicht. Die Grundlage der patentierten Erfindung ist in der vorläufigen Anmeldung mit der Nummer 62 / 240.783 d.d. enthalten. 13. Oktober 2015. Dieser Antrag betraf eine Erfindung, die als "System und Verfahren zur Verwendung biometrischer Daten und deren Anzeige" beschrieben wurde und zu einem bereits erteilten Patent mit der Nummer US 2017/0229149 A1 führte. Diese Patente gewähren dem Erfinder exklusive rechtliche und wirtschaftliche Rechte in Bezug auf die Erfindung, bei der biometrische Daten von Personen in Kombination mit Videobildern ihrer Umgebung zentral überwacht werden. Sobald dies der Fall ist, verfügt die Familie Rothschild über weitreichende Rechte auf der Grundlage ihrer Patente.
- Als PRODUKTION 62 reichen [REDACTED] die Patentnummer US 2020/0279585 A1³¹ ein.

193. [REDACTED] und andere vermuten, dass diese vom Weltbankier Richard A. Rothschild patentierte Technologie von den Angeklagten im Rahmen des Covid-19 eingesetzt wird: Das Projekt Great Reset. Das Patent wird dann die Rechtsgrundlage für den finanziellen Anspruch dieser Weltbankfamilie im Zusammenhang mit der Nutzung der patentierten Erfindung durch praktisch die gesamte Weltbevölkerung, die vom Great-Reset betroffen ist, bilden können. Bezeichnenderweise spricht das WEF über seine Projekte Das Internet der Dinge und Das Internet der Körper. Die patentierte Erfindung ist von entscheidender Bedeutung für diese Projekte, bei denen alles und vor allem die Körper der Menschen über die 5G- und 6G-Internettechnologie miteinander verbunden sein werden. Für [REDACTED] besteht kein Zweifel, dass Sijbesma angesichts seiner oben genannten Positionen damit zu tun hat. Als PRODUKTION 63 legen [REDACTED] Informationen von der WEF-Website über die Verknüpfung biometrischer Daten von Personen mit dem Internet der Dinge sowie entsprechende Erläuterungen vor.

194. Hätten ██████ und Co. gewusst, wofür Sijbesma tatsächlich steht und worum es ihm geht, hätten ██████ und Co. nichts mit den Covid-19-Injektionen zu tun haben wollen und sie unter keinen Umständen genommen.
195. Aus den vorstehenden Tatsachen ergibt sich, dass die Beschuldigten, darunter auch Sijbesma, von Covid-19 als Projekt und nicht als Krankheit wussten, das in jedem Fall vor 2017 unter dem Projektnamen "Covid-19 Strategic Preparedness and Response Program (SPRP)" lief.
All dies erklärt, warum der Präsident des WEF - Klaus Schwab - in seinem Buch "Covid-19: The Great Reset" könnte bereits im Juni 2020 veröffentlicht werden.
196. Als Insider der Weltbank, der UN und des WEF ist Sijbesma mit dem Covid-19-Projekt, das zum Great Reset führen soll, bestens vertraut und daran beteiligt. Diese Beteiligung ist der eigentliche Grund, warum das Kabinett, dem die Angeklagten De Jonge, Rutte, Kaag, Hoekstra und Van Nieuwenhuizen angehören, ihn zum niederländischen Corona-Gesandten ernannt hat.
197. Während des Gesprächs auf dem Buitenhof am 12. April 2020 wusste Sijbesma aus der offiziellen Darstellung, dass (1) die chinesischen Behörden den genetischen Code des verdächtigen Virus am 11. Januar 2020 der Welt offengelegt hatten und dass (2) Pfizer bereits am 14. Januar 2020 - also drei Tage später - einen Impfstoff gegen Covid-19 zur Verfügung hatte, der ab diesem Datum getestet werden sollte. Es liegt auf der Hand, dass Sijbesma als spezieller Corona-Gesandter dies der niederländischen Öffentlichkeit hätte mitteilen müssen, einschließlich ██████. In seiner gesamten Rede ging es um nichts anderes als um den Great Reset.
198. Sijbesma kann vorgeworfen werden, dass er im Auftrag des WEF den Great Reset durchführte und in diesem Zusammenhang ██████ absichtlich über den Nutzen und die Notwendigkeit der Covid-19-Injektionen täuschte. Wäre Sijbesma tatsächlich ein spezieller Corona-Gesandter gewesen, der im Interesse der Gesundheit der niederländischen Bevölkerung handelte, hätte er ehrliche und vollständige Informationen gegeben, und ██████ und andere hätten die Covid-19-Injektionen nicht erhalten (können). Was bei Rutte zu § 97a des Strafgesetzbuches gesagt wurde, gilt auch für Sijbesma.

Gates

199. Beklagter sub 15, nachstehend genannt: Gates' ist einer der reichsten Menschen der Welt. Sein Reichtum stammt größtenteils aus seinen Anteilen

an Microsoft. Den Großteil seines Vermögens hat er in eine Stiftung nach US-Recht eingebracht, die Bill & Melinda Gates Foundation mit Sitz in Seattle, USA. Laut ihrer Website³² hat diese Stiftung das Ziel, weltweit Armut, Krankheit und Ungleichheit zu bekämpfen.

200. Gates ist außerdem Gründer von "Gavi, the Vaccine Alliance" (im Folgenden: GAVI"). Als GAVI 1999 gegründet wurde, stellte die Bill & Melinda Gates Foundation bis zu 750.000.000 \$ für die Impfung von Kindern in armen Ländern zur Verfügung. Unter anderem hat Gates über GAVI Zugang zu allen Organisationen der Welt und Einfluss auf Regierungen, die WHO, UNICEF, die Weltbank, die Impfstoffindustrie, Forschungs- und technische Einrichtungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und andere private Philanthropen. In diesem Zusammenhang besucht Gates Rutte regelmäßig in seinem Büro im Türmchen des Binnenhofs. Als **PRODUCTION 64** legen [REDACTED] Informationen von RTL News und Twitter vor, die von einigen dieser Besuche von Gates bei Rutte stammen.
201. Zusammen sind die Bill & Melinda Gates Foundation und Gavi der bei weitem größte Geber der WHO und prägen deren Politik.
202. Die Bill & Melinda Gates Foundation und Microsoft sind wichtige strategische Partner des WEF und tragen mit ihren Beiträgen wesentlich zur Entwicklung der WEF-Strategie und des Great Reset bei. Als **PRODUCTION 65** legen [REDACTED] Informationen von der WEF-Website über die Bill & Melinda Gates Foundation und Microsoft vor.
203. Gates möchte die Welt glauben machen, dass er nicht nur ein Philanthrop ist, sondern auch die Zukunft voraussagen kann. Bereits 2015 sagte Gates voraus, dass nicht mehr Kriege, sondern Viren die Zukunft der Menschheit bedrohen würden. Als **PRODUCTION 66** reichen [REDACTED] einen Screenshot einer Sendung bei TED talk d.d. ein. 3. April 2015, auf dem Gates seine angebliche prophetische Gabe zeigt. Als **PRODUKTION 67** legen [REDACTED] einen Screenshot eines Videos vom 27. Mai 2015 von YouTube mit dem Titel "Wovor Bill Gates Angst hat" vor.
204. In den genannten Videos schürt Gates Ängste vor der Ankunft einer tödlichen Variante eines neuen Corona-Virus, die auf unbewiesenen Behauptungen über die Spanische Grippe und das Ebola-Virus beruhen. Dabei präsentiert sich Gates als Beschützer der Welt, indem er u. a. in die "Computermodellierung" von Viren investiert und neue globale Projekte zur Erkennung von Virusausbrüchen, zur Schaffung riesiger Testkapazitäten und zur blitzschnellen Entwicklung von Methoden zur häufigen Impfung aller Menschen auf der Welt fördert.

205. Am 15. Mai 2018 organisiert der WEF zusammen mit dem John Hopkins Center for Health Security in Washington DC eine Schulung, die auf einer Simulation einer globalen Pandemie mit dem Codenamen "Clade X" basiert. Eine Pandemie-Übung"³³ Die Bill & Melinda Gates Foundation ist einer der wichtigsten "Philanthropy-Partner" des John Hopkins Centers³⁴. Als **PRODUKTION 68** reichen ████████ eine kurze Erklärung des Pandemie-Rollenspiels, den Trailer und die vollständige Aufzeichnung des ³⁵Clade X Rollenspiels ein. Den Teilnehmern war es nicht gestattet, das darin beschriebene Pandemieszenario zu kritisieren. Clade X war ein Rollenspiel zur Vorbereitung auf die Durchführung des Projekts Covid-19. Nach ████████ ████████ wurden die Angeklagten in diesem Schreiben nach ihrer Rolle im Covid-19 kategorisiert: Das Projekt Great Reset. In Clade X wurden genau diese Rollen im Voraus geübt, und die Angeklagten spielten ihre Rollen im Wesentlichen genau so, wie sie in Clade X geübt wurden. Tatsächlich wurde die angebliche Covid-19-Pandemie auf diese Weise vor den Augen der Welt praktiziert.

206. Die Fortsetzung von Clade X fand am 18. Juli 2018 im Rahmen einer WEF-Sondersitzung in Davos statt. Dabei wurde eine kommende Pandemie simuliert mit dem Thema: "6 Wege, wie sich Länder auf die nächste Infektionskrankheitspandemie vorbereiten können". Auch die Niederlande waren auf diesem WEF-Treffen gut vertreten. Als **PRODUKTION 69** legen ████████ ████████ hiermit Informationen von der WEF-Website zu dieser WEF-Pandemiesimulation d.d. vor. 18. Juli 2018. Offensichtlicher Zweck dieses Treffens war es, sich darüber zu verständigen, wie die Zukunft nach dem Ausbruch einer großen Pandemie, wie sie speziell bei Clade X praktiziert wird, aussehen soll. In diesem Zusammenhang sind folgende Informationen als Produktion 69 zu verstehen:

Am Ende der Übung schlugen wir sechs langfristige politische Ziele vor, die, wenn sie umgesetzt werden, die Folgen einer Pandemie ähnlichen Ausmaßes wie bei Clade X verhindern oder zumindest abmildern könnten:

1. Entwicklung der Fähigkeit, neue Impfstoffe, Medikamente und Schnelldiagnosen für neue Krankheitserreger innerhalb von Monaten statt Jahren herzustellen³⁶. ...'

207. Am 18. Januar 2019 werden das WEF und das Harvard Global Health Institute ein sogenanntes "Weißes Papier" veröffentlichen. Dabei warnt sie vor einem bevorstehenden Ausbruch einer weltweiten Infektionskrankheit. Mit dem Weißem Papier "Outbreak Readiness and Business Impact Protecting Lives and Livelihoods across the Global Economy" (Bereitschaft zum Ausbruch einer Pandemie und Auswirkungen auf die Wirtschaft - Schutz von Leben und Existenzgrundlagen in der gesamten Weltwirtschaft) bereiten das WEF und die WHO ihre Mitgliedsländer (Vertragspartner der Agenda 2030)

auf den Ausbruch einer schweren Pandemie vor. Als **PRODUCTION 70** legen [REDACTED] die ersten drei Seiten des WEF-Whitepapers 'Outbreak Readiness and Business Impact Protecting Lives and Livelihoods across the Global Economy' sowie Informationen dazu von der WEF-Website vor.

208. Am 18. Oktober 2019 organisiert das WEF zusammen mit dem Johns Hopkins Center for Health Security und der Bill & Melinda Gates Foundation in New York unter dem Projektnamen "Event 201" eine umfassende Übung für eine hochgradige Pandemie, die durch ein nCoV-Virus ausgelöst wird. Das Narrativ, mit dem die Teilnehmer während dieses Treffens in Rollenspielen die Pandemiekontrolle simulieren, entspricht im Wesentlichen dem Narrativ der angenommenen Covid-19-Pandemie von Anfang 2020 bis - in den Niederlanden - zum 10. März 2023. Abgesehen von der Ähnlichkeit in der Darstellung eines infektiösen Virus, das viele Todesfälle verursacht, sogar mehr als bei Clade X während des Ereignisses 201, gibt es eine auffallende Ähnlichkeit in der Art und Weise, wie sich die Medien, die Regierung und die NROs in der späteren angeblichen Covid-19-Krise gegenüber der Öffentlichkeit darstellen werden, einschließlich [REDACTED] und anderen. Am Ende dieser Veranstaltung 201 werden den Teilnehmern einige sehr konkrete "Vorschläge" gemacht, was sie im Falle einer bevorstehenden großen Pandemie tun können. [REDACTED] legen als **PRODUKTION 71** Informationen über die Veranstaltung 201 vor, die von der John Hopkins Website stammen, sowie eine vollständige Videoaufzeichnung der Veranstaltung 201.
209. Bei allen oben genannten Simulationen wurde davon ausgegangen, dass es einen Impfstoff geben muss, um die Menschheit zu retten.
210. Laut der offiziellen Darstellung, die der Welt zwei Monate nach dem Ereignis 201 im Rahmen des Exports des Covid-19-Projekts (der geplanten Covid-19-Pandemie) präsentiert wurde, wurde Ende 2019 in Wuhan, China, ein neues Beta-Coronavirus entdeckt, das sich schnell in der ganzen Welt ausbreitete und viele Menschen infizierte und tötete.
211. Die Ähnlichkeiten zwischen dem Szenario in Clade X, Ereignis 201 und der offiziellen Darstellung der angeblichen Covid-19-Krise sind ein zwingender Beweis dafür, dass alle diese Ereignisse im Rahmen des Covid-19-Projekts stattfanden. Diese Vorbereitungen für das Covid-19-Projekt umfassten, wie bereits in diesem Schriftsatz ausgeführt, auch die Vorbereitung der Herstellung von "Impfstoffen" und die Anmeldung von Patenten auf diese "Impfstoffe".

212. Im Auftrag der Bill & Melinda Gates Foundation haben die Pharmaunternehmen Moderna und Pfizer bereits seit Mitte 2011 mit der Entwicklung von Beta-Coronavirus-mRNA-Impfstoffen begonnen. Das erste dieser Patente wurde am 28. Februar 2020 unter der Nummer US-10702600-B1 veröffentlicht und basiert auf vorläufigen Anmeldungen, die auf den 22. Oktober 2015 zurückgehen und der BioNTech GmbH und Moderna TX Inc. gehören. Als PRODUKTION 72 legen [REDACTED] die erste Seite des Patents mit der Nummer US-10702600-B1 vor.
213. [REDACTED] schließen aus diesem Patent (Produktion 72) und seiner Geschichte, dass die Erfindung, auf der laut offizieller Darstellung die Covid-19-Injektionen beruhen, bereits 2015 existierte und somit eine blitzschnelle Entwicklung, die angeblich mit "Warpspeed" und "The speed of science" stattgefunden haben soll, in Wirklichkeit nicht stattgefunden haben kann. Die Aussagen des Vorstandsvorsitzenden von Moderna gegenüber dem Europaabgeordneten Cristian Terheş (Produktion 41), dass die klinischen Studien von Moderna bereits 2017 begonnen wurden, sind angesichts der Auswirkungen dieses Patents mehr als plausibel. Kurz gesagt, es ist eine große Lüge, wenn behauptet wird, dass ein "Impfstoff" innerhalb weniger Monate nach dem Ausbruch der angeblichen Covid-19-Pandemie entwickelt wurde.
214. Die Bill & Melinda Gates Foundation hat nicht weniger als \$100.000.000,00 (einhundert Millionen US Dollar) in die Entwicklung von Beta-Coronavirus-mRNA-Impfstoffen investiert. Nach offiziellen Angaben gehört das neue Coronavirus mit der Bezeichnung Sars-CoV-2 zur Gruppe der Beta-Coronaviren. Als PRODUKTION 73 legen [REDACTED] Informationen von der Website von Moderna und ein Google-Suchergebnis vor, das die Investitionen der Bill & Melinda Gates Foundation in Beta-Coronavirus-mRNA-Impfstoffe zeigt.
215. Am 12. Dezember 2019 werden Moderna und das National Institute of Allergy and Infectious Diseases³⁷ (im Folgenden: 'NIAID') eine Vereinbarung mit der Universität von North Carolina in Chapel Hill, USA. Diese Vereinbarung trägt den Titel "*Materialübertragungsvertrag*". Aus dieser Vereinbarung geht hervor, dass Moderna und das NIAID jeweils die Hälfte der mRNA-Beta-Corona-Impfstoffe besitzen. Diese Vereinbarung beauftragt die Universität mit der Durchführung von "Non-Human-Challenge-Studien" zu verschiedenen "Coronavirus-Impfstoffkandidaten". Dabei handelt es sich um Tests, bei denen Labortiere - unterteilt in Gruppen, die den zu prüfenden Corona-Impfstoff erhalten haben oder nicht - absichtlich mit einem Corona-Virus infiziert werden, um anschließend die Wirksamkeit des mRNA-Beta-Corona-Impfstoffs zu bewerten. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass

im Rahmen einer ähnlichen Zusammenarbeit zwischen den genannten Parteien bereits seit mindestens 2016 mRNA-Impfstoffe u. a. gegen HIV getestet werden. Diese Vereinbarung zeigt, dass die Behauptung, mRNA-basierte Corona-Impfstoffe seien nach dem Ausbruch eines neuen Coronavirus in Wuhan entwickelt worden, auf einer großen Lüge beruht. Als **PRODUKTION 74** legen ████████ den Materialtransfervertrag d.d. vor. 12. Dezember 2019 über.

216. Im Zusammenhang mit der angeblichen Covid-19-Pandemie erklärte die WHO durch ihren Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus am 11. März 2020 eine Covid-19-Pandemie für die Welt. Gates verstärkte dann bei seinen häufigen Medienauftritten die offizielle Covid-19-Erzählung, indem er von Beginn der angeblichen Pandemie an das Bild zeichnete, die Welt könne nur durch ein Medikament gerettet werden, das eine Wirksamkeit von mindestens 95 % haben sollte. Normale Medikamente könnten dieser Wirksamkeit nicht gerecht werden, nur ein noch zu entwickelnder Corona-Impfstoff könnte dies in Zukunft möglicherweise tun. Dieser Impfstoff müsste dann sieben Milliarden Menschen verabreicht werden, so Gates. Gates schilderte die dringende Situation in den ersten Tagen der angeblichen Pandemie, als Wissenschaftler mit der Entwicklung mehrerer neuer Impfstoffe beschäftigt waren. Gates hofft, dass sich einer dieser Impfstoffe innerhalb von 18 Monaten als erfolgreich erweisen wird. Diese Darstellung war falsch. Als Beweismittel legen ████████ als **PRODUKTION 75** einen Screenshot einer von Gates am 30. April 2020 auf YouTube veröffentlichten Videobotschaft mit dem Titel "The race for a Covid-19 vaccine" vor.
217. Wie oben dargestellt, wurde in Wirklichkeit mit finanzieller Unterstützung der Bill & Melinda Gates Foundation vor der angeblichen Corona-Pandemie bereits seit Jahren an der Entwicklung eines mRNA-basierten Impfstoffs gegen die durch ein Beta-Coronavirus verursachte Krankheit gearbeitet. Alle Patente für den so genannten Covid-19-Impfstoff waren bereits Jahre vor dem Ausbruch der Pandemie angemeldet worden, und es waren bereits Tierversuche durchgeführt worden. Im Gegensatz zu dem, was Gates behauptet, war es keine beispiellose Errungenschaft, einen Covid-19-"Impfstoff" innerhalb eines Jahres statt 18 Monaten auf den Markt zu bringen.
218. Tatsache ist, dass die Vorbereitungen für die angebliche Covid-19-Pandemie in jeder Hinsicht unter Gates' Führung getroffen wurden. Zum einen war der Covid-19-Impfstoff bereits vollständig vorbereitet, und zum anderen wurden die Maßnahmen, die erforderlich waren, um der Bevölkerung die angebliche Covid-19-Pandemie aufzuzwingen, einschließlich ████████ et al, bereits weltweit von Gates, der WHO und dem WEF praktiziert.

219. Ein besonders bedenklicher Aspekt von Gates' Medienauftritt ist, dass er sagte, er würde den "Impfstoff" Covid-19 sofort einsetzen, sobald er auf dem Markt sei, unabhängig davon, von welchem Hersteller er stamme. Sie alle wären sichere und wirksame "Impfstoffe". [REDACTED] schöpften aus dieser Aussage von Gates großes Vertrauen. Zu dem Zeitpunkt, als Gates diese Erklärung abgab, d. h. am 3. Dezember 2020, waren bei den klinischen Versuchen von Pfizer mit seinem "Impfstoff" Covid-19 bereits Probanden gestorben. [REDACTED] c.s. verweisen auf die diesbezüglichen Ausführungen von Bourla zum Pfizer-Sicherheitsbericht vom 30. April 2021 (Produktion 38). Als Beweis für Gates' Aussagen vom 3. Dezember 2020 legen [REDACTED] als **PRODUCTION 76** einen Screenshot eines Interviews mit Gates in der Today Exclusive Show vor, das auf YouTube unter dem Titel "It Looks Like Almost All The Vaccines Are Going To Succeed" veröffentlicht wurde.
220. Gates ist stolz auf sein Wissen über mRNA-Engineering und weiß als größter Geldgeber der Entwicklung besser als jeder andere, wie weit es fortgeschritten ist und was es tatsächlich bedeutet. Gates ist die herausragende Person, die alle Aspekte der Entwicklung der Covid-19-mRNA-'Impfstoffe' ermöglicht hat. Gates hat diese Entwicklung genau verfolgt und seine eigenen finanziellen Interessen durch Patente, Beteiligungen und Vereinbarungen geschützt.
221. Es ist unvorstellbar, dass Gates, der über alle Interessen und Ressourcen verfügte, nicht wusste, dass in den klinischen Studien von Pfizer bereits im November/Dezember 2020 Probanden gestorben waren und Probanden irreparable körperliche Schäden erlitten hatten. Darüber hinaus ist nach Ansicht von [REDACTED] erwiesen, dass Gates wusste, dass ein Schlüsselement der Entwicklung der Covid-19-mRNA-Impfstoffe in der Verwendung des hochgefährlichen Graphenoxids bestand, wie es in Bourla beschrieben wurde. Es besteht kein Zweifel daran, dass Gates absichtlich gegen die Gesundheit von [REDACTED] und anderen verstoßen hat.
222. Gates' Einfluss auf den Covid-19-Betrug, den er zusammen mit den anderen Angeklagten absichtlich herbeigeführt hat, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Gates ist die wichtigste private treibende Kraft in der WHO-Politik. Das liegt daran, dass Gates zusammen mit GAVI einen beträchtlichen Teil des WHO-Haushalts ausmacht, mindestens 15 Prozent. Die Vertragspartner der Agenda 21 und der Agenda 2030, darunter auch der Staat der Niederlande, halten sich an die Vorgaben der WHO. Über die Bill & Melinda Gates Foundation sponsert Gates auch mehrere niederländische Einrichtungen, darunter Universitäten, um sicherzustellen, dass das für den Great Reset erforderliche Denken in die Köpfe möglichst vieler Menschen gelangt. Letzteres ist entscheidend für den Erfolg des Covid-19: Das Projekt

Great Reset. Aus Informationen auf der Website der Bill & Melinda Gates Foundation geht hervor, dass diese Institutionen in den letzten Jahren fast eine halbe Milliarde Euro von Gates als Gegenleistung für ihre Mitarbeit bei der Umsetzung der Agenda 2030 und des Great Reset erhalten haben. Als **PRODUKTION 77** legen [REDACTED] eine Excel-Tabelle mit Informationen vor, die sie von der Website der Bill & Melinda Gates Foundation erhalten haben und die die in diesem Zusammenhang erfassten Beträge und Empfänger zeigen.

223. Gates kann dafür verantwortlich gemacht werden, dass er die vorgetäuschte Covid-19-Pandemie, von der er wusste, dass sie jahrelang katastrophale globale Folgen haben würde, zugunsten der Agenda 2030 und des Great Reset vorbereitet hat und derzeit durchführt. Auf diese Weise ermöglichte Gates in Zusammenarbeit mit den Angeklagten, dass [REDACTED] und andere in die Irre geführt wurden und die Covid-19-Injektionen vorgenommen werden konnten. Ohne das rechtswidrige Verhalten von Gates hätten [REDACTED] und andere nicht die Covid-19-Injektionen erhalten (können). Was bei Rutte über § 97a Strafgesetzbuch gesagt wurde, gilt auch für Gates.

Semi-Regierung

Kant

224. Beklagter sub-16, nachstehend bezeichnet als: Kant" wurde in das Lareb-Nebenwirkungszentrum (nachstehend "Lareb" genannt) berufen: 'Lareb') als Direktor mit umfassender Vollmacht. Zum 28. Dezember 2021 tauschte Kant diese formale Position bei Lareb gegen die Position des Vorstandsvorsitzenden von Lareb. Auch in dieser Eigenschaft ist Kant allein und unabhängig zuständig. Kant ist daher seit dem 13. März 2013 de facto der politische Entscheidungsträger bei Lareb. Als **PRODUKTION 78** legen [REDACTED] Daten aus dem Handelsregister zu Lareb vor.
225. Lareb ist eine Organisation mit der Rechtsform einer Stiftung. Lareb wird von der Kommission für die Beurteilung von Arzneimitteln (CBG) und dem Ministerium für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport (VWS) finanziert.
226. Lareb kooperiert mit der CBG und unterstützt sie bei ihrer gesetzlichen Aufgabe in der Pharmakovigilanz. Lareb informiert die CBG über Warnmeldungen. Wenn es sich um Impfstoffe handelt, informiert Lareb auch das Nationale Institut für Volksgesundheit und Umwelt (RIVM). Das RIVM kann dann Maßnahmen ergreifen. Zum Beispiel die Änderung der Packungsbeilage, die Einschränkung des Personenkreises, der das Arzneimittel anwenden oder den Impfstoff erhalten darf, oder die

Rücknahme eines Arzneimittels vom Markt. Dies macht Lareb zu einem wichtigen Vermittler bei der Meldung von Nebenwirkungen von Covid-19-Injektionen und der Alarmierung in diesem Zusammenhang.

227. Am 8. September 2020 vergab das RIVM den Auftrag zur Entwicklung eines "Covid-Informations- und Überwachungssystems" (CIMS). Entscheidend dabei war, dass in diesem System des RIVM die unerwünschten Ereignisse der verschiedenen Chargen der verschiedenen Covid-19-Impfstoffe pro Chargennummer anhand der jeweiligen Chargennummer und - wenn die Erlaubnis dazu nicht ausdrücklich verweigert wurde - anhand der BSN-Nummer der betreffenden Person erfasst wurden.
228. Zwischen dem RIVM und Lareb wurde im Rahmen der Datenschutzbestimmungen eine Verarbeitungsvereinbarung unterzeichnet. Der Zweck dieser Vereinbarung war es, Lareb die Möglichkeit zu geben, das Impfstoffprodukt und die Chargennummer anhand der BSN-Nummer des Patienten aus dem CIMS-System des RIVM abzurufen. Auf diese Weise vervollständigt Lareb die Daten über die Nebenwirkungen von Covid-19-Injektionen im CIMS-System des RIVM.
229. Zwischen De Jonge und Lareb wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der Lareb verpflichtet wurde, die Nebenwirkungen der Covid-19-Impfstoffe anhand der BSN-Nummer und der Chargennummer zu erfassen.
230. Es liegt auf der Hand, wie wichtig es ist, Aufzeichnungen zu führen, die unterscheidbare Chargennummern mit den gemeldeten unerwünschten Wirkungen in Verbindung bringen. Schließlich ist eine Chargennummer eine Nummer, die einem Produktionslauf von Arzneimitteln zugewiesen wird. Wenn im Produktionsprozess etwas schief läuft, ist es naheliegend, dass der gesamte Produktionslauf (Charge) mit demselben Fehler behaftet ist.
231. Chargennummern sind das Mittel der Wahl, um zu überwachen, ob die Qualität von Arzneimitteln konstant ist und ob sie sicher und wirksam sind. Ohne eine Registrierung unter Verwendung von Chargennummern kann es keine wirksame Signalisierung von Qualitäts-, Sicherheits- und Wirksamkeitsmängeln geben.
232. Angesichts der obigen Ausführungen besteht kein Zweifel daran, dass RIVM und Lareb in der Lage sind, einen Überblick über die registrierten Nebenwirkungen von Covid-19-Injektionen nach Chargennummer zu geben.

Lareb liefert keine Daten mit Chargennummern

233. Ein Woo-Antrag vom. 4. August 2022 aufgefordert, zusammenfassende Listen mit allen Chargennummern der Impfstoffe von Pfizer, Moderna, AstraZeneca, Janssen und Novavax zu veröffentlichen. In diesem Woo-Antrag wurde auch die Veröffentlichung einer Übersicht über die Anzahl der Nebenwirkungen und Todesfälle im Zusammenhang mit den Chargennummern der oben genannten Impfstoffe gefordert. Mit Entscheidung vom. 29. März 2023 Kuipers teilt mit, dass die VWS einen Suchantrag bei RIVM, Lareb und der CBG-MEB gestellt hat. Kuipers teilte mit, dass die angeforderten Dokumente bei diesen Agenturen nicht gefunden wurden. Die Suchabfrage hat daher keine Dokumente ergeben. Aus diesem Grund wurde dem Antrag von Woo nicht stattgegeben. Als **PRODUKTION 79** legen [REDACTED] die Entscheidung Woo von Kuipers d.d. 29. März 2023 vorbei.
234. Wie bereits erwähnt, spielt Lareb eine entscheidende Rolle in der Pharmakovigilanz. Nach Angaben auf der Lareb-Website³⁸ führt Lareb als unabhängige Organisation regelmäßig Untersuchungen durch. Ziel dieser Studien ist es laut Lareb, ein besseres Verständnis der bekannten Nebenwirkungen von Impfstoffen und Medikamenten zu erlangen und neue Nebenwirkungen früher zu erkennen. Lareb sammelt auch Informationen über den Verlauf, die Risikofaktoren, die Behandlung und die Belastung durch Nebenwirkungen, heißt es auf seiner Website. Alles mit dem Ziel, die Sicherheit von Medikamenten und Impfstoffen zu erhöhen. Mit dieser Aufgabe der Pharmakovigilanz ist es unvereinbar, dass Lareb erklärt, es könne keine Daten über Nebenwirkungen anhand von Chargennummern zur Verfügung stellen.

Kant betreibt Vertuschung zu Gunsten des Covid-19-Projekts

235. Die oben erwähnte bemerkenswerte Behauptung von Lareb und damit auch von Kant, dass keine Daten mit Hilfe von Chargennummern geliefert werden können, lässt nur eine Erklärung zu: Kant lügt. Diese Lüge von Kant dient einem anderen Interesse als dem der öffentlichen Gesundheit. Kants Lüge ist entscheidend für den Erfolg des Projekts Covid-19. Weltweit halten Personen, die sich in der gleichen Position wie Kant befinden, diese Lüge aufrecht, um das Projekt Covid-19 zum Erfolg zu führen.
236. Kants Lüge verschleiert die sehr unterschiedlichen kurzfristigen Nebenwirkungen der verschiedenen Covid-19-Injektions-Chargen. Kant weiß das besser als jeder andere, denn sie ist mit allen Möglichkeiten des CIMS-Systems vertraut und hat als unabhängig bevollmächtigte Direktorin im

Namen von Lareb den Auftrag des Ministeriums Kuipers angenommen, die Nebenwirkungen chargenweise zu erfassen.

237. Kant wird die Behauptungen der Kläger, sie habe Lareb wissentlich und absichtlich veranlasst, seine Pharmakovigilanz zu vernachlässigen, nicht widerlegen können. Die Beweise für diese Behauptung der Klägerinnen liegen auf der Hand und werden im Folgenden dargelegt und erläutert.

Kants Vertuschung

238. Lareb unter der Leitung von Kant führte im Rahmen des Covid-19-Projekts Aufzeichnungen über unerwünschte Reaktionen auf Covid-19-Injektionen, wobei stets die entsprechende Chargennummer angegeben wurde.

239. Bis zum 19. November 2022 hat Lareb die ihm gemeldeten unerwünschten Wirkungen und Todesfälle nicht nur für das RIVM, sondern auch für das internationale Datensystem unter dem Namen "Vaers" erfasst. Teil von Kants Vertuschung war das absichtliche Verschweigen von Nebenwirkungen und Todesfällen infolge von Covid-19-Injektionen unter Verwendung von Chargennummern in der niederländischen Öffentlichkeit. Wie bereits erwähnt, hat Kant hartnäckig bestritten, dass diese Daten verfügbar waren.

240. Diese Daten wurden jedoch von Kant unter Verwendung von Chargennummern in das internationale Vaers-Registrierungssystem eingegeben. In Vaers konnten diese Daten auf niederländischer Ebene nur mit Kenntnis des Vaers-Systems und der darin zu verwendenden Suchvariablen und Codes gefunden werden. Alle niederländischen Daten wurden jedoch am 18. November 2022 aus Vaers entfernt.

241. Die Daten, die bis zum 19. November 2022 in Vaers zu finden sind, können einer historischen Datenbank entnommen werden, die online unter³⁹ zugänglich ist. Damit erhalten die Klägerinnen Zugang zu den vor dem 19. November 2022 in Vaers aufgezeichneten Covid-19-Chargendaten.

242. Ein wichtiges Beispiel für die sehr großen Unterschiede zwischen den Chargen von Covid-19-Injektionen betrifft die Covid-19-Charge EM0477 von Pfizer. Diese Charge ist von großem Interesse, da sie der niederländischen Bevölkerung bereits im Januar 2021, dem Beginn der Impfkampagne, verabreicht wurde und bereits unmittelbar zu zahlreichen und schwerwiegenden Berichten über Nebenwirkungen und Todesfälle geführt hat. Diese Charge zeichnet sich dadurch aus, dass kurz nach der Injektion bereits im Februar und März 2021 mehr als 30 Menschen tot gemeldet wurden. Was die Charge EM0477 betrifft, so führte diese Charge zu 71

Berichten über unerwünschte Wirkungen, darunter 34 Berichte über Todesfälle. Aus den Berichten, die im Zusammenhang mit diesen Meldungen erstellt wurden, geht jeweils die "Nummer der Regulierungsbehörde" hervor, die mit dem betreffenden Lareb-Beamten verbunden ist. Die ersten Buchstaben dieses Attributs beziehen sich immer auf "NL-LRB". Schockierend ist dabei, dass die in diesen Berichten beschriebenen Nebenwirkungen und Todesfälle fast alle innerhalb weniger Tage auftraten und die Schädlichkeit dieser Charge Lareb und damit auch Kant nicht entgangen sein kann. Obwohl diese Charge bis März 2021 bereits zu mehr als 30 Meldungen von Todesfällen bei Lareb geführt hatte, gab es von Kants Seite kein Signal, dass die Sicherheit des "Covid-19-Impfstoffs" nicht mehr gewährleistet werden konnte. Als **PRODUKTION 80** legen [REDACTED] Informationen aus dem Vaers-System zu den Berichten über die 34 an Lareb gemeldeten Todesfälle aus der Charge EM0477 vor.

243. Dass die als Beispiel angeführte Charge EM0477 von Pfizer im Vergleich zu anderen in den Niederlanden im gleichen Zeitraum verabreichten Chargen besonders tödlich war, lässt sich leicht feststellen, wenn man sie mit anderen Chargen von Pfizer Covid-19 vergleicht, die im gleichen Zeitraum an die niederländische Bevölkerung verabreicht wurden, wie die Chargen mit den Nummern EJ7133, EJ6975 und CE6792. Von jeder dieser anderen Chargen gibt es nur einen Bericht über nicht tödliche Nebenwirkungen. Als **PRODUKTION 81** legt [REDACTED] c.s. eine Vergleichstabelle vor, in der die vorgenannten, in den Niederlanden verwalteten Partien aufgeführt sind.
244. Ein Vergleich der internationalen Daten zu Pfizers Covid-19-Charge EM0477 mit den internationalen Daten zu anderen Covid-19-Chargen zeigt ebenfalls enorme Unterschiede - mehr als ein Faktor 100 -, was die Zahl der gemeldeten Todesfälle und Verletzungen pro Charge betrifft. Als **PRODUKTION 82** legen [REDACTED] drei Seiten zu einem 908-seitigen internationalen Vergleich⁴⁰ zwischen den Chargen vor.
245. Dass es sehr große Unterschiede in der Letalität und den Nebenwirkungen von Pfizer Covid-19-Injektionschargen gibt, wurde durch Untersuchungen in Dänemark unter der Leitung von Professor Peter Riis Hansen nachgewiesen. Professor Hansen gehört der Abteilung für Kardiologie der Universität Kopenhagen an und ist Experte bei der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA). Seine Untersuchungen zeigen, dass etwa 4 % aller Chargen für über 70 % aller gemeldeten unerwünschten Wirkungen, 27 % aller schwerwiegenden unerwünschten Wirkungen und 47 % aller gemeldeten Todesfälle nach einer Impfung verantwortlich sind. Als Ergebnis dieser Untersuchung wurden am 10. Mai 2023 im Europäischen Parlament Fragen gestellt. Als **PRODUKTION 83** legen [REDACTED] die Forschungsarbeiten von

Professor Hansen sowie Informationen über seine Ernennung bei der EMA und die im Europäischen Parlament aufgeworfenen Fragen zu seinen Forschungsarbeiten vor.

246. Trotz aller Fakten und Beweise beharrt Kant auf ihren Lügen. Kants Lügen dienen dem Covid-19-Projekt und sind ein bewusster und direkter Angriff auf die Gesundheit des niederländischen Volkes, einschließlich ██████████. Kant sagt wörtlich: "Wir können argumentieren, dass die Angst vor dem Impfstoff unberechtigt war". Dies ist eine Lüge und Täuschung von beispiellosem Ausmaß, und es versteht sich von selbst, dass Kant damit gegenüber ██████████ und anderen sowie dem gesamten niederländischen Volk unrechtmäßig handelt. Als **PRODUKTION 84** legen ██████████ einen Screenshot eines Artikels in der AD vom 20. November 2021 vor, der die oben zitierte Entscheidung enthält.
247. Kants Rolle bei der Covid-19-Täuschung, die er zusammen mit den anderen Angeklagten absichtlich herbeigeführt hat, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wie bereits erwähnt, werden Lareb und damit auch Kant von der Kommission für die Beurteilung von Arzneimitteln (CBG) und dem Ministerium für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport (VWS) finanziert. Kant ließ sich von der Pharmaindustrie und dem Kuipers-Ministerium bezahlen und korrumpierte Lareb über einen Zeitraum von 10 Jahren, damit das Covid-19-Projekt und der Große Reset durch die Covid-19-Injektionskampagne umgesetzt werden konnten. Zu diesem Zweck führt Kant Lareb.
248. Was die fast unvorstellbare Ernsthaftigkeit von Kants Verhalten angeht, so weisen ██████████ darauf hin, dass Kant ein wichtiger Teilnehmer des Desinformations-Think-Tanks ist. ██████████ haben in Koopmans unter Angabe von Gründen argumentiert, dass es gerade der Desinformations-Thinktank ist, der die Bereitstellung von Desinformationen zum Nutzen des Covid-19-Projekts durch zu diesem Zweck angeworbene Meinungsmacher fördert. Umso bedenklicher ist es, dass Kant persönlich an der Durchführung von Covid-19-Kursen für Hausärzte beteiligt ist, in denen sie diese in Unkenntnis darüber lässt, was Lareb tatsächlich in den unterscheidbaren Chargen aufgezeichnet hat, und den Hausärzten nichts von ihrer Position in der Denkfabrik für Desinformation erzählt. Als **PRODUKTION 85** übermitteln ██████████ Informationen zu den oben erwähnten GP Covid-19-Kursen von Kant.
249. Kant war mit ihrer Lareb-Stiftung eine wichtige Informationsquelle für die Kläger über die Sicherheit und Wirksamkeit der Covid-19-Injektionen. Es war Kant, der die Kläger absichtlich falsch beruhigte, indem er das sehr

wichtige Signal verschleierte, dass einige Covid-19-Chargen viel tödlicher und/oder viel schädlicher sind als andere. Hätte Kant diese Informationen über die großen Unterschiede in den Berichten zwischen den verschiedenen Chargen - was ihre Pflicht war - an die niederländische Bevölkerung weitergegeben, hätten die Kläger keine Covid-19-Injektion erhalten (können) und wären nicht geschädigt worden. Was bei Rutte zu § 97a des Strafgesetzbuches gesagt wurde, gilt auch für Kant.

Regierung

250. Beklagter sub 17, nachstehend genannt: Die wichtigste Aufgabe des Staates ist der Schutz seiner Bürger. Der Staat darf diese Aufgabe, für die er ausschließlich verantwortlich und haftbar ist, nicht auf eine ausländische Macht übertragen. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich bei dieser ausländischen Macht um eine ausländische juristische Person des öffentlichen Rechts oder um eine privatrechtliche Organisation handelt. Bei der Erfüllung seiner Hauptaufgabe muss der Staat die grundlegenden und internationalen Menschenrechte seiner Bürger achten und seine Bürger zu diesem Zweck aktiv schützen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Bürgerinnen und Bürger jederzeit in den vollen Genuss dieser Rechte kommen. Ein Teil dieser Rechte, die für diesen Fall von Bedeutung sind, findet sich in den ethischen Grundsätzen, die von der Justiz in den Nürnberger Prozessen entwickelt wurden. Diese Grundsätze sind im Nürnberger Kodex von 1947 niedergelegt. Der Kern des Nürnberger Kodex 1947 bildet die Grundlage für Artikel 7 des 1966 in New York geschlossenen Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (im Folgenden: ICCPR"). Dieser Artikel lautet wie folgt:

Niemand darf der Folter oder einer grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe unterworfen werden. Insbesondere darf niemand ohne seine freiwillige Zustimmung medizinischen oder wissenschaftlichen Experimenten unterworfen werden".

251. Der Staat ist dafür verantwortlich, dass ohne die freie Zustimmung seiner Bürger, einschließlich ██████ und anderer, zur Teilnahme am Covid-19-Experiment (Covid-19-Projekt) ein medizinisches und wissenschaftliches (Verhaltens-)Experiment an allen seinen Bürgern, einschließlich ██████ und anderen, durchgeführt wurde, das ██████ und anderen schweren Schaden zufügte.
252. Wenn der Staat der Ansicht ist, dass es sich nicht um ein medizinisches und wissenschaftliches Experiment an allen seinen Bürgern handelt, weil nicht jeder Bürger eine Covid-19-Injektion erhalten hat, so beruht diese Ansicht auf einer falschen Auslegung von Artikel 7 ICCPR. Schließlich werden auch die

Daten von Bürgern ohne Covid-19-Injektion vom RIVM aufgezeichnet, und das Experiment zielte teilweise darauf ab, das Verhalten der Bürger durch Folter und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung und Bestrafung zu beeinflussen. Die Covid-19-Maßnahmen, die der Staat unter dem Einfluss der Angeklagten nach dem Großen Reset seinen Bürgern auferlegte, beinhalteten Folterungen, indem sie unter anderem gezwungen wurden, ekelerregende Mundschutzmasken zu tragen und einen Mindestabstand von anderthalb Metern zueinander einzuhalten. Die Maßnahmen von Covid-19 waren unmenschlich, da sie böswillig waren, wie in dieser Vorladung ausführlich erläutert. Für alle Bürgerinnen und Bürger sind diese Maßnahmen, auch wenn sie unter dem Einfluss von Angst und Täuschung nicht allen bewusst waren, unmenschlich und entwürdigend. Darüber hinaus bestrafte der Staat Bürger, die sich den rechtswidrigen Covid-19-Maßnahmen widersetzen.

253. Dass der Staat es rechtswidrig versäumt hat, seine Bürger, einschließlich [REDACTED] zu schützen, wird durch die Tatsache belegt, dass der Staat sich mit den anderen Angeklagten eingelassen hat und den anderen Angeklagten erlaubt hat, die Institutionen zu korrumpieren, die die Bürger hätten schützen sollen. Es war für den Staat offensichtlich, dass die anderen Angeklagten jahrelang zusammenarbeiteten, um die Macht des Staates zu untergraben und die niederländische Bevölkerung, einschließlich [REDACTED] und anderer, für den Covid-19 empfänglich zu machen: Das Projekt Great Reset. dass alle Angeklagten mit der privaten Stiftung WEF verbunden sind und dass ihre Handlungen auf die Umsetzung des Covid-19 abzielen: Das Projekt Great Reset ist angesichts der Informationslage des Staates fixiert. Schließlich wird dieser Informationsstand teilweise von den Beklagten als ihren Beamten und Untergebenen bestimmt. Darüber hinaus hat das WEF in der Person von Schwab bereits 2017 offen erklärt, über seine Mitglieder in alle Schränke der Welt einzudringen. Als **PRODUKTION 86** reichen [REDACTED] ein Video zum Schwab-Urteil von 2017 ein. Die Tatsache, dass der Staat es zulässt, dass der WEF und insbesondere die Angeklagten im Rahmen der niederländischen Beziehungen so lange ihre schädliche Rolle spielen, führt dazu, dass, wie Schwab es ausdrückt, "wir uns auf eine wütendere Welt vorbereiten müssen" und daher "notwendige Maßnahmen" ergriffen werden müssen. Schwab hat die düsteren Zukunftsaussichten, die sich daraus für die Niederländer, darunter auch [REDACTED] und andere, ergeben, in einer Rede vom 14. Juli 2020 in Worte gefasst. [REDACTED] legen als **PRODUKTION 87** einen Screenshot von Schwabs Videodaten vor. 14. Juli 2020.
254. Die äußerst verwerflichen und anstößigen Handlungen und Unterlassungen des Staates sind offenkundig rechtswidrig und führen zu zunehmenden Exzessen, unter denen das niederländische Volk, einschließlich [REDACTED] und

andere, zu leiden hat. Die Beklagten sind alle in vollem Umfang verantwortlich und haftbar für diese Exzesse, da sie im Kern immer auf den offensichtlich rechtswidrigen Covid-19 zurückgeführt werden können: Das Projekt Great Reset, an dem die Angeklagten in vollem Umfang mitarbeiten und bei dem die Angeklagten nicht zögern, die Institutionen des Staates zu diesem Zweck zu missbrauchen. [REDACTED] führen eine Reihe von Beispielen dafür an.

Beispiele für Überschreitungen

WEF-Partner Gates investiert in den niederländischen WEF-Partner Heineken

255. Ein erstes Beispiel für eine Überschreitung ist, dass der Staat dem WEF-Partner Gates erlaubt hat, eine Investition in Höhe von 880.000.000,00 EUR in das Bierunternehmen Heineken hier in den Niederlanden zu tätigen. Heineken ist ein Partner des WEF, der in den Niederlanden während der vorgetäuschten Corona-Krise im Juli 2021 böswillige, manipulative Fernsehwerbung einsetzte, um Menschen, insbesondere ältere Menschen, dazu zu bewegen, sich mit Covid-19 impfen zu lassen. Bei dieser Manipulation wurde der falsche Vorwand verwendet, dass nur die mit Covid-19 geimpften Personen in den Genuss der Freiheit kommen würden. Dies führte zu dem WEF/Heineken-Credo "Die Nacht gehört den Geimpften". So führte Heineken das Projekt Covid-19: The Great Reset mit Zustimmung des Staates durch. Der Staat hätte gegen all dies vorgehen müssen, um seine Bürger, einschließlich [REDACTED] und andere, zu schützen. Es ist zu bedenken, dass vor allem bei älteren Menschen, die mit dem oben genannten Credo angesprochen und in die Irre geführt wurden, viele Todesfälle und Verletzungen durch Covid-19-Injektionen zu verzeichnen waren. Als **PRODUKTION 88** legen [REDACTED] einen Screenshot des Heineken-Videos sowie Informationen von der WEF-Website über Heineken und Informationen über Gates' Investition in Heineken vor.

Der Staat und seine Beamten verletzen die grundlegenden Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit Regel aus Artikel 162 der Strafprozessordnung

256. Eine zweite Überschreitung, auf die [REDACTED] aufmerksam machen, ist das Versäumnis des Staates und seiner Beamten, § 162 der Strafprozessordnung anzuwenden. Dieser Artikel lautet wie folgt:

Öffentliche Kollegien und Beamte, die in Ausübung ihres Amtes Kenntnis von einer Straftat erlangen, für deren Aufdeckung sie nicht verantwortlich sind, sind verpflichtet, diese unverzüglich unter Übergabe der den Fall betreffenden Unterlagen dem Staatsanwalt oder einem seiner Hilfsbeamten anzuzeigen,

- a. wenn es sich um eine Straftat nach Titel XXVIII des Zweiten Buches des Strafgesetzbuches handelt, oder
- b. wenn die Straftat von einem Beamten begangen wurde, der dadurch eine besondere Dienstpflicht verletzt oder eine Befugnis, eine Möglichkeit oder ein Mittel benutzt hat, die ihm durch sein Amt übertragen worden sind, oder
- c. wenn die Straftat gegen eine Vorschrift verstößt oder von einer Vorschrift, mit deren Durchführung oder Einhaltung sie betraut sind, unrechtmäßig Gebrauch macht.
- (2) Sie erteilen dem Staatsanwalt oder dem von ihm benannten Hilfsstaatsanwalt auf Verlangen Auskunft über Straftaten, die ihnen nicht zur Last gelegt werden und von denen sie in Ausübung ihres Amtes Kenntnis erlangt haben.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für einen Beamten, der durch eine Meldung oder Mitteilung die Strafverfolgung seiner Person oder einer Person gefährden würde, in deren Verfahren er von der Aussage befreit werden könnte.
- (4) Ähnliche Verpflichtungen obliegen juristischen Personen oder Organen von juristischen Personen, deren Aufgaben und Befugnisse durch das Gesetz oder aufgrund des Gesetzes festgelegt sind, soweit sie durch eine Verordnung des Rates bestimmt werden.
- (5) Im Interesse der ordnungsgemäßen Durchführung dieses Artikels können durch oder aufgrund einer allgemeinen Verordnung des Rates Vorschriften erlassen werden.
- (6) Die Anzeige von Straftaten nach Absatz 1 Buchstabe c) kann im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft und nach Maßgabe der im vorstehenden Absatz genannten Vorschriften weiter eingeschränkt werden.
- Der Vorschlag für einen Beschluss des Rates im Sinne des vierten oder fünften Absatzes kann erst erfolgen, wenn der Entwurf im niederländischen Staatsanzeiger veröffentlicht wurde und seit dem Tag der Veröffentlichung zwei Monate vergangen sind.

257. ██████████ sind der Meinung, dass die gerechten und unbestechlichen Beamten des Staates, die Kenntnis von den in diesem Schreiben behaupteten Misständen haben, verpflichtet sind dem Staatsanwalt oder einem seiner Gehilfen unverzüglich unter Übergabe der den Fall betreffenden Unterlagen Bericht zu erstatten. Dass bisher keine Meldung nach § 162 SC erfolgt ist, kann nach Ansicht von ██████████ als Exzess bezeichnet werden.
258. ██████████ stellen fest, dass viele wohlmeinende und gut informierte holländische Bürger ihre starken Einwände und Bedenken gegenüber den

niederländischen Behörden zum Ausdruck brachten, aber in der Folge wurde nichts unternommen. Ein markantes Beispiel dafür ist, dass Herr Ton Koenderink in der Gemeinde Haaksbergen am 4. Januar 2023 von seinem Rederecht Gebrauch machte und den Gemeinderat umfassend über den wiederholt zitierten Pfizer-Sicherheitsbericht vom 30. April 2021 (Produktion 40) und dessen Auswirkungen informierte. Es ist besonders verwerflich, dass der Staat, wie dieses Video zeigt, seine eigenen Bürger zu Tode schweigen lässt. Ein Screenshot des äußerst wichtigen und treffenden Vortrags von Herrn Ton Koenderink d.d. 4. Januar 2023 wird als **PRODUKTION 89** vorgelegt.

Staat droht ungeimpften Bürgern der Niederlande über das nationale Fernsehen mit Tod.

259. Ein dritter und letzter besonders böartiger, dem Staat zuzuschreibender Exzess, auf den ██████████ aufmerksam machen, betrifft Folgendes. Während der vorgetäuschten Covid-19-Krise drohte der Staat Menschen, die sich nicht mit Covid-19 spritzen lassen wollten, im nationalen Fernsehen offen mit dem Tod. Zu diesem Zweck ließ der Staat über seine öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten NOS, NTR und VPRO zwei grausame Videobotschaften erstellen und über den Fernseh-Informationskanal Postbus 51 der Zentralregierung ausstrahlen. Diese Videos vermitteln die klare Botschaft, dass Menschen ohne Covid-19-Injektion rücksichtslos getötet werden sollten. Als Beweismittel legen ██████████ als **PRODUKTION 90** zwei Screenshots von Videos vom Oktober 2021 vor. Die darin enthaltene Botschaft des Staates ist abscheulich und schändlich. ██████████ und andere wurden vom Staat psychisch missbraucht, als sie diese Videobotschaften sahen.
260. Wäre der Staat seiner Pflicht zum Schutz seiner Bürger nachgekommen, hätten ██████████ und andere die Covid-19-Injektionen nicht erhalten (können).

Antragsteller, Schadenersatz

261. Bei den Klägern handelt es sich um niederländische Staatsbürger mit Wohnsitz in den Niederlanden, die den Angaben der Beklagten vertrauten und infolgedessen irreführt wurden und mehrere Covid-19-Injektionen vornehmen ließen. Alle Klägerinnen haben durch diese Täuschung und durch die Covid-19-Injektionen, die ihnen aufgrund dieser Täuschung verabreicht wurden, Schaden erlitten. Die von den Klägern geltend gemachten Schäden sind sowohl materiell als auch immateriell im Sinne von Artikel 6:106 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

262. Bei den materiellen Schäden der Kläger handelt es sich um Sachschäden, insbesondere um Personenschäden. Infolge der Covid-19-Injektionen wurde allen Klägern (unter anderem) das giftige Graphenoxid ohne ihre freie Zustimmung injiziert. Es ist wahrscheinlich, dass die Covid-19-Injektionen und insbesondere das in diesen Injektionen enthaltene Toxin beim Menschen dauerhafte Gesundheitsschäden verursachen. Dies allein macht es schon plausibel, dass alle Kläger einen Personenschaden erleiden. Die Körperverletzung hat sich bei den Klägern zu 4, 6 und 7 in Form von schwerer Körperverletzung manifestiert. Bei den übrigen Klägern gibt es derzeit keine *äußeren körperlichen Anzeichen* für eine *schwere* Körperverletzung, aber leichte Beschwerden. Dies ändert nichts an der Tatsache, dass es plausibel ist, dass die Covid-19-Injektionen auch bei ihnen körperliche Schäden verursacht haben. Zu letzterem ist anzumerken, dass es plausibel ist, dass die Gesundheit der Kläger auch langfristig unter diesen Covid-19-Injektionen leidet. Was ihre persönliche Verletzung und deren Plausibilität betrifft, so verweisen die Kläger auf die Diagnosen der Fachärzte. Diese Diagnosen werden als **PRODUKTION 91** eingereicht.
263. Neben den materiellen Schäden erleiden alle Kläger auch immaterielle Schäden im Sinne von Artikel 6:106 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Dieser Schaden besteht aus dem psychischen Schaden, den die Kläger durch die von ihnen herbeigeführte Täuschung erlitten haben (Gefühle von Schmerz, Leid, Verlegenheit, Hilflosigkeit und Unsicherheit in Bezug auf ihre Gesundheit). Die Covid-19-Injektionen selbst, insbesondere die Tatsache, dass die Kläger wissen, dass ihnen das Mittel injiziert wurde, während sie nicht wissen können, welche Folgen dies genau haben wird, führen ebenfalls zu einem immateriellen Schaden im Sinne von Artikel 6:106 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.
264. Im Zusammenhang mit dem immateriellen Schaden ist ferner festzustellen, dass die Kläger nachgewiesen haben, dass die Beklagten die Absicht hatten, ihnen Schaden zuzufügen. Im Zusammenhang mit den Bestimmungen von Abschnitt 6:106(1)(c) des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird auch darauf hingewiesen, dass die Klägerinnen zu 2 und 3 sowie die Klägerinnen zu 4 und 5 miteinander verheiratet sind.
265. Nach ständiger Rechtsprechung⁴¹ ist es für die Verweisung auf das Schadenersatzstaatsverfahren erforderlich und auch ausreichend, dass das Vorliegen oder die Möglichkeit eines Schadens aufgrund eines zurechenbaren Mangels oder einer unerlaubten Handlung plausibel ist. Die Kläger sind der Ansicht, dass sie diesen Standard für die Verweisung auf das staatliche Schadenersatzverfahren mit dem vorliegenden Schriftsatz hinreichend erfüllt haben.

Rechtswidriges Verhalten der Beschuldigten

266. Das Gesetz sieht in Artikel 6:162 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vor, dass derjenige, der einem anderen eine ihm zurechenbare unerlaubte Handlung begeht, verpflichtet ist, den Schaden zu ersetzen, den der andere dadurch erleidet.
267. Eine Rechtsverletzung und eine Handlung oder Unterlassung, die gegen eine gesetzliche Pflicht oder gegen das, was nach ungeschriebenem Recht in der Gesellschaft üblich ist, verstößt, gilt als rechtswidrige Handlung, sofern kein Rechtfertigungsgrund vorliegt.
268. Mit dieser Aufforderung beanstandeten die Kläger die Art und Weise, in der die Beklagten das Covid-19 umgesetzt haben: Das Projekt "Great Reset" und die dafür erforderliche weit verbreitete Täuschung der Bürger, ausführlich beschrieben. Infolgedessen haben die Beklagten offensichtlich rechtswidrig gehandelt. Dabei gelten alle in Abschnitt 6:162 des Bürgerlichen Gesetzbuchs aufgeführten Arten von unerlaubten Handlungen für die Beklagten. Im Folgenden werden die Klägerinnen und Kläger wichtige Beispiele dafür anführen, ohne sie jedoch zu erschöpfen.

Verstoß gegen ein Recht

269. Was die Verletzung der Rechte der Kläger betrifft, so berufen sich die Kläger insbesondere auf Artikel 7 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte⁴², in dem es heißt:

Niemand darf der Folter oder einer grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe ausgesetzt werden. Insbesondere darf niemand ohne seine freie Zustimmung medizinischen oder wissenschaftlichen Experimenten unterworfen werden.

270. Die Klägerinnen wurden von den Beklagten in eine Situation gebracht, in der sie ohne ihre freie Zustimmung einem laufenden medizinischen und wissenschaftlichen Experiment unterzogen wurden.

Handeln unter Verletzung einer gesetzlichen Pflicht

271. Nach Artikel 2 des Strafgesetzbuchs gilt das niederländische Strafrecht für jeden, der in den Niederlanden eine Straftat begeht. Keiner der Beschuldigten, auch nicht die im Ausland lebenden, kann sich seiner gesetzlichen

Verpflichtung zur Einhaltung des niederländischen Strafgesetzbuches entziehen.

272. Auf die Bedeutung von Artikel 97a Sr., der ein Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates betrifft, wurde bereits oben hingewiesen. Dieser Artikel lautet wie folgt.

Der Angriff, der mit dem Ziel unternommen wird, das Reich ganz oder teilweise unter fremde Herrschaft zu bringen oder einen Teil davon abzuspalten, wird mit lebenslänglichem oder zeitweiligem Freiheitsentzug bis zu 30 Jahren oder einer Geldstrafe der fünften Kategorie bestraft.

273. Die Kläger sind der Ansicht, dass die Art und Weise, in der die Beklagten das Covid-19 umgesetzt haben, schuldhaft war: Das Projekt "Great Reset" und die dafür erforderliche umfassende Täuschung der Bürger sollte als Verstoß gegen die gesetzliche Pflicht zur Unterlassung strafbarer Handlungen gemäß diesem Artikel gewertet werden.

274. Es wird ferner festgestellt, dass die Handlungen der Angeklagten als Körperverletzung im Sinne von Abschnitt 300 des Strafgesetzbuches einzustufen sind. Damit haben die Beklagten die Gesundheit der Klägerinnen vorsätzlich geschädigt. Dieser Artikel lautet.

1. *Körperverletzung wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe der vierten Kategorie bestraft.*
2. *Hat die Straftat eine schwere Körperverletzung zur Folge, so wird der Schuldige mit einer Freiheitsstrafe von höchstens vier Jahren oder einer Geldstrafe der vierten Kategorie bestraft.*
3. *Hat die Straftat den Tod zur Folge, so wird sie mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Jahren oder mit Geldstrafe der vierten Kategorie bestraft.*
4. *Vorsätzliche Gesundheitsschädigung wird mit Körperverletzung gleichgesetzt.*
5. *Der Versuch einer solchen Straftat ist nicht strafbar.*

275. Insbesondere zugunsten der Klägerinnen zu 4, 6 und 7, die durch die Beklagten schwere Körperverletzungen erlitten haben, wird auf § 308 des Strafgesetzbuches verwiesen. Dieser Artikel sieht Folgendes vor.

1. *Wer einer anderen Person eine schwere Körperverletzung oder eine solche Körperverletzung zufügt, dass sie vorübergehend erkrankt oder in der Ausübung ihrer amtlichen oder beruflichen Tätigkeit behindert wird, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe der vierten Kategorie bestraft.*

2. *Besteht das Verschulden in Leichtfertigkeit, so wird er mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder einer Geldstrafe der vierten Kategorie bestraft.*
276. Speziell in Bezug auf den Staat und seine Beamten wird bekräftigt, dass die Kläger auf einen eklatanten Verstoß gegen Artikel 162 der Strafprozessordnung hinweisen, der Beamte rechtlich dazu verpflichtet, - kurz gesagt - Missstände im Amt anzuzeigen.
277. Schließlich verweisen die Kläger hier auf die Verpflichtung der Beklagten, die gesetzlichen Verpflichtungen nach dem Gesetz über internationale Verbrechen zu erfüllen. In diesem Gesetz wird in Artikel 3 der Völkermord unter Strafe gestellt. Dieser Artikel lautet wie folgt.
1. *Derjenige, der beabsichtigt, eine nationale, ethnische oder religiöse Gruppe oder eine Gruppe, die einer bestimmten Rasse angehört, als solche ganz oder teilweise zu zerstören:*
- a. Mitglieder der Gruppe tötet;*
 - b. den Mitgliedern der Gruppe schweren körperlichen oder geistigen Schaden zufügt;*
 - c. der Gruppe vorsätzlich Lebensbedingungen auferlegt, die auf ihre vollständige oder teilweise physische Zerstörung abzielen;*
 - d. Maßnahmen ergreift, um Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern; oder*
 - e. Kinder gewaltsam aus der Gruppe in eine andere Gruppe verlegt,*
- wird wegen Völkermordes mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder einer zeitweiligen Freiheitsstrafe von höchstens 30 Jahren oder einer Geldstrafe der sechsten Kategorie bestraft.*
2. *Die Verschwörung zum Völkermord und die öffentliche Aufstachelung zum Völkermord in Wort, Schrift oder Bild werden wie der Versuch bestraft.*
278. Die Kläger wünschen, dass Ihr Gericht im Rahmen seiner Wahrheitsfindung auch prüft, ob an den Klägern ein Völkermord aus den Gründen b und c dieses Artikels begangen wurde. Die Kläger sind der Ansicht, dass dies in Anbetracht der von ihnen in der Klageschrift vollständig und wahrheitsgemäß vorgetragene(n) Tatsachen und Umstände plausibel ist.

Handeln im Widerspruch zu dem, was nach ungeschriebenen Gesetzen gesellschaftlich akzeptabel ist.

279. In dieser Aufforderung haben die Kläger in Bezug auf jeden der Beklagten dargelegt, welche Funktion sie in der Gesellschaft erfüllen. Dabei wurden

die Angeklagten in Gruppen eingeteilt, je nachdem, welche soziale Stellung sie (hauptsächlich) einnehmen.

280. Insbesondere sind Beamte verpflichtet, der Öffentlichkeit, einschließlich [REDACTED] und anderen, mit Integrität zu dienen, damit das Vertrauen in die Regierung nicht enttäuscht wird. Die Beklagten zu 1 bis 10, indem sie das Covid-19 umsetzen: Das Projekt "Great Reset" und die damit einhergehende weit verbreitete Täuschung der Bürger haben dieses Vertrauen schwer verletzt. Soweit ein solches Verhalten nicht durch das Gesetz und die Verhaltensregeln verboten ist, gerät es in Konflikt mit dem, was nach ungeschriebenem Recht in der Gesellschaft üblich ist.
281. Für die Pharmaindustrie hängt ihre Existenzberechtigung vom Vertrauen der Bürger in die Sicherheit und Wirksamkeit von Medikamenten ab, von denen sie annehmen können, dass sie ordnungsgemäß getestet wurden. Aus dieser Tatsache und der Tatsache, dass Arzneimittel in die Gesundheit der Menschen eingreifen, ergibt sich für die pharmazeutische Industrie die Pflicht, die gesundheitlichen Interessen der Bürger an sicheren, wirksamen und gut geprüften Arzneimitteln mit großer Sorgfalt zu schützen. Das Handeln der Pharmaindustrie sollte in erster Linie darauf ausgerichtet sein, das Vertrauen der Öffentlichkeit nicht zu missbrauchen. Durch die Zusammenarbeit mit der pharmazeutischen Industrie bei der Umsetzung des Covid-19: Mit dem Projekt "Great Reset" und der dafür erforderlichen weit verbreiteten Täuschung der Bürger hat die Pharmaindustrie dieses Vertrauen in grober Weise missbraucht. Soweit ein solches Verhalten nicht durch das Gesetz und die Verhaltensregeln verboten ist, gerät es in Konflikt mit dem, was nach ungeschriebenem Recht in der Gesellschaft üblich ist.
282. Was die Massenmedien betrifft, so sollten sie die Öffentlichkeit auf sorgfältige, zuverlässige, ungehinderte, pluralistische und objektive Weise informieren. In diesem Zusammenhang sollten die Massenmedien die Informationen, die sie an die Öffentlichkeit weitergeben, sorgfältig kontrollieren. Dabei sollten die Massenmedien Raum für unterschiedliche Meinungen lassen und eine ausgewogene Debatte ermöglichen. In dieser Vorladung wurde erklärt, dass die Massenmedien zensieren und somit bei der Umsetzung des Covid-19 mitwirken: Das Projekt "Great Reset" und die dafür erforderliche weit verbreitete Täuschung. Soweit ein solches Verhalten nicht durch das Gesetz und die Verhaltensregeln verboten ist, gerät es in Konflikt mit dem, was nach ungeschriebenem Recht in der Gesellschaft üblich ist.
283. Nichtregierungsorganisationen (bzw. deren Mitarbeiter) sind stolz darauf, dass sie Menschen und Regierungen ohne Gewinnabsicht bei ihrer Aufgabe

unterstützen wollen, die Menschheit und ihre Umwelt zum Blühen zu bringen. Sie stellen sich hiermit als Wohltäter vor, die bereit sind, diesen Auftrag zu unterstützen. Diese Art des Auftretens weckt in der Öffentlichkeit die berechnete Erwartung, dass diese Organisationen und ihre Beamten nicht in ihrem eigenen Interesse handeln werden. Daher gilt für diese Organisationen und ihre Beamten die ungeschriebene Norm, dass sie die Interessen der Menschen und ihre Umwelt nicht schädigen dürfen. In dieser Vorladung wurde detailliert dargelegt, dass die Angeklagten Sijbesma und Gates bei der Umsetzung des Covid-19 kooperierten: Das Projekt "Great Reset" und die dafür erforderliche weit verbreitete Täuschung. Dieses Projekt ist schädlich für die Gesundheit der Menschen und ihre Lebensraum. Soweit ein solches Verhalten nicht durch das Gesetz verboten ist, gerät es in Konflikt mit dem, was nach ungeschriebenem Recht in der Gesellschaft üblich ist.

284. Für die Quasi-Regierung müssen sich der Staat und die Bürger darauf verlassen können, dass die staatlichen Aufgaben, die ihnen auf Kosten des niederländischen Volkes übertragen wurden, einschließlich [REDACTED] und anderen, mit Integrität und Sorgfalt ausgeführt werden. Kant, durch die Umsetzung des Covid-19: Das Projekt "Great Reset" und die damit einhergehende weit verbreitete Täuschung der Bürger haben dieses Vertrauen schwer verletzt. Soweit ein solches Verhalten nicht durch das Gesetz und die Verhaltensregeln verboten ist, gerät es in Konflikt mit dem, was nach ungeschriebenem Recht in der Gesellschaft üblich ist.
285. Für den Staat besteht, wie bereits erwähnt, die Hauptpflicht darin, seine Bürger zu schützen. Damit ist es unvereinbar, dass der Staat das Covid-19 fördert und zulässt: Das Projekt "Great Reset" wird umgesetzt, und die dafür erforderliche umfassende Täuschung der Bürger in den Niederlanden findet statt. Soweit solche Handlungen nicht durch das Gesetz und die Verhaltensregeln verboten sind, geraten sie in Konflikt mit dem, was nach ungeschriebenem Recht in der Gesellschaft üblich ist.

Feststellung der Haftung, conditio sine qua non

286. In diesem Schriftsatz wird immer wieder dargelegt, dass die Klägerinnen ohne das rechtswidrige Verhalten der Beklagten, das sowohl einzeln als auch in Gemeinschaft begangen wurde, keine Covid-19-Injektionen erhalten hätten, wodurch der Eintritt ihrer Schäden verhindert wäre.
287. Im Hinblick auf die im Folgenden geltend zu machende Gruppenhaftung ist die conditio sine qua non für die Zulässigkeit der Ansprüche von [REDACTED] nicht erforderlich.

Zurechnung des Schadens an die Beklagten

288. Die den Angeklagten zur Last gelegten unerlaubten Handlungen können ihnen zugerechnet werden, weil sie auf ihr Verschulden aus einer Ursache zurückzuführen sind, die ihnen nach dem Gesetz und dem gesunden Menschenverstand zuzurechnen ist. In der Tat haben alle Angeklagten aktiv an der Umsetzung des Covid-19 mitgewirkt: Das Projekt "Great Reset" und die dafür erforderliche umfassende Täuschung der Bürger, einschließlich

Haftung der Gruppe

289. Artikel 6:166 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sieht vor, dass, wenn eine Person, die einer Gruppe angehört, rechtswidrig einen Schaden zufügt und die Wahrscheinlichkeit eines solchen Schadens diese Personen von ihrem Verhalten als Gruppe hätte abhalten müssen, sie gesamtschuldnerisch haften, wenn dieses Verhalten ihnen zuzurechnen ist.

290. In diesem Schriftsatz haben die Kläger Ihr Gericht auf das Gruppenverhältnis zwischen allen Beklagten aufmerksam gemacht. Die Einleitung zu dieser Aufforderung enthält eine Illustration, die sich auf die Partner von Gavi bezieht. In dieser Vorladung wurde ausführlich dargelegt und begründet, wie die Beschuldigten, die alle zum Kreis dieser Partner gehören, aktiv an der Durchführung des Covid-19 mitgewirkt haben: Das Projekt "Great Reset" und die dafür erforderliche umfassende Täuschung der Bürger, einschließlich Jeder der Angeklagten hätte sein rechtswidriges Verhalten im Zusammenhang mit diesem Projekt unterlassen müssen, da es die Wahrscheinlichkeit eines dadurch verursachten Schadens (durch die Einnahme einer Covid-19-Injektion) erhöhte.

Verteidigungsmittel der Beklagten und deren Widerlegung

291. Den Klägern ist kein rechtlich relevanter Einwand der Beklagten gegen die Ansprüche der Kläger bekannt, weshalb die Kläger einen solchen Einwand der Beklagten in diesem Schriftsatz nicht ansprechen und widerlegen können.

Beweise

292. Soweit nach § 150 Rv die Kläger die Beweislast tragen, bieten die Kläger mit allen rechtlichen Mitteln den Beweis für ihre Behauptungen an. Die Kläger bieten insbesondere Beweise durch Anhörung von Zeugen und Sachverständigen an. In diesem Zusammenhang können die folgenden Personen unter Eid gehört werden.

- Kläger und Beklagte
- die Ärzte, die laut Vorlage 91 die Diagnose der Kläger gestellt haben
- MdEP Cristian Terheş

Zuständigkeit des Bezirksgerichts der Nordniederlande, Standort Leeuwarden

293. 107 Rv. sieht vor, dass ein Gericht, das für einen der an dem Verfahren gemeinsam beteiligten Beklagten zuständig ist, auch für die anderen Beklagten zuständig ist, sofern die Ansprüche gegen die verschiedenen Beklagten so übereinstimmen, dass Effizienzgründe ein gemeinsames Verfahren rechtfertigen.

294. Der Beklagte Hofstra hat seinen Sitz in Goutum, Gemeinde Leeuwarden, und daher ist Ihr Gericht gemäß Artikel 99 Rv. für die Verhandlung der Ansprüche gegen Hofstra zuständig. Da zwischen den Ansprüchen gegen die verschiedenen Beklagten - die in Gruppen gehandelt haben - ein solcher Zusammenhang besteht, dass Effizienzgründe eine gemeinsame Behandlung rechtfertigen, ist Ihr Gericht gemäß Artikel 107 für alle Beklagten zuständig, um über die von den Klägern gegen sie erhobenen Ansprüche zu entscheiden.

Petitum

MIT ABSCHLUSS

Möge es dem Gericht gefallen, ein Urteil zu fällen:

- (1) festzustellen, dass die Beklagten als Gruppe und jeder für sich gegenüber den Klägern rechtswidrig gehandelt haben, indem sie sie bewusst in rechtswidriger Weise in die Irre geführt und sie dadurch bewegt haben sich die zu Covid-19-Injektionen spritzen zu lassen, von denen die Kläger wussten oder zumindest hätten wissen müssen, dass sie nicht sicher und wirksam waren.

- (2) die Beklagten als Gesamtschuldner zu verurteilen, den Klägern ihren Schaden zu ersetzen, der nach dem Gesetz zu bemessen und abzurechnen ist.
- (3) der Beklagten die Kosten des Verfahrens gemäß einem von Ihrem Gericht zu erlassenden, vorläufig vollstreckbaren Kostenbeschluss aufzuerlegen.

Gerichtsvollzieher

¹ <https://www.gavi.org/our-alliance>

² Die GGD ist administrativ Teil der Sicherheitsregion Fryslân.

³ Dieses Gutachten wird dem Ministerium für Gesundheit, Soziales und Sport (Ministerium für Gesundheit, Soziales und Sport) im Rahmen der administrativen Konsultation zur Abstimmung (BAO) vorgelegt. Die BAO prüft die inhaltlichen Empfehlungen auf ihre verwaltungstechnische Machbarkeit und Praktikabilität und beschließt schließlich die Kontrollpolitik.

⁴ Wie im Folgenden dargelegt wird, wusste Van Dissel auch, dass die Covid-19-Impfungen nie auf die Verhinderung der Übertragung des vermuteten Virus getestet worden waren.

⁵ <https://decorrespondent.nl/11128/de-wereld-is-voorgoed-veranderd-door-corona-denkt-viroloog-marion-koopmans/e0013376-fee5-045c-3dab-ee24387670fa>

⁶ Auf Herrn Schwab, einen der Gründer des Projekts "Covid-19 The Great Reset", wird in dieser Vorladung noch näher eingegangen.

⁷ Die Grundregeln sind nach wie vor in Kraft und lauten: (1) bei Beschwerden zu Hause bleiben und sich testen lassen; (2) Halten Sie einen Abstand von 1,5 Metern zu anderen Personen ein; (3) waschen Sie sich häufig die Hände und husten und niesen Sie in den Ellbogen; (4) arbeiten Sie so oft wie möglich zu Hause; (5) meiden Sie Menschenansammlungen: gehen Sie weg, wenn viel los ist; (6) reisen Sie so oft wie möglich

außerhalb der Hauptverkehrszeit; (7) tragen Sie in öffentlichen Gebäuden einen Mundschutz.

⁸ Anwalt für Additionsstreitigkeiten

⁹ <http://reparti.free.fr/schwab2020.pdf>

¹⁰ Frank Ruesink MBA / Gründer von Loving Rebellion, Freedom Speaker & System Change Agent

<https://www.linkedin.com/in/frankruesink/?originalSubdomain=nl>

¹¹ Unterstrichen vom Prozessanwalt

¹² Gommers ist auch ein eingetragener Erfinder des Belüftungssystems (ADVS), für das am 30. September 2016 in den Vereinigten Staaten Patente beim United States Patent and Trademark Office (USPTO) eingereicht wurden. Inzwischen wurde ein entsprechendes Patent unter der Nummer 10773045 erteilt. Außerdem ist eine Patentanmeldung für diese Erfindung unter der Nummer 20180093063 noch anhängig. Die Rechte aus dem Patent mit der Nummer 10773045 sind auf die Kirura Holding übertragen worden.

¹³ [REDACTED] bestreiten, dass den Angeklagten einschließlich [REDACTED] tatsächlich eine Covid-19-Injektionsflüssigkeit injiziert wurde.

¹⁴ Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, Aarhus, 25-06-1998

¹⁵ <https://wetten.overheid.nl/BWBV0001700/2005-03-29>

¹⁶ Sie kann mit der EMA, den Leitern der EU/EWR-Arzneimittelagenturen und der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) verglichen werden.

¹⁷ <https://www.pfizer.com/news/announcements/open-letter-pfizer-chairman-and-ceo-albert-bourla>

¹⁸ Dieser Bericht hat die Nummer 090177e196ea und ist vom 30. April 2021.

¹⁹ Nach Angaben von Pfizer setzt sich dieser Markenname aus Teilen der Wörter Covid-19, Gemeinschaft, Immunität und mRNA zusammen.

²⁰ Abwandlungen dieses Mottos wurden in allen Sprachen der Welt verwendet.

²¹ Der Name Moderna setzt sich aus den Wörtern "Mode" und "RNA" zusammen.

²² Dieses Patent hat ein Veröffentlichungsdatum vom 15. Januar 2021, war aber mit den üblichen Suchbegriffen, einschließlich der Patentnummer, bis Mitte Juni 2021 mit der Suchmaschine des WEF-Partners Google im Internet, das die große Mehrheit der Weltbevölkerung nutzt, nicht auffindbar.

²³ Fett und unterstrichen dargestellt vom Prozessanwalt.

²⁴ <https://over.nos.nl/organisatie/taken-en-missie/>

²⁵ Bis zum 1. September 2022 arbeitete Van Cann als stellvertretender Chefredakteur neben Herrn Gelauff, der bis zu diesem Zeitpunkt Chefredakteur war. [REDACTED] ist daraufhin in den Ruhestand und ist, soweit [REDACTED] feststellen konnten, nicht mehr als Journalist tätig.

²⁶ In den Packungsbeilagen für den Pfizer-Impfstoff Comirnaty, die im Laufe der Zeit unterschiedlich verfasst wurden, wird unter

E. "Spezifische Verpflichtungen, die nach Erteilung einer bedingten Zulassung zu erfüllen sind" das geplante Enddatum der Studie, d. h. August 2024, genannt.

- ²⁷ Die vollständige Agenda 21 befindet sich auf dem USB-Stick.
- ²⁸ Die gesamte Agenda 2030 ist auf dem USB-Stick gespeichert.
- ²⁹ <https://databank.worldbank.org/>
- ³⁰ Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und in Absprache mit Organisationen wie dem International Trade Center, der Statistischen Abteilung der Vereinten Nationen (UNSD) und der Welthandelsorganisation (WTO)
- ³¹ Der USB-Stick enthält das vollständige Patent.
- ³² <https://www.gatesfoundation.org/>
- ³³ Die Kladistik oder der Kladismus ist eine Analysemethode, die in der Biosystematik verwendet wird, um hypothetische evolutionäre Beziehungen zwischen Organismen zu bestimmen. Daraus leitet sich das Wort "Clade" ab.
- ³⁴ <https://centerforhealthsecurity.org/who-we-are-at-the-center-for-health-security-0>
- ³⁵ Das Videomaterial dieser Produktion befindet sich auf dem USB-Stick.
- ³⁶ Fett gedruckt und unterstrichen vom Prozessanwalt
- ³⁷ Dr. Fauci war von 1984 bis 2002 geschäftsführender Direktor des Instituts.
- ³⁸ <https://www.lareb.nl/>
- ³⁹ <https://www.medalerts.org/vaersdb/findfield.php> Im Suchsystem dieser Datenbank sind die von den Lareb-Mitarbeitern in Vaers eingegebenen Daten im sogenannten Expertenmodus zu finden. Zu diesem Zweck wird auf der Registerkarte "Demografie" der DC-Splitt-Typ ausgewählt: NLPFIZER, NLMODERNATX oder NLJNJFOC eingegeben werden.
- ⁴⁰ Die vollständige Übersicht kann heruntergeladen werden unter <https://knollfrank.github.io/HowBadIsMyBatch/batchCodes.html>
- ⁴¹ T.F.E. Tjong Tjin Tai, De schadestaatprocedure, Nr. 401, zitiert u. a. HR 30. Juni 2006, ECLI:NL:HR:2006:AX6246, RvdW 2006, 681, Abs. 3.5.2 und HR 23. September 1988, ECLI:NL:HR:1988:AD5713, NJ 1989, 743 und S.D. Lindenbergh, GS Schadevergoeding, Art. 6:97 BW, infra. 5.6.
- ⁴² New York, 16-12-1966